



Politische Berichte

Nummer 2 / 12. Jahrgang

18. Januar 1991

G 7756 D Preis 1,50 DM

In dieser Ausgabe: Türkei: „Die Landkarte wird sich dramatisch verändern“ (Özal) * Chile: Mapuche-Indianer reorganisieren sich * Saisonarbeiter aus der DDR bei „Quelle“ * Räumungsurteil gegen die Hafenstraße * Dritte Welt zum Golfkonflikt

Koalitionsvertrag mit „Pioniergeist“

Die Kolonisierung nach Osten zieht sich durch das ganze Koalitionsprogramm

Die Bundesregierung strickt an einem Konzept reaktionärer, expansionistischer Formierung. Ihr geht es um ein eisernes Bündnis von Beamten, Selbständigen, Besserdienenden, der Wirtschaft und den Kirchen. Die Koalition ist keineswegs zerstritten, wie die Medien sie darstellen.

Konservative und Liberale haben vielmehr mit ihren Bundestagsfraktionen ausgiebige Erörterungen über die nächsten Ziele geführt. Bei der Einverleibung der DDR setzt die Regierung die Politik der totalen Entrechtung fort. Dazu braucht sie „Schulterschluss“ im Staatsapparat.

Die reaktionären Kampfblätter „Welt“ und „Handelsblatt“ geben unumwunden zu, daß „Hochverdiener“, Beamte und Selbständige nicht belastet würden. Das würde das Lager der CDU/CSU beruhigen, zumal das Kindergeld für die Familien erhöht würde:

* Die Koalitionsvereinbarungen treffen die Lohnabhängigen. Mit der Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung und den Änderungen bei der Rentenversicherung spart die Koalition 20 Mrd. DM ein. Die Tarifabschlüsse sind damit durch Regierungsbeschluss um mindestens 2 % gekürzt. Die Bundesregierung will auch in der kommenden Legislaturperiode die Gewerkschaften bekämpfen. Sie will das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen abschaffen. Sie will in den nächsten Jahren die gesamten Unternehmenssteuern neu festlegen.

* Fakten will sie dazu schon jetzt in der DDR setzen. Die Vermögenssteuer und die Gewerbesteuer sollen fallen, damit die Kapitalisten besser investieren können. Damit werden den Kommunen und Ländern in der ehemaligen DDR weitere Steuerquellen genommen. Gleichzeitig sollen den Bundesländern 12 Mrd. DM Steuereinnahmen gestrichen werden.

Die Regierung zentralisiert so die politische Macht durch weitere Zentralisation des Steueraufkommens. Sie setzt

föderale Verfassungsgrundsätze durch Aufhebung föderaler Steuern außer Kraft. Die DDR ist und bleibt Kolonie, das wird immer deutlicher.

* Die Koalitionsvereinbarungen sind ein Expansionsprogramm nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in militärischer Hinsicht. Die Koalitionsvereinbarung sieht jetzt doch die Fortführung des Programms Jäger 90 vor. Außerdem ist der Verteidigungshaushalt nicht gesenkt worden. Ob dies ein Verstoß gegen den 2+4-Vertrag ist, müßte geprüft werden. Kein Wort hört man von der angekündigten Verkleinerung der Bundeswehr. Die Bundesregierung wird in den nächsten Jahren massiv das Airbus-Projekt finanzieren. Sie beteiligt sich an der Entwicklung eines militärischen Transporthubschraubers NH-90 (Gesamtbeitrag 2,8 Mrd. DM). Noch in diesem Jahr soll mit dem Bau einer Transrapid-Strecke begonnen werden, vermutlich in Richtung Osten.

Die Koalitionsvereinbarungen festigen die Kolonialpolitik nach Osten wirtschaftlich. Der Ausbau eines Staatsapparates in der DDR wird ein wenig zurückgestellt, damit die Kapitalisten ihre Betriebe errichten können und keinen Hindernissen unterliegen. Gleichzeitig wird eine ideologische Säuberung in den früheren DDR-Gebieten betrieben und unter westdeutschen Staatsbeamten ein

„Pioniergeist“ (Welt, 12.1.) gefördert. In Mecklenburg-Vorpommern sollen jetzt pensionierte Richter eingesetzt werden, also Leute, deren Generation schon einmal an einem Ostfeldzug beteiligt war. So schafft man die Stimmung unter den Beamten, daß ohne sie gar nichts gehen würde. Das führt zum Schulterschluss im Staatsapparat und zu einer Politik, die diese Leute sogar dazu ermutigt, neue Wege und Anwendungen des Staatsrechts zu suchen. Dazu paßt: Der Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen fordert einen Regierungsbeauftragten für die in Ost- und Südosteuropa lebenden Deutschen, eine neue, alte Aufgabe für die Beamten im Innerdeutschen Ministerium? Bei den Faschisten hieß das „Volksdeutsche Mittelstelle“ und lag in Händen der SS.

Bedenken gegen diese reaktionäre und faschistische Mobilmachung, wie sie SPD-Abgeordnete gegen die Truppenentsendung zum Ausdruck brachten, kann die Regierung beiseite wischen. Das ist gefährlich, weil die Politik der Regierung immer offenere Züge von innerem Notstand annimmt. Staatliche Übergriffe ohne jede Rechtsgrundlage häufen sich. Greifen die USA und die EG-Staaten den Irak an, wird der Staatsapparat sich ermuntert fühlen, rechtswidrig einzugreifen. Verfolgungen von Ausländern sind zu befürchten. — (jöd)



Seit 1975 hat die BRD nach Angaben der Bundesregierung 13 Staaten militärische Ausstattungs- und Ausbildungs„hilfe“ geleistet. Der Gesamtbetrag der „Hilfe“ erreichte 733 Mio. DM. Im gleichen Zeitraum wurden 1636 ausländische Offiziere und Unteroffiziere bei Bundeswehreinrichtungen in der BRD ausgebildet.

Quelle: Bundestagsdrucksache 11/8527 vom 10.12.1990 — (rül)

UdSSR: Militäreinsatz in Litauen

Rechte Nationalisten suchen Unterstützung im Westen

„Der Bürgerkrieg beginnt“, kommentierte der „Spiegel“ geradezu beschwörend den militärischen Einsatz der Roten Armee in Litauen.

Wir wollen hier auf einige Tatsachen hinweisen, die in den bürgerlichen Medien völlig untergehen. Die Unabhängigkeit Litauens werde durch Panzer zermalmt, liest man da. Die Entwicklung in Litauen selbst und im übrigen östlichen Europa ist aber nicht durch Kampf um Unabhängigkeit bestimmt, nicht durch Kampf für die Überwindung rückständiger Verhältnisse, die Lösung überfälliger Widersprüche. In der DDR, am deutlichsten erkennbar, hat die 1989 gewaltig angewachsene, politisch aber kraftlose Oppositionsbewegung („Wir sind das Volk“) nicht zu einer emanzipatorischen Entwicklung geführt, sondern zum Anschluß der DDR an die BRD und zu einem neuen Großdeutschland mit kolonialen Strukturen im Innern. In Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn wird dem imperialistischen Kapital Tor und Tür geöffnet. Der RGW zerbrach, die EG expandiert, die „Neuordnung Europas“ ist in vollem Gange. Und Litauen?

Die Kräfte der nationalistischen litauischen Bewegung sind uneinheitlich. Doch hat der äußerst rechte Flügel, repräsentiert durch den Präsidenten Landsbergis, den bestimmenden Einfluß auf die Politik nehmen können. Die Geschichtsfälschung westlicher Medien geht so weit, daß hierzulande praktisch nicht zu erfahren war, daß der Sturz der Premierministerin Prunskiene in erster

Linie von diesem rechten Flügel betrieben worden war, der sie wegen zu großer Kompromißbereitschaft gegenüber der sowjetischen Zentralregierung schon vor Wochen mit einem Mißtrauensvotum aus dem Weg zu räumen versuchte. Betrachtet man die Politik, die mit und nach der litauischen Unabhängigkeitserklärung vom März 1990 betrieben wurde, so findet man keine Maßnahme, die wirklich auf Unabhängigkeit, d.h. vor allem auf wirtschaftliche Unabhängigkeit, abzielte, sondern nur eine Reihe von Maßnahmen, die die Abhängigkeit von der Sowjetunion aufheben sollten zugunsten einer neuen Abhängigkeit — der vom imperialistischen Westen.

Unter dem Einfluß des äußerst rechten Flügels hat die nationalistische Bewegung von Anfang einen Kurs eingeschlagen, der eine Verhandlungslösung nahezu ausschloß. Daß litauische Unabhängigkeitsbestrebungen zum Konflikt mit der UdSSR führen, wäre auch bei anderem Kurs nicht auszuschließen gewesen. Der rechte Flügel hat aber nicht nur scharfe, nahezu unlösbare Konflikte, sondern zugleich westliche Intervention regelrecht zu provozieren versucht.

Die Sowjetunion hat, so scheint es, die zugespitzte Situation am Golf zum Truppendeinsatz in Litauen genutzt, um einer realen Gefahr für ihre Grenzen zu begegnen. Sie hat dabei riskiert, große Menschenmassen erst recht in die Arme rechter Nationalisten und ihrer imperialistischen Hintermänner zu treiben. — (scc)

Große Protestdemonstrationen gegen Kriegsgefahr



Mehr als 250000 Leute protestierten am 12. Januar in vielen Orten der BRD gegen den drohenden Krieg am Golf, den Einsatz von Nato-Truppen, die Entsendung von Bundeswehresol-

daten in die Türkei bzw. Kurdistan (Bild: Köln). Organisiert waren die Demonstrationen weitgehend von örtlichen Bündnissen. Weitere Berichte auf Seite 7. — (uld, Bild: af/mz)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Zivildienstler protestieren gegen Dienstpflicht im Golfkrieg

Mit Warnstreiks am 15. Januar und der Ankündigung, im Falle des Kriegsbeginns sofort mit weiteren Streikaktionen zu antworten, protestiert die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (Sod-ZDL) gegen die Dienstverpflichtung von Kriegsdienstverweigerern im Golfkrieg. Die Bundesrepublik habe den USA für den Kriegsfall „zivilmilitärische Unterstützung durch die Bereitstellung von Krankenhäusern zugesagt ... Wir haben den Kriegsdienst nicht verweigert, um dann im Zivildienst als militärische Handlanger verplant und eingesetzt zu werden,“ erklärte der Sprecher der Organisation. — (uld)

Drei PLO-Funktionäre in Tunesien ermordet

In der Nacht zum 15.1., vor dem Ablauf des UN-Ultimatums an den Irak und dem Ausbruch offener Kriegshandlungen am Golf, sind drei führende PLO-Funktionäre in Tunis ermordet worden. Abu Ijad, Gründungsmitglied der PLO und einer der engsten Freunde von PLO-Chef Arafat, der Sicherheitschef und ein Berater Abu Ijads kamen bei dem heim-

türkischen Anschlag, der von einem erst kürzlich angestellten Leibwächter ausgeführt wurde, ums Leben. Am Tag zuvor hatte die tunesische Regierung eine Mobilmachung ihrer Truppen verfügt, weil sie mit israelischen Terrorangriffen auf palästinensische Einrichtungen im Lande rechne. Die israelische Regierung hat sofort nach Bekanntwerden der Ermordung eine Ausgangssperre über die besetzten palästinensischen Gebiete verhängt. — (rül)

Tarifverhandlungen für Teilzeitbeschäftigte

Ohne Ergebnis gingen am 10. Januar die fünften Verhandlungen zwischen öffentlichen Dienststern und ÖTV zu Ende, in denen die ÖTV erreichen will, daß die Tarifverträge künftig für alle Teilzeitbeschäftigten gelten. Die ÖTV bekräftigte ihre Forderung, daß alle Teilzeitbeschäftigten künftig den gleichen Anspruch auf tariflichen Schutz wie Vollzeitkräfte haben müßten. Bislang gelten die westdeutschen Tarifverträge nur für Beschäftigte mit mehr als 18 Wochenstunden. Im öffentlichen Dienst arbeiten mehr als 800000 Teilzeitbeschäftigte. Zur selben Zeit laufen die Länder im Bundesrat Sturm gegen die Vorschläge

der EG-Kommission zu Mindeststandards für Teilzeitbeschäftigte. Das Recht auf generellen Zugang zu allen Sozialdiensten der Betriebe für Teilzeitkräfte sei zu weitgehend, ebenso die Einführung einer Versicherungspflicht ab acht Stunden in der Woche. — (uld)

Soziale Not, Konkurse: Bauern kündigen Protestaktionen an

Falls die Bundesregierung bis zum 20. Januar der Forderung nicht zugestimmt hat, daß alle Formen landwirtschaftlicher Betriebe gleichwertig gefördert werden — LPGs erhalten keine Förderung —, wollen die Bauern im Anschlußgebiet große Protestaktionen zur Grünen Woche am 25.1. organisieren. Außerdem fordern die Bauern- und Genossenschaftsverbände in der früheren DDR eine ausreichende soziale Absicherung für ausscheidende Kräfte und die Streichung mehrerer Milliarden DM Altschulden der LPGs. Bisher verloren ca. ein Drittel von ehemals 850000 Beschäftigten in der DDR-Landwirtschaft ihre Arbeit, auf den Dörfern wächst die soziale Not. Die Bauern befürchten für die nächsten Wochen und Monate massenhafte Konkurse ihrer Produktionsgenossenschaften. — (scc)

Ergebnisse des „Roten Tisches“ am 12./13.1. in Leverkusen

Am 12./13.1. trafen sich in Leverkusen erneut die Organisationen des „Roten Tisches“ zu einer Beratung. An der Konferenz nahmen teil: Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, BWK, DKP, KPD (Ex-DDR), Kurdistan-Komitee, SDAJ, Volksfront, VSP und VVN. Die PDS-Fraktion, die zu der Beratung eingeladen war, um über Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu beraten, hatte sich entschuldigt. Vertreter von VVN und Volksfront referierten über die Aufgaben des antifaschistischen Widerstands nach der DDR-Annexion und den Wahlen. Der Vertreter des Kurdistan-Komitees berichtete über die Lage in Kurdistan, insbesondere über die türkischen Massaker an Kurden im Schatten des Golfkrieges. Die Konferenz verabschiedete eine Resolution zum Golfkrieg. Mit der PDS-Fraktion wurde ein Gespräch vereinbart. In der nächsten „Beilage“ soll die Diskussion zu den Aufgaben des antifaschistischen Widerstands fortgesetzt werden. Die nächste Konferenz ist für Ende Mai geplant, Arbeitstitel: „Repression, Ausweisungen und Notstandspolitik in der BRD“. — (rül)

Aktuell in Bonn

Kriegshilfe

Die Bundesregierung will ihre militärische und finanzielle Hilfe für den Golfkrieg ausweiten. Das „Handelsblatt“ meldet am 11. 1., das Kabinett wolle den US-Streitkräften 24000 Schuß Panzermunition auf Darlehensbasis überlassen. Für den Transport von Kriegsmaterial sollen weitere Kapazitäten bereitgestellt werden. Eine Beteiligung an den finanziellen Kosten der Verlegung des 7. US-Corps an den Golf wird „geprüft“. 170 Mio. DM Darlehen erhält Großbritannien als Kriegshilfe.

Aus BRD an Irak

Als die US-Regierung Bonn eine Liste mit den Namen von 50 BRD-Firmen übergeben hatte, die an den Irak u. a. rüstungsrelevante Güter geliefert haben, behauptete die Bundesregierung, eine Überprüfung lohne sich nur in „ganz wenigen Fällen“. US-Außenminister Baker erneuerte letzte Woche in Bonn den Vorwurf, daß nach wie vor deutsche Firmen das UNO-Handelsembargo gegen den Irak brechen. Auf der entsprechenden „schwarzen Liste“ mit den Namen von 550 Firmen aus 50 Ländern nimmt die BRD mit inzwischen 100 statt der ursprünglich 50 Hinweise den zweiten Platz hinter Jordanien ein. Die National Security Agency (NSA), auf die Baker sich berief, gilt als zuverlässigster Informationslieferant unter den US-Geheimdiensten.

Gebet den Reichen ...

Bei den Koalitions-Verhandlungen (Schluß: diese Woche), sind massive Geschenke an das Kapital beschlossen worden, während die abhängig Beschäftigten allein durch die höheren Beiträge zur Arbeitslosenversicherung 20 Milliarden Mark berappen. Geplant ist die Abschaffung der Vermögenssteuer und der Gewerbesteuer ab dem 1. Januar 1993. Laut „Spiegel“ bedeutet dies, daß die 41 Personen, die 1986 mit über 200 Millionen Mark Vermögenswerten erfaßt waren, im Schnitt je drei Millionen Mark im Jahr an Steuerzahlungen sparen und die 97 größten Kapitalgesellschaften faktisch je fast 9 Millionen Mark mehr verdienen. Dabei sind die FDP-Forderungen nach massiven Steuervergünstigungen für Investoren in der ehemaligen DDR noch nicht ausdiskutiert.

Junker-Hilfen

Bundesfinanzministerium, Bundesjustizministerium und das Ministerium für innerdeutsche Beziehungen bereiten die Entschädigung von zwischen 1945 bis 1949 im Gebiet der DDR enteigneten Kriegsverbrechern und Junkern vor. Das hat der Vorsitzende der „Arbeitsgemeinschaft der Grundbesitzerverbände“, der niedersächsische CDU-Land-

tagsabgeordnete von Wangenheim, in Bonn mitgeteilt. Die Arbeitsgemeinschaft hat herausgefunden, daß die „Treuhänderei“ bereits 3,6 Mio. Hektar Land (inkl. Waldgebiete) kontrolliert. Für „nur“ 1,5 Mio. Hektar lägen Anträge auf Rückgabe an die alten Eigentümer vor. Das bedeute, daß aller zurückgeforderte Landbesitz auch zurückgegeben werden könne. Eine Entscheidung des Verfassungsgerichts über die Rückgabe- und Entschädigungswünsche von Junkern ist für den 22. 1. angekündigt.

„Amt für Volksdeutsche“

Die Schaffung eines „Regierungsbeauftragten für die Deutschen in Osteuropa“ im Kanzleramt und die Bildung entsprechender Ausschüsse in Bundestag und Bundesrat hat der Generalsekretär des revanchistischen „Vertriebenenverbands“, Koschik, gefordert. Dieser solle für die systematische Unterstützung „der Deutschen in Staaten des ehemaligen Ostblocks“ zuständig sein. Die Stelle, wenn sie geschaffen würde, hätte einen Vorläufer: Die „Volksdeutsche Mittelstelle“ beim Reichssicherheitshauptamt der SS.

Schwulen-Paragraph

Der Strafrechtsparagraph 175 stellt homosexuelle Beziehungen zu männlichen Partnern unter 18 Jahren unter Strafe — eine Diskriminierung seit 120 Jahren, die die DDR 1988 abgeschafft hatte. Da im Einigungsvertrag steht, daß der § 175 in der ehemaligen DDR nicht gilt, folgte die CDU/CSU bei den Verhandlungen der FDP-Forderung nach Abschaffung des § 175. Allerdings soll gleichzeitig die Strafverfolgung für beide Geschlechter verschärft werden.

Pharma-Erpressung

Laut Einigungsvertrag gilt für die neuen Bundesländer der ex-DDR für Arzneimittel ein Preisabschlag von 55 Prozent. Pharmaverband und -branche organisierten, als die Umsetzung dieses Beschlusses anstand, einen Lieferboykott in die neuen Bundesländer. Am 3. Januar verhandelte Bundesminister Blum mit dem Pharma-Verbands-Chef Hubertus von Löper. Das Ergebnis: Er verspricht, daß die Regelung möglichst bald abgeschafft und die Steuerzahler und Pharma-Industrie sich die Kosten teilen — auf dieser Grundlage sagte Löper die Beendigung des Lieferboykotts zu.

Was kommt demnächst?

Am 17. 1. soll Kohl zum Kanzler gewählt werden. Am 20. 1. sind Landtagswahlen in Hessen. Am 22. 1. hat das Verfassungsgericht eine erste Entscheidung über Klagen gegen — gegen Junker und Kriegsverbrecher gerichtete — Entschädigungen zwischen 1945 und 1949 angekündigt.

NATO-Kräfte in Kurdistan stationiert

Demonstration gegen Golf-Krieg und zur Solidarität mit den Streiks in der Türkei, 19. 1., Köln

Ab 6. Januar wurde ein Teil der „Mobilen Eingreifereinheit“ der NATO mit 18 Mirage aus Belgien, 18 Alpha-Jets der BRD und 6 F-104 aus Italien samt Personal nach Kurdistan in der Luftwaffenbasis Erhaç in Malatya, circa 400 Kilometer von der irakischen Grenze entfernt, stationiert. Damit kam der NATO-Rat unter dem Vorwand der Golf-Krise dem türkischen Antrag nach. Schon seit zwei Monaten halten sich einige Hundert Bundeswehrsoldaten unter dem Deckmantel von Manövern in Kurdistan auf, unter anderem aus dem Fallschirmjägerbataillon 252 Nagold und der Fallschirmjägerbrigade 251 Calw.

Der Vorsitzende der Sektion Van des Menschenrechtsvereins İHD, Yavuz Binbay, erklärte zu den eigentlichen Hintergründen dieser Stationierung: „Der einzige Grund dafür ist, daß die Türkei ein Kurdenproblem hat. Ein Massaker an den Kurden ist nur durch einen in dieser Region zu beginnenden Krieg möglich. Ein Krieg würde die Vernichtung der Kurden bedeuten ...“

Gegen die Stationierung von 576 NATO-Soldaten und 42 Flugzeugen in Kurdistan wurde in Malatya eine Einheitsplattform, bestehend aus HEP (Partei der Arbeit des Volkes), Sozialist Parti (Sozialistische Partei), Sosyal Demokrat Halkçı Parti (Sozialdemokratische Volkspartei) und der Eisenbahner-Gewerkschaft gegründet.

Die Regierungen der Entsendestaaten Belgien, Italien und BRD haben erklärt, daß die Truppen nicht „außerhalb der Grenzen der Türkei“ eingesetzt werden

würden. Das ist das Eingeständnis der Beteiligung am Kolonialkrieg.

Erklärung der Gewerkschaft Petrol-İş (Erdöl) Diyarbakır

„Nein zum Krieg für die Interessen der USA. Die in den letzten Monaten in unserer Region anhaltende Golf-Krise (Erdölkrise der USA) hat sich tief auf unser Land ausgewirkt ...“

Wir glauben, daß bevor nicht die demokratischen Forderungen des kurdischen Volkes erfüllt worden sind, auch nicht die Demokratie für die Türkei kommen wird und daß, bevor nicht dem kurdischen Volk seine demokratischen ökonomischen Rechte gegeben werden, auch das kurdische Volk nicht befreit werden kann. Wir rufen alle Kräfte der Demokratie in der Türkei dazu auf, gemeinsam vorzugehen und besonders zum unerklärten Krieg im Südosten „Nein“ zu sagen.

Wir rufen alle demokratischen Kräfte dazu auf, ihre Aufgabe zu erfüllen, damit die nationale Unterdrückung des kurdischen Volkes sofort beendet wird.

Wir lehnen es ab, uns nur für die Interessen der USA an einem kommenden Krieg im Mittleren Osten zu beteiligen.

Es werden dringende Initiativen ... vorbereitet, eine Plattform und Delegation für die Menschenrechte im Südosten zu bilden ...

Dem Kampf, den die Bergarbeiter in Zonguldak führen, muß jede Art von materieller und ideeller Unterstützung zukommen.

Alle politischen Gefangenen müssen sofort freigelassen werden.“



Köln, 3. Januar: Solidaritätsdemonstration mit den Streikenden in der Türkei und Kurdistan. (Bild: af/mz)

Erster Generalstreik in der Türkei und Kurdistan

Am 3. Januar fand in der Türkei und in Kurdistan der erste Generalstreik statt. Neben ökonomischen Forderungen ging es bei diesem eintägigen Generalstreik in erster Linie um die politischen Forderungen „Nein zum Krieg“ und den Rücktritt der herrschenden Machthaber. In Kurdistan beteiligten sich alle Arbeiterinnen und Arbeiter (100 % Streikbeteiligung) am Streik, auch die Ladenbesitzer unterstützten die Aktion durch Rolladenschließungs-Aktionen. Auch in den türkischen Großstädten Istanbul, Izmir und Ankara kam das Leben völlig zum Erliegen, die Straßen waren überfüllt mit demonstrierenden Arbeiterinnen und Arbeitern. Im Landesdurchschnitt lag die Beteiligung am Generalstreik bei 90 Prozent.

Auch an allen Universitäten fanden Boykottaktionen, Kundgebungen und Demonstrationen zur Unterstützung des Generalstreiks statt. Berufsverbände von Selbstständigen solidarisierten sich, beispielsweise 200 Anwälte auf einer Pressekonferenz in Istanbul.

Der Bergarbeiter-Streik in Zonguldak geht noch weiter. Am 4. Januar brachen 70000 Bergarbeiter aus Zonguldak mit ihren Familien mit Bussen Richtung Ankara auf. Nachdem die Busse von den Sicherheitskräften aufgehalten wurden, äußerten sie ihre Entschlossenheit, notfalls auch zu Fuß weiterzugehen. Militär- und Polizeikräfte errichteten Straßensperren und kündigten an, den Marsch mit Gewalt zu zerschlagen. Darauf rief der Gewerkschaftschef von Maden-İş mit der Begründung, die Arbeiter nicht mit der Militärgewalt konfrontieren zu wollen, zum Rückzug auf. Es sollen nun weitere Verhandlungen geführt werden.

130000 Metallarbeiter sind seit etwa einem Monat überall in der Türkei und in Kurdistan im Streik. Außerdem werden 85000 Textilarbeiterinnen und -arbeiter bald in den Streik treten, nachdem die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen worden sind.

Aufruf zur Demonstration am 19. Januar in Köln

Nein zum imperialistischen und reaktionären Krieg! Nein zur Stationierung der Mobilen Einsatztruppen der NATO in Kurdistan! Solidarität mit dem Widerstand der Arbeiter in der Türkei!

Zu diesem Zweck hat sich eine Aktions-einheit von 16 kurdischen und türkischen Organisationen gebildet (siehe auch Politische Berichte 1/91), die zu einer zentralen Demonstration am 19. Januar in Köln aufruft. Beginn: Domplatte neben dem Hauptbahnhof um 10.00 Uhr. Abschlußkundgebung: Neumarkt.

Quellenhinweis: Kurdistan-Rundbrief 1/91 und 2/91 — (rub)

Schulzeit bis zum Abitur soll verkürzt werden

Möllemann will Senkung der Abiturientenzahlen / Angriff auf Gesamtschulen geplant

In den Bonner Koalitionsverhandlungen wurde am 17. 12. festgelegt, daß die Schulzeit bis zum Abitur statt bisher 13 nur noch 12 Jahre dauern soll. Bundesbildungsminister

Möllemann versuchte so einen Putsch gegen die grundsätzliche Hoheit der Länder über das Bildungswesen. Die Länder wiesen diese Form vorerst zurück.

Wegen des Widerspruchs der Länder mußte die Koalitionsvereinbarung in diesem Punkt durch das Einheitsvotum der Kultusministerkonferenz (KMK) umgesetzt werden. Wie die einzelnen KuMi inhaltlich zur Verkürzung stehen, ist noch unklar. In der CDU gibt es jedenfalls Stimmen gegen die allgemeine Verkürzung, da sich gerade die seit einiger Zeit praktizierte Differenzierung zwischen Eliteschulen, die von Schülern in 12 Jahren absolviert werden, und den „normalen“, 13 Jahre dauernden Schulen „bewährt“ habe. SPD-Länder bringen dagegen eine allgemein 12,5-jährige Schulzeit in die Diskussion.

Die KMK am 7. 12. 90 hatte ergeben, daß alle Mittel in den neuen Ländern für die Gliederung des Schulwesens und nicht für die Einrichtung eines 13. Schuljahrs verausgabt werden sollen. Aus den Westländern wurden verschiedene „erfolgreiche“ Versuche mit 12-jähriger Schulzeit gemeldet: Rheinland-Pfalz z. B. könne „nachweisen, daß es geht“ — für Schüler „mit entsprechender Motivation und Leistungskraft“. Für Baden-Württemberg ver-

wies KuMi Mayer-Vorfelder auf sinkende Abiturientenzahlen, denn bei den Eliteteilen werden knallhart die Leistungskurse auf 4 verdoppelt und die Sprachenfolge beschleunigt: erste Fremdsprache in der 5., zweite in der 6., dritte in der 8. Klasse. Nach seiner Meinung könnten rund 3-5 % der Schüler da noch mithalten. — Folglich frohlockt das Bundesbildungsministerium, daß, wenn nun für alle Abiturienten die Schulzeit verkürzt wird, deren Anzahl gesenkt werden könnte. Zynisch wird an Schülererfahrungen mit jahrelanger Mißachtung ihrer Interessen angeknüpft: „Die Motivation der Schüler zur Teilnahme am Unterricht nimmt mit zunehmendem Alter erkennbar ab.“

Die Folgen der geplanten Verkürzung werden enorm auf alle Jahrgänge an den Schulen wirken. Bisher schlägt das hauptsächliche Ausleseinstrument — die Prognose, welche Schullaufbahn einem Schüler zugetraut wird — erstmals am Ende der 4. Klasse zu. Die Verkürzung der Schulzeit wird nun gerade in derjenigen Schulart treibhausartig die Differenzierung anheizen, in der bislang alle

Schüler unterschiedlicher Prognose gemeinsam unterrichtet werden und auch die Möglichkeit gegeben ist, noch auf eine „bessere“ Prognose-Schiene zu gelangen — die Gesamtschule. Zu erwarten ist konkret, daß der Druck, frühzeitig Schüler zu prognostizieren, die das Abitur trotz der kürzeren Zeit schaffen können, in der Sekundarstufe I der Gesamtschulen generell wieder drei Kursniveaus mit entsprechender A-, B- und C-Notenskala hervorbringt. In der Folge wird die sog. integrierte Gesamtschule kaum noch etwas anderes bieten als das Nebeneinander der „kooperativen“ Gesamtschulen, die die herkömmlich selektierten Schüler weitgehend getrennt laufen lassen, nur eben unter einem Dach.

GEW, Deutscher Lehrerverband und viele Schülervertretungen haben sich gegen die Verkürzung ausgesprochen. Noch nicht erkennbar ist jedoch eine einheitliche Front, zumal keine, die sich auch gegen andere Varianten der Elitebildung richtet.

Quellen: Informationen des BMBW; Spiegel 15/90; div. Ausgaben FAZ — (mak, uga)

BRD-Konzerne stützen Südafrika

BRD ist noch immer eine der Hauptstützen der Rassisten

Die internationalen Sanktionen gegen Südafrika, wie sie von der UNO beschlossen sind, gelten nach wie vor. Erst im Dezember hat die UN-Generalversammlung erneut alle Staaten, Organisationen und Finanzinstitutionen aufgerufen, die beschlossenen Embargos einzuhalten und insbesondere das Waffenembargo nicht zu lockern, denn noch längst sei Apartheid nicht ausgerottet und die Minderheitsherrschaft bestehe fort. In seinem jährlichen Bericht erklärt das Sonderkomitee gegen Apartheid, obwohl „Deutschlands Handel mit Südafrika etwas reduziert wurde“ in den Jahren 1989 und 1990, bleibe die BRD der größte Handelspartner Südafrikas.

Goldexporte machen mit etwa 8,8 Mrd. US-Dollar immer gut ein Drittel des gesamten südafrikanischen Exports aus, davon gehen ein Drittel in die Europäische Gemeinschaft, das meiste über Italien. Aber die Bedeutung der anderen Rohstoffexporte — landwirtschaftliche Produkte wie Obst, Gemüse, Mais und Bergbauprodukte wie Kohle, Stahl, edler und Platin — nimmt kontinuierlich zu. Noch vor zehn Jahren war der Goldexport mit zwei Dritteln des Gesamtexports das Hauptexportgut.

Private Banken, aber auch die staatlich gestützte Hermes Kreditbank ge-

währen der Rassistenregierung grundlegende finanzielle Unterstützung. Allein über die Hermes Rückversicherung gewährt die BRD Südafrika kurzfristige Handelskredite in Höhe von 281,3 Mio. US-Dollar sowie mittel- und langfristige Kredite in Höhe von 2,73 Mrd. US-Dollar. Sie ist damit vor dem britischen Export Credit Guarantee Department der größte Gläubiger bei den Handelskrediten für Südafrika.

BMW, Daimler-Benz und Volkswagen haben in den letzten Jahren ihre Zweigwerke in Südafrika ausgebaut — knapp eine Milliarde Rand haben sie nach Berichten des südafrikanischen Industrieministers in den letzten fünf Jahren in Erweiterungen investiert. Für 1990 und 1991 planen sie Investitionen in Höhe von 4,5 Mrd. Rand. Außerdem wollen Daimler-Benz, Volkswagen und Toyota gemeinsam mit dem weltgrößten Platin-Bearbeiter und -Händler Johnson Matthey, eine halbe Milliarde Rand investieren, um ein Werk für Abgas-Katalysatoren in Südafrika zu bauen, das nicht nur die südafrikanischen Werke, sondern vor allem die europäischen Werke dieser Automobilkonzerne beliefern soll.

Quellenhinweis: Report of the Special Committee against Apartheid. Dok. A/45/22 — (rub)

„Die Landkarte wird sich . . . dramatisch verändern“ (Özal)

Die Beteiligung der BRD am Golfkonflikt durch Bundeswehreinheiten in der Türkei bzw. Kurdistan ist völkerrechts- und grundgesetzwidrig

Die Bundesregierung behauptet, sie verfolge das Ziel, „die Golfkrise auf der Grundlage der Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen mit friedlichen Mitteln zu lösen.“ Die in die Türkei entsandten Bundeswehreinheiten würden „nur bei einer eindeutigen Aggression gegen den Bündnispartner Türkei“ (Pressemittteilung der Bundesregierung Nr. 1/91 vom 2.1.1991) eingesetzt. Tatsächlich gibt es inzwischen eine ganze Reihe von Anzeichen, die belegen, daß in Wirklichkeit ein Aggressionskrieg vorbereitet wird, der auf die gewaltsame Eroberung von Land und Leuten und die Änderung auch des territorialen Status quo in der Region zielt. Die obige Äußerung des türkischen Staatspräsidenten Özal wurde bereits Mitte September von zahlreichen Presseagenturen verbreitet und u.a. in der „FAZ“ vom 18.9.90 wiedergegeben. Seitdem sind der türkische Außenminister, der Verteidigungsminister und zuletzt der Generalstabschef unter Protest gegen Özals Politik zurückgetreten. Der Generalstabschef kritisierte ausdrücklich Özals Abkehr von „kemalistischen Grundsätzen“. Tatsächlich strebt die Türkei eine territoriale Expansion an: Das

erdölreiche Süd-Kurdistan um Mossul und Kirkuk, derzeit noch irakisches Gebiet, soll annektiert werden. Erstmals seit den Zeiten des Osmanischen Reiches knüpft die Regierung damit direkt an großtürkischen Ideologien und Traditionen an. Diese Gebietsansprüche richten sich nicht nur gegen den Irak. Sie richten sich auch — unter der Losung der „Befreiung aller türkischen Völker“ — gegen die Sowjetunion. Schon das faschistische Deutsche Reich suchte während des Zweiten Weltkriegs unter Anknüpfung an solche großtürkischen Bestrebungen eine großdeutsch-großtürkische Allianz gegen die Sowjetunion. Das Kabinett Kohl knüpft an solchen Traditionen offenbar erfolgreich an. Die Türkei wird damit mit Unterstützung der NATO, speziell der BRD, zu einer Gefahr nicht nur für die Völker des Nahen und Mittleren Ostens, sondern auch für die SU.

In der türkischen Presse wird Özals Kriegskurs gelegentlich als „Umweg in die EG“ beschrieben. Auch dies hat Tradition. Nachdem Ende der 40er Jahre noch der erste türkische Beitrittsantrag an die NATO abschlägig beschieden worden war, „erwarb“ sich

die Türkei durch die Beteiligung am Korea-Krieg (in dem die türkischen Einheiten bei den verlustreichsten Kämpfen eingesetzt wurden) die NATO-Mitgliedschaft.

Eine territoriale Expansion der Türkei in kurdische Gebiete, die jetzt zum Staatsgebiet des Irak gehören, würde auch ein Projekt rationell machen, das bisher selbst unter bürgerlichen Experten umstritten ist: Das sogenannte „GAP“-Projekt. Die Staudämme, die im Rahmen des GAP in den kurdischen Gebieten im Südosten der Türkei an Euphrat und Tigris bereits errichtet wurden oder noch geplant sind, könnten allein für die kurdischen Gebiete auf türkischem Gebiet gar nicht rationell genutzt werden. Mit der Annexion weiterer irakischer Gebiete im Süden des GAP-Gebietes dagegen bekämen sie ein viel größeres Wirkungsgebiet und könnten riesige Monokulturen in den unter kolonialen Ausnahmerecht stehenden kurdischen Gebieten bewässern helfen.

Die Anzeichen für türkische Aggressionspläne sind also zahlreich. Eine Beteiligung der BRD an einem solchen Krieg verstößt gegen Völkerrecht wie gegen Artikel 26 GG. — (huh, rül)

Bundeswehreinsatz im Ausland, Notstand im Innern, WHNS

Bündnisfall nach Art. 80a GG?

Die Bundesregierung behauptet, die Entscheidung zur Entsendung von Bundeswehreinheiten im Rahmen der AMF in die Türkei bzw. Kurdistan sei eine „Bündnisentscheidung“. Die BRD habe mit dem Abschluß des NATO-Vertrags „Souveränitätsrechte“ an die NATO abgetreten. Eine Zustimmung des Bundestags zur Entsendung der Bundeswehreinheiten sei nicht erforderlich.

Damit zeichnet sich ein Kurs der Bundesregierung im Golfkonflikt ab, der in Artikel 80a des Grundgesetzes näher beschrieben wird: **Herbeiführung des inneren und äußeren Notstands mittels sogenannter „Bündnisentscheidungen“**. Gleich beim ersten Einsatz von Bundeswehreinheiten wird die Entscheidung über deren Entsendung der parlamentarischen Kontrolle entzogen, ein Vorgang, wodurch zwangsläufig auch die Entscheidung über Krieg und Frieden — in diesem Fall zudem über einen rechtswidrigen Angriffskrieg — in das Ermessen der Exekutive gestellt ist.

Selbst konservative Grundgesetzkommentare widersprechen der Rechtmäßigkeit einer solchen Entfesselung von exekutiven Vollmachten gegenüber dem Parlament. Sie bewerten Art. 80a als „ungemein gefährliches Instrument“ der Herbeiführung des inneren und äußeren Notstands, nennen seinen Abs. III (der „Bündnisfall“), auf den sich die Bundesregierung jetzt beruft, „eine der bedenkenlichsten Bestimmungen, die die Verfassungsnovelle vom 24.6.1968 überhaupt gebracht hat“ und weisen auf die Gefahr einer „Selbstermächtigung der Bundesregierung“ unter Ausschaltung des Parlaments hin. Eben das hat stattgefunden.

Wir dokumentieren im folgenden Auszüge aus dem juristischen Standardkommentar zum Grundgesetz, Artikel 80a wurde 1968 bei Verabschiedung der Notstandsgesetze ins Grundgesetz aufgenommen und befaßt sich mit der Feststellung und den Folgen des „Spannungsfalles“. Im Kommentar zu Absatz III („Bündnisfall“) heißt es:

„Nach Art. 80a III ist die Anwendung von Rechtsvorschriften im Sinne des Art. 80a auch „auf der Grundlage und nach Maßgabe eines Beschlusses zulässig, der von einem internationalen Organ im Rahmen eines Bündnisvertrages mit Zustimmung der Bundesregierung gefaßt wird“. Die Vorschrift ist ... unzulänglich eine der **bedenkenlichsten Bestimmungen**, die die Verfassungsnovelle vom 24.6.1968 überhaupt gebracht hat ... Nach dem Schriftlichen Bericht des Rechtsausschusses trägt die Vorschrift „der Tatsache Rechnung, daß die Bundesrepublik Deutschland nach den Vereinbarungen in Bündnisverträgen, denen sie beigetreten ist, gehalten sein kann, Maßnahmen zur Herstellung der erhöhten Verteidigungsbereitschaft zu treffen. Gedacht ist hier z. B. an die nach gewissen Grundsätzen abgestufte Auslösung bestimmter Mobilmachungsmaßnahmen durch den NATO-Rat ...“

a) Die Situation, von der Art. 80a III Satz 1 insoweit ausgeht, ist — völkerrechtlich gesehen — folgende:

Es muß ein Bündnisvertrag bestehen, dem die Bundesrepublik Deutschland beigetreten ist, der zur Errichtung mindestens eines internationalen Organs — und zwar eines Beschlussorgans — geführt hat und auf Grund dessen dieses Organ in dem dafür vorgesehenen Verfahren in einer konkreten außenpoli-

tischen Situation konkrete Maßnahmen zur Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit der Mitgliedstaaten beschlossen hat. Daß es sich bei diesem Bündnis um ein militärisches Bündnis handeln muß, ergibt sich schon aus dem Begriff des Bündnisses, daß es sich ausschließlich um ein **Defensivbündnis** handeln darf, folgt aus der Ächtung des Angriffskriegs durch Art. 26 I ... wenn ein Beschluß im Sinne des Art. 80a III Satz 1 ... aggressiven Zwecken dienen sollte, würde Art. 26 I ... vorgehen, d.h. die Bundesregierung hätte dann kein Recht, sich auf das Wirksamwerden der betreffenden Vorschriften zu berufen, und der Bundestag wäre verpflichtet, das Verlangen nach Abs. II (sofortige Rücknahme der Entscheidung, Anm. d. Red.) zu stellen ... Daß der NATO-Rat ... Beschlußrechte besitzt, auf Grund deren es zum Wirksamwerden der oben ... aufgezählten Rechtsvorschriften im Sinne des Art. 80a kommen könnte (gemeint sind die Notstandsgesetze: Katastrophenschutzgesetz, Wirtschaftssicherstellungsgesetz (mit Arbeitspflicht), Ernährungssicherstellungsgesetz, Verkehrssicherstellungsgesetz, Anm. d. Red.) kommen könnte, wird in der deutschen Literatur allgemein bestritten ...

c) Der Beschluß des internationalen Organs wird von der Verfassungsordnung des Grundgesetzes nicht eo ipso (aus sich heraus, d. Red.) übernommen ... Die Bundesregierung ... ist bei der Entscheidung (über die Zustimmung zu einer solchen Bündnisentscheidung, d. Red.) an die materiellen Voraussetzungen des Art. 80a I gebunden, d.h. sie darf die Zustimmung nur erteilen, wenn und insoweit die erhebliche Gefahr eines bewaffneten Angriffs auf das Bundesgebiet besteht (Keine Hervorhebung im Original, d. Red.) ...

b) Ungleich bedenklicher ist die innerstaatliche Konsequenz des Art. 80a III Satz 1, die praktisch darin besteht, daß die Bundesregierung, die Maßnahmen im Sinne des Abs. I durchführen möchte, dabei aber die Mehrheit des Bundestages nicht auf ihre Seite bringt, das Erfordernis der parlamentarischen Zustimmung durch eine Rückversicherung beim NATO-Rat ... zu umgehen imstande ist ...

Alle Zitate aus: Grundgesetz-Kommentar, (Hrsg. Maunz, Dürig, Herzog, Scholz), Bd. II, München 1978 (Looseblattsammlung), Kommentar zu Art. 80a

WHNS-Abkommen 1982: Frühe Kriegsvorbereitung

Mit Beginn der Golfkrise ist auch ein Abkommen wirksam geworden, daß die BRD und die USA bereits 1982 für den Fall einer militärischen Intervention in Nahost geschlossen hatten: Das „War-time-Host-Nation-Support“-Abkom-

men, kurz: WHNS. Das Abkommen geht auf eine Direktive von US-Präsident Carter von 1977 an den Nationalen Sicherheitsrat der USA zurück, in der dieser den Aufbau einer „Schnellen Eingreiftruppe“ der USA für Interventionen im Nahen und Mittleren Osten angeordnet hatte. Zur Begründung formulierte Carter: „Um unsere Position absolut klar zu machen: Einen Versuch einer anderen Macht, Kontrolle über die Region des Persischen Golfs auszuüben, werden wir als Angriff auf die Lebensinteressen der Vereinigten Staaten von Amerika betrachten. Und ein solcher Versuch wird mit allen erforderlichen Mitteln zurückgeschlagen werden, einschließlich militärischer Gewalt.“

Hier Auszüge aus einem Aufsatz über das Abkommen:

„Mit dem Abschluß des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über Unterstützung durch den Aufnahmestaat in Krise oder Krieg“, das mit seiner Unterzeichnung am 15. April 1982 in Kraft trat, wurde eine langjährige Forderung der US-Regierung erfüllt ... Die in Art. 2 WHNS von der Bundesregierung für den Krisen- oder Kriegsfall zugesagte militärische und zivile Unterstützung ist in einem Anhang näher konkretisiert. Der militärische Teil erstreckt sich danach auf die „Sicherung“ von 18 Objekten der US-Luftwaffe, auf die „Unterstützung des Betriebs“ von 13 gemeinsamen Einsatzflughäfen, auf die Instandsetzung von 26 Flugplätzen, die „Sicherung“ von 39 US-Heereseinrichtungen, den Transport von täglich 6800 t Material und 7000 Kubikmetern Betriebsstoffen, den Umschlag von 7200 t Nachschub, auf die „Verstärkung“ der bestehenden und der im Mobilmachungsfall aufzubauenden US-Nachschuborganisation, auf den Abtransport von „maximal 1725 Verwundeten täglich“, auf die tägliche Aufnahme von bis zu 200 Kriegsgefangenen, auf die Dekontamination von Personal und Material ... die „Verteidigungsstärke“, also der WHNS-spezifische zusätzliche Personalaufwand im Falle von „Krise“ oder „Krieg“ auf Seiten der BRD, ist auf 93 329 festgesetzt ...

... werde die Bundesrepublik die „Transit-Stelle“ bilden, über die vor allem amerikanische Truppen und US-Material via Bremerhaven/Rhein-Main-Flughafen ins Krisengebiet geschafft werden. Die USA lassen nicht den geringsten Zweifel, daß sie Mittelost mit absoluter Priorität behandeln ...“

(alle Zitate aus: Dieter Deiseroth, Die Bundesrepublik — Transit-Stelle für US-Militäreinsätze außerhalb des NATO-Gebiets?, in: Kritische Justiz, Heft 4/1985, Seite 412 f.)

Antrag der PDS-Fraktion

... I. Die Bundesregierung wird aufgefordert:

1. die am 6.1.1991 auf den NATO-Stützpunkt ErhaC beorderten Alpha-Jet inkl. aller logistischen und personellen Ausrüstung sofort zurückzuführen,
2. die Rückkehr der im östlichen Mittelmeer befindlichen Einheiten der Bundesmarine anzuordnen,
3. darüber hinaus die logistische, materielle und finanzielle Unterstützung der am Aufmarsch gegen den Irak beteiligten Militärkräfte einzustellen,
4. das zwischen den USA und der Bun-

desrepublik Deutschland getroffene „War-time Host Nation Support“-Abkommen zu kündigen.

II. Die Bundesregierung wird beauftragt, sich mit allen zur Verfügung stehenden diplomatischen Mitteln für das Zustandekommen einer Nahostkonferenz einzusetzen, die sich mit sämtlichen Problemen in dieser Region befaßt.

III. Der Deutsche Bundestag erklärt, daß gerade nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten außenpolitische Selbstbeschränkung unter anderem dergestalt geboten ist, daß eine Beteiligung Deutschlands an einem Krieg ausgeschlossen ist.“

Quelle: Bundestagsdrucksache 12/28, II. 1.

Keine deutschen Jagdbomber in der Türkei!

Jeder Krieg ist ein Verbrechen — immer und überall. Deshalb verurteilen wir den Überfall des Irak auf Kuwait ohne Wenn und Aber. Dennoch darf die Antwort darauf nicht „Krieg“ heißen; vielmehr muß alles getan werden, um einen Krieg am Golf zu verhindern. Die Leidtragenden wären nämlich vor allem die Menschen in dieser Region und die auf beiden Seiten eingesetzten Soldaten.

Die Entsendung eines deutschen Jagdbomberschwaders in den kurdischen Teil der Türkei war ein politischer Fehler, auch wenn wir anerkennen müssen, daß die deutsche Bundesregierung ihr Unbehagen hat deutlich werden lassen. Die Entsendung war nach der Verfassung unzulässig. Sie wäre nur zulässig, wenn ein NATO-Mitglied angegriffen worden wäre, vielleicht auch, wenn ein solcher Angriff unmittelbar bevorstehen würde; das ist nicht der Fall. Niemand kann annehmen, daß der Irak seine Kräfte verzettelt und ohne Zwang die Türkei angreifen wird. Es besteht vielmehr die Gefahr, daß nationalistische Kräfte in

der Türkei ihrerseits die militärisch bedrängte Lage des Irak ausnützen werden, um alte Großmachtträume durch einen Angriff auf den Irak zu verwirklichen.

Es ist richtig, daß die Bundesregierung jedenfalls den Einsatz der Jagdbomberschwader von ihrer vorherigen Einwilligung abhängig gemacht hat; es wird jedoch im Ernstfall kaum helfen, da zwischen Angriff und Verteidigung nur schwer zu unterscheiden sein wird.

Die Bundesregierung und — nach Art. 80 a Abs. III des Grundgesetzes — auch der Deutsche Bundestag sind aufgerufen, die Rückkehr des deutschen Jagdbomberschwaders zu beschließen und der türkischen Regierung deutlich zu machen, daß die BRD einen Angriff der Türkei auf den Irak nicht unterstützen wird.

HUMANISTISCHE UNION

Ulrich Vultejus

Bundesvorsitzender

München, den 11. 1. 1991

Erklärung des Roten Tisches, 13. 1. 91

Das von den USA betriebene Ultimatum gegen den Irak läuft am 15. Januar 1991 ab. Die Welt kann dadurch in einen mörderischen Krieg gestürzt werden, der seine eigene Dynamik entwickelt und dessen Folgen nicht nur die unmittelbar betroffene Nah-Ost-Region verwüsten. Weltweit steigt damit die Kriegsgefahr.

Hauptverantwortlich für den Aufmarsch der westlichen Truppen ist unserer Einschätzung nach keineswegs Saddam Hussein, der unrechtmäßig Kuwait annektiert hat und im Innern einen brutalen Feldzug gegen oppositionelle Kräfte und gegen Kurdinnen und Kurden führt, sondern das Vormachtstreben und die geopolitischen Machtinteressen der USA und der anderen kapitalistischen Staaten in der gesamten Nah-Ost-Region.

Die USA und die anderen imperialistischen Staaten haben es verstanden, die UNO, die bisher auch ein Forum der Dritten Welt und der sozialistischen Staaten war, für ihre Interessen einzuspannen.

Diese Kräfte, die wir weiterhin imperialistisch nennen und zu denen auch die BRD gehört, versuchen, nach dem Zusammenbruch des RGW und Warschauer Vertrags den wirtschaftlich wichtigen Nah-Ost-Markt unter ihre Kontrolle zu bringen. Stichworte sind Öl und Waffenexport.

Der Krieg im Nahen Osten wird zu einer riesigen Massenvernichtung von Menschen und Material und Verwüstung von Land führen. Er kann auch der Auftakt zu einer langen Reihe blutiger Kriege des Imperialismus gegen die Dritte Welt werden. Zugleich geht es den beteiligten imperialistischen Mächten dabei um eine Verbesserung ihrer Stellung im innerimperialistischen Konkurrenzkampf: Wer die Ölreserven des Mittleren Ostens kontrolliert, hat einen beträchtlichen Konkurrenzvorteil.

Der imperialistische Krieg am Golf richtet sich gegen die Völker der Region. Eines der dabei verfolgten Ziele ist eine direkte territoriale Umgestaltung der Grenzen der Region durch eine Ausdehnung der Türkei in bisherige irakische Gebiete. Opfer dieser territorialen Umgestaltung werden die Völker Palästinas, Kurdistans und alle anderen Völ-

ker der Region sein, deren Selbstbestimmungsrecht bei dieser Umgestaltung mit Füßen getreten wird.

Die Beteiligung der BRD — durch Waffenlieferungen, Finanzhilfen und die Entsendung von Bundeswehrsoldaten im Rahmen der AMF in die Türkei bzw. nach Kurdistan — ist also eine Beteiligung an einem Aggressionskrieg, der gegen Völkerrecht und Grundgesetz (Art. 26) verstößt.

Wir unterstützen jeden Widerstand gegen diesen Krieg, sowohl hier in der BRD, in den anderen kriegführenden imperialistischen Staaten und den Widerstand der Völker der Region.

Wir unterstützen die Aktionseinheit, die türkische und kurdische Organisationen gegen diesen Krieg gebildet haben. Wir unterstützen die Demonstration, zu der diese Aktionseinheit am 19. Januar in Köln aufruft. Wir streben an, in unseren Publikationen die Unterrichtung über den Widerstand in der Türkei und Kurdistan gegen diesen Krieg zu verbessern auch auf der Grundlage der Nachrichten, die die Organisationen der Aktionseinheit zur Verfügung stellen.

Wir fordern:

— die rechtswidrige Entsendung der Bundeswehrsoldaten (Verstoß gegen Artikel 26 GG) muß sofort rückgängig gemacht werden, alle in den Nahen und Mittleren Osten entsandten Bundeswehreinheiten müssen zurückbeordert werden.

— Keine Grundgesetzänderung für einen Bundeswehreinsatz im Ausland.

— Verbot aller Waffenexporte.

Wir unterstützen jede Verweigerung des Kriegsdienstes und jeden Widerstand gegen Dienstverpflichtungen (z.B. von Zivildienstleistenden) für den Krieg im Nahen Osten.

Wir haben die Aktionen am 12.1. mitgetragen und werden alle weiteren Aktionen gegen den Krieg unterstützen.

Wir fordern die im Bundestag vertretenen Oppositionsparteien, insbesondere die PDS, auf, auch parlamentarisch in diesem Sinne tätig zu werden. (Bei der Verabschiedung waren in Leverkusen anwesend: Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, BWK, DKP, KPD (Ex-DDR), Kurdistan-Komitee, SDAJ, Volksfront)

Internationale Umschau



Spanien: In Andalusien streiken jetzt 100 000 Tagelöhner in der Olivenernte, die von Dezember bis Februar vorgenommen wird. Sie fordern einen menschenwürdigen Tagelohn. Bild: In der Ortschaft Pedrera (Sevilla) demonstrierten am 30. 12. 90 2000 Tagelöhner, die streiken seit dem 10. Dezember. Ihre Forderungen: Anhebung des Tagelohns von 2800 Peseten (etwa 45 DM) auf 3500 Peseten, die gleiche Anzahl von Frauen wie Männer sollen Arbeit bekommen, Gleichstellung der Arbeitsbedingungen der Frauen. Zugleich protestieren die Streikenden gegen den neuen staatlichen Plan zur Beschäftigung in der Landwirtschaft, der keine Besserung für die Lage der Arbeitenden bringt. Zum Beispiel in der Ortschaft Pedrera hängen von den 5000 Bewohnern 2000 von den Zahlungen der landwirtschaftlichen Unterstützungskasse ab. Quelle: El País, 31. 12. 90 — (gba)

Militärischer Erfolg der Roten Khmer

Das von Vietnam in Kampuchea eingesetzte Hun-Sen-Regime erklärte jüngst, es werde keine Vereinbarung über eine friedliche Regelung des Konflikts unterzeichnen, solange nicht alle politischen und militärischen Strukturen der Roten Khmer aufgelöst seien. Mit dieser ultimativen Forderung versucht Hun Sen erneut, eine friedliche Lösung hinauszuzögern und so seine Macht zu erhalten. Derzeit haben die Roten Khmer, die stärkste der Widerstandsorganisationen, die hauptsächlich unter den Bauern Unterstützung findet, unterstützt durch Truppen von Sihanouk die strategisch wichtige Stadt Chong Kal im Norden Kampucheas besetzt und damit die Verbindungswege der nördlich gelegenen Hun-Sen-Truppen zu den südlichen Regionen abgeschnitten. — (scc)

Rumänien: Regierung kündigt Massenentlassungen an

Die rumänische Regierung hat — offenkundig unter dem Druck westlicher Gläubiger — Massenentlassungen von Beschäftigten staatlicher Betriebe angekündigt. 65 000 Beschäftigte aus „unrentablen Betrieben“ würden in den nächsten Tagen entlassen. Erst Ende Januar soll eine Arbeitslosenversicherung in Rumänien in Kraft treten. Bis dahin sollen die Entlassenen 50 % ihres früheren Lohns bzw. Gehalts weitergezahlt bekommen. Die rumänische Industrieproduktion soll im Laufe des vergangenen Jahres um 30 Prozent gefallen sein. — (rül)

Schülerprotestwelle in Griechenland

In Griechenland dauert seit zwei Monaten eine starke Schülerprotestbewegung an. Z. T. wurde landesweit mit Schulbesetzungen der Unterricht boykottiert, unterstützt von Arbeitsniederlegungen, zu denen die Lehrergewerkschaft aufgerufen hat. Die konservative Regierung hat die Ausstände „illegal“ genannt und verfolgt sie mit brutalsten Mitteln. Zudem betätigen sich gewalttätige Jugendgruppen der Regierungspartei „Neue Demokratie“ als Streikbrecher. Bei Auseinandersetzungen um die Besetzung eines Gymnasiums in Patras wurde am 8. 1. ein 38 Jahre alter Mathematiklehrer getötet. Am Tag darauf trat der Erziehungsminister Kontojanopoulos zurück. Seit der vergangenen Woche beteiligten sich auch Lehrlinge und Studenten an den Protesten gegen die reaktionären bildungspolitischen Regierungsvorhaben. Am 10. 1. wurden bei heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei vier Demonstranten getötet, nachdem ein Kaufhaus in Brand geraten war. Der Protest richtet sich gegen ein neues Gesetz, das u. a. die Wiedereinführung von Schulkleidung, ein Punktesystem zur Beurteilung des Schülerverhaltens sowie die Bezahlung der Schulbücher durch die Schüler/Eltern vorsieht. Gefordert wird zudem, daß der staatliche Haushalt statt der geplanten 6,5 % der Ausgaben 15 % für den Bildungsbereich veranschlagen solle. — (uga)

Protest gegen AMF-Einheit in der Türkei und Kurdistan

Gegen die Stationierung von inzwischen 576 NATO-Soldaten und 42 Flugzeugen aus der BRD, Belgien und Italien in Kurdistan hat sich im Stationierungsgebiet in Malatya eine Aktionseinheit aus praktisch allen linken Parteien gebildet. Die Aktionseinheit fordert den Abzug der Interventionstruppe der NATO. Erste Protestaktionen fanden bereits statt. Der Einheitsplattform gegen die Stationierung gehören u. a. die Parteien HEP (Partei der Arbeit des Volkes), Sozialist Parti (Sozialistische Partei), Sosyal Demokrat Halkçı Parti (Sozialdemokratische Volkspartei) und die Eisenbahnarbeiter-Gewerkschaft an. Der HEP-Bezirksvorsitzende Hasan Doğan erklärte: „Unter dem Vorwand der Golfkrise sollen die demokratischen Entwicklungen behindert werden. Die Entsendung der Eingreiftruppen verletzt die Interessen unserer Völker und der Unterdrückten.“ Er kritisierte weiter, daß der Westen bei den Menschenrechten und Grundfreiheiten mit zweierlei Maß mißt. Der HEP-Bezirksvorsitzende von Diyarbakır, Mustafa Özer, bezeichnete die Eingreiftruppen als „eine gegen unser Volk gerichtete Angriffskraft“ und erklärte, daß eine Kundgebung „Nein zum Krieg und Nein zu den Eingreiftruppen“ vorbereitet wird, zu der alle Parteien außer der regierenden ANAP aufgerufen worden sind.

In Brüssel haben 16 revolutionäre und antiimperialistische Organisationen aus Kurdistan und der Türkei, darunter die PKK, TKP-B, DKP, TKPC-Acil, 16 Haziran, Kawa, Devrimci Partizan, Kurtuluş, EKİM, TIKB und Devrimci İşçi, auf einer gemeinsamen Pressekonferenz ebenfalls gegen die Entsendung der NATO-Eingreiftruppen nach Kurdistan protestiert.

Quellenhinweis: Kurdistan-Rundbrief Nr. 2/1991 — (rül)



Der bolivianische Gewerkschaftsbund COB hat in der Hauptstadt La Paz und in anderen größeren Städten Boliviens zu einem Generalstreik aufgerufen. Der Generalstreik richtete sich gegen von der Regierung beschlossene Preiserhöhungen, u. a. eine Erhöhung der Treibstoffpreise um 35 Prozent. Mehr als 20 000 Lohnabhängige sollen sich an den Protestaktionen beteiligt haben. Bild: Marktplatz in La Paz. — (rül)

El Salvador: USA nehmen Militärhilfe wieder auf

Die US-Regierung will die Militärhilfe an das Regime in El Salvador wieder aufnehmen. Seit der Ermordung mehrerer Jesuiten durch Todesschwadronen des Regimes ist die US-Militärhilfe unterbrochen. Zur Zeit sind 42,5 Mio. Dollar vom US-Kongress blockiert. Als Vorwand dient der Regierung Bush der Abschluß eines US-Hubschraubers in El Salvador durch die FMLN. Bei diesem Abschluß kamen auch drei US-Militärberater ums Leben. Die USA behaupten, die Berater hätten nach dem Abschluß noch gelebt und seien von der FMLN „kaltblütig ermordet“ worden. Die FMLN hat eine Untersuchung des Vorgangs angekündigt. Der wirkliche Grund für die Wiederaufnahme der US-Militärhilfe sind die militärischen Erfolge der FMLN in den letzten Monaten, bei denen Einheiten der FMLN u. a. auch Flugzeuge und Hubschrauber der Regierung mit Raketen abgeschossen hatten. „Die Rebellen haben deutlich gewonnen“, zitierte die „New York Times“ am 10. 12. 90 einen westlichen Militärberater. Der Verlust der unangefochtenen Lufthoheit zwingt die Regierung zudem zu einer Umstellung aller militärischen Operationen. Die FMLN könne nun in viel größeren Einheiten als vorher operieren. In einer Neujahrsschicht bewertete die FMLN das Jahr 1990 als „ein siegreiches Jahr“. „Das Jahr 1990 endete mit einer überzeugenden Niederlage dieser kriminellen Armee. Die ausgesprochen großen Erfolge unserer Kampagne unter der Losung „Bestrafung der antidemokratischen Streitkräfte“ hat bei unseren Gegnern zu furchtlicher Ernüchterung geführt ... Wir haben ihren größten Stolz, die Flugzeuge, vom Himmel stürzen sehen. Wir haben gesehen, wie ihnen unser Land nicht mehr für die Flucht ausreichte. Ihre „Elitegruppen“ flüchteten vor dem Sturm unserer ruhmreichen „Nationalen Armee für die Demokratie“ nach Honduras ... In der Gesellschaft, die wir aufbauen werden, gibt es Land für den, der es bearbeitet, freien Zugang zu den Medien für alle, besonders für die, welche die Interessen der Besitzlosen verteidigen. Und es wird einen Bereich der Wirtschaft geben, der sich in den Händen des organisierten Volkes befindet ... Unser Land wird seine Naturschätze gegen die Gefährdung der transnationalen Konzerne verteidigen ...“ — (rül)

CSFR: Verfassungsdebatte mit Grundrechtskatalog eingeleitet

In Vorbereitung einer neuen Verfassung, die Ende d. J. verabschiedet werden soll, beschloß das Bundesparlament Anfang Januar einen „Grundrechtskatalog“. Auseinandersetzungen gab es dabei vor allem um die Rechte der Nationalitäten. Slowakische Nationalisten hatten eine Lostrennung vom Bund verlangt. Der — vorläufige — Kompromiß ist eine Regionalisierung der Regierungsgewalt, wodurch dem Bund nur noch Außen-, Verteidigungs- und Finanzpolitik zufallen. Neben dem festgeschriebenen Recht auf Privateigentum deuten sich andere reaktionäre Verfassungspläne in dem Katalog an, z. B. ein Verbot der Abtreibung: Es wurde aufgenommen, daß „menschliches Leben auch vor der Geburt des staatlichen Schutzes würdig“ sei. — (uga)

Abbruchverbot verfassungswidrig

Argumente des kanadischen Verfassungsgerichts

Vor drei Jahren hat das kanadische Bundesverfassungsgericht eine Grundsatzentscheidung zum Schwangerschaftsabbruch getroffen: Das durch Indikationsregelung ergänzte Verbot des Schwangerschaftsabbruchs, das gesetzlich bestand, wurde als verfassungswidrig aufgehoben, weil im Widerspruch zu den Rechten der Person stehend, die in der kanadischen Verfassung verankert sind. Seither hat die konservative Bundesregierung von Kanada auf Basis dieses Urteils keine parlamentarische Mehrheit für eine neue gesetzliche Regelung über den Schwangerschaftsabbruch finden können. Deshalb und wegen der bevorstehenden neuerlichen Entscheidung des BRD-BVG ist das Urteil auch für die BRD von Bedeutung.

Das aus sieben Personen zusammengesetzte Gericht formulierte vier Begründungen: zwei von je zwei Richtern, die ähnlich lauten; eine von der Richterin, die eine eigene Begründung für das gleiche Urteil schrieb, sowie das von zwei Richtern getragene Minderheitsvotum. In dem Votum der vier Richter heißt es: „Eine Schwangere zu zwingen, den Fötus unter Androhung von Strafe auszutragen, außer wenn sie bestimmte Voraussetzungen erfüllt, die keinen Bezug zu ihren eigenen Prioritäten oder Aspirationen haben, stellt einen tiefgehenden Eingriff in die körperliche, physische und psychische Integrität der Frau

dar ... Das Indikationsregelungsmodell enthält vielfältige Tatbestände, die nicht nur nicht erforderlich, geeignet und zumutbar sind für die Verwirklichung des vom Parlament bestimmten Schutzzweckes, sondern die darüber hinaus zusätzliche Gefährdungen, Komplikationen und Notlagen sowohl für die Schwangere als auch für den Fötus schaffen und daher dem Schutzzweck selbst zuwider laufen.“

Die Richterin schrieb u. a.: „Das „Recht auf Sicherheit der Person“ schützt verfassungsrechtlich die physische und psychische Integrität der Person. Durch s. 251“ (das Strafgesetz gegen Abtreibung) „wird eine Frau nicht nur in ihrer körperlichen Integrität verletzt. Vielmehr stellt der Entzug der Entscheidungsfreiheit über ihre Reproduktionsfähigkeit über eine Verletzung des „Rechts auf Freiheit“ hinaus einen direkten Eingriff in ihre Person als solche dar ... sie nimmt passiv die Entscheidung anderer darüber entgegen, ob ihr Körper dazu verwendet werden soll oder nicht, neues Leben zu nähren.“

Ein späterer Antrag, das Gericht solle auch dem Fötus bereits Menschenrechte zubilligen, wurde abgewiesen: Zuständig sei das Parlament.

Quelle: Zeitschrift der Gesellschaft für Kanada-Studien, 1/1990, S. 97-111. Eine ausführlichere Wiedergabe erscheint im „Informationsdienst Gesundheitspolitik“ — (mif)

Widerstand gegen Bush's Krieg

USA: Nationale Anti-Kriegsdemonstrationen am 19. und 26. 1.

Zum Zeitpunkt des Schreibens dieses Artikels (13. 1.) läßt sich nur schwer abschätzen, welchen Einfluß die Abstimmung im Kongreß auf die weitere Entwicklung des Widerstands gegen Präsident Bush's Krieg haben wird. Der US-Senat hatte am 12. 1. mit 52 zu 47 Stimmen und das Repräsentantenhaus am gleichen Tag mit 250 zu 183 Stimmen den Präsidenten ermächtigt, Krieg zu führen.

Die Mehrheit der Bevölkerung war und ist gegen den Krieg und will den Sanktionen mehr Zeit geben. Daran wird die Zustimmung des Kongresses zu Bush's Angriffsplänen nicht viel geändert haben. Breite Teile der Bevölkerung haben aber ihre Hoffnungen, den Krieg zu verhindern, auf den Kongreß gesetzt. Die Ansicht, daß der Präsident ohne Zustimmung des Parlaments keinen Krieg anfangen dürfe, war sehr weit verbreitet. Werden nun die Massen, die gegen den Krieg sind, aber nicht Teil der bestehenden Anti-Interventionsbewegung oder anderer Bewegungen gegen die Regierungspolitik sind, resignieren?

Besonders stark organisiert sich der Widerstand unter den Afro-Amerikanern. Die — seit Reagan und mit ständi-

gem Pochen auf das Haushaltsdefizit — andauernde Verschlechterung der Sozialprogramme, das immer weitere Auseinanderklaffen des Einkommens der Afro-Amerikaner verglichen mit dem Bevölkerungsdurchschnitt, das Veto Präsident Bush's gegen das neue Bürgerrechtsgesetz von 1990 — all das ist nicht vergessen und verbindet sich mit der Gewißheit, daß die Schwarzen die ersten sein werden, die für die Öl- und Weltmachtinteressen der Reichen sterben müssen. 30 % der Armeesoldaten sind Schwarze, zweieinhalb Mal mehr als ihr Anteil an der Bevölkerung. In den ersten Antikriegsdemonstrationen Anfang Oktober waren Afro-Amerikaner und andere Minoritäten auffallend stark vertreten.

In dieser einerseits sehr ernsten Lage, die aber andererseits die einmalige Chance bietet, die Minoritäten und weite Kreise der Lohnabhängigen und des unteren und mittleren Bürgertums in eine anti-imperialistische Politik einzubeziehen, hat es sich die Linke geleistet, sich in zwei Fraktionen zu spalten und an zwei verschiedenen Tagen, am 19. und am 26. Januar, zu nationalen Demonstrationen aufzurufen. — (ger, her)

Albanien hebt Kreditverbot auf

Für den 10. Februar wurden Wahlen angesetzt

Der Albanische Ministerrat hat mit einer Reihe von Dekreten auf die krisenhafte Stimmung im Lande reagiert. Die Bildung oppositioneller Parteien wurde genehmigt. Seit kurzem erscheint die erste, nichtstaatliche Zeitung als Organ der neugegründeten „Demokratischen Partei“. Eine der Hauptforderungen der DP, Freilassung aller politischer Gefangenen, wurde umgehend in die Tat umgesetzt. Die „Partei der Arbeit Albaniens“ hat ab sofort auf ihren Führungsanspruch verzichtet und legt die „Diktatur des Proletariats“ als Regierungsform zu den Akten. In einem Verfassungsentwurf wird die Einführung der Marktwirtschaft angekündigt und einer der zentralen Inhalte der albanischen Unabhängigkeitspolitik, keine Verschuldung im Ausland, wurde durch das Dekret über die Aufnahme von Krediten bei ausländischen Banken außer Kraft gesetzt.

Für den 10. Februar sind Wahlen für die Volksversammlung angekündigt. Die Oppositionsparteien haben dieses Datum abgelehnt, weil ihnen die Vorbereitungszeit zu knapp erscheint. Die Regierung begründet den frühen Termin mit der Notwendigkeit, schnell eine handlungsfähige Volksversammlung zu haben, um die zukünftige Politik

organisieren zu können, womit sie sicher recht hat. Gerade die Entwicklung in den anderen RGW-Staaten hat gezeigt, das ein ständiges Hinauszögern der Wahlen den kapitalistischen Staaten Zeit genug lieferte, um die angeschlagenen politischen Strukturen gänzlich zu unterminieren.

Genau das soll durch die neue Politik Albaniens verhindert werden. So betonte Staatspräsident Ramiz Alia auf dem 10. Plenum des ZK der PAA.

„Es besteht kein Zweifel, daß die sozialistische Alternative der Neuordnung der menschlichen Gesellschaft nicht beseitigt werden kann, denn solange es Ausbeuter und Ausgebeutete gibt, wird es auch den Kampf für die Lösung dieses Widerspruchs geben. Doch die historische Perspektive ist eine Sache und die Realität eine andere.“

Und diese Realität zwingt nun zu Kontakten zur EG, den USA und anderen Staaten, die früher geschmäht wurden. Ziel der albanischen Außenpolitik ist es, gegenüber dem Ausland in die diplomatische Offensive zu kommen, bevor von dort aus die Lage in Albanien soweit manipuliert wurde, daß die Regierung handlungsunfähig wird.

Quellenhinweis: Albanien Heute Nr. 2 90 — (hav)

Die Mapuche-Indianer in Chile reorganisieren sich

Diskussion um Zukunftsperspektiven der südchilenischen Indianer

Zum ersten Mal seit 109 Jahren haben sich die traditionellen Autoritäten des Mapuche-Volkes wieder versammelt, um ihre Zukunftsperspektiven gemeinsam zu besprechen. Die letzte Versammlung dieser Art fand im Jahre 1881 statt, als die letzten kämpfenden Mapuche-Verbands nach 340 Jahren Krieg durch die chilenische Armee besiegt worden waren und sie ihrer Ländereien beraubt wurden. Heute reorganisieren sich die Lonkos (politische und militärische Führer) und Macis (geistige und spirituelle Führerinnen) wieder, um diesen alten Kampf um Selbstbestimmung und Autonomie wieder aufzunehmen. Die Diskussion der Zukunftsperspektiven setzt dabei zwangsläufig nicht nur an den Problemen der Gegenwart an, sondern bezieht ihre Kraft aus den zeitweise durch erfolgreich erprobten Widerstandsformen der vergangenen 500 Jahre.

Da im letzten Beitrag in den Politischen Berichten Ende letzten Jahres bereits einiges zu Geschichte und Widerstand der Mapuche geschrieben wurde, beschränken wir uns jetzt nur auf einige Eckdaten:

Die Spanier kamen 1540 von Peru aus in Chile an und stießen dort auf starken Widerstand, nicht zuletzt durch die Wicammupu, die regionale Volksguerilla der Mapuche. Viele Mapuche wurden zwar versklavt, insgesamt schaffte es die spanische Krone jedoch nie, die Mapuche zu unterwerfen.

Im chilenischen Unabhängigkeitskrieg gegen Spanien kämpften die Mapuche auf der Seite der chilenischen Patrioten. Nachdem Chile 1810 unabhängig geworden war, wurde auch bald die Sklaverei offiziell abgeschafft und die Mapuche als gleichwertige Bürger betrachtet. Doch trotz dieser Deklaration bedeutete die Unabhängigkeit nicht gleichzeitig die Autonomie für die Mapuche.

1881 kommt es im Januar und November zu letzten Aufständen, die blutig niedergeschlagen werden. Als „Strafmaßnahme“ wird das Land der Gemeinschaften aufgeteilt und an chilenische und ausländische — hauptsächlich deutsche — Siedler verteilt. Dadurch verlieren die Mapuche 95 % ihres Landes. Erst in der Regierungszeit Salvador Allendes, von 1970 — 1973, gab es Reformen, die das Unrecht an den Mapuches wieder korrigieren sollten.

Am 11. September 1973, dem Tag der Ermordung Allendes, wurden 2000 Mapuche von Militär unter Führung Pinochets ermordet. Mit dem Militär kamen wieder Gefängnis und Folter, die Reformen wurden rückgängig gemacht. Landtitel, die die Mapuche während der Zeit der Unidad Popular erhielten, wurden ihnen wieder genommen.

Das Gesetz 2568

„Erbstaaten, die sich aus der Teilung der Reservatsländereien ergeben, hören auf, Ländereien der Ureinwohner zu sein. Die Besitzer dieses Landes oder seine Erstreiger sind umgekehrt keine Ureinwohner mehr.“

Mit diesem Gesetz wird der Ethnozid vollzogen. Das Gemeinschaftsland der Mapuche wird parzelliert und in Privatbesitz überführt, damit es der kapitalistischen Ausbeutung zugeführt werden kann. Für die Mapuche ist die gemeinschaftlich bewirtschaftete Erde aber die Grundlage ihres Systems gemeinschaftlicher Produktion, ihrer kulturellen Identität, ihrer Tradition, ihres Fühlens und ihrer Sprache. Das Akzeptieren der Teilung ihres Gemeinschaftslandes käme somit dem Verschwinden der Mapuche als Nation gleich, wäre das Akzeptieren des eigenen Ethnozids. Die Privatisierung des Landes umfaßt auch die Wälder, die großen Seen der Mapuche und das Meer. Fischerei ist den Mapuche unmöglich gemacht worden, da sie nicht das Geld haben, die Fischereikonzessionen zu bezahlen. Große japanische Fangflotten haben sich die Fischereirechte von der chilenischen Regierung gekauft und fischen nun die Bestände radikal ab. Desgleichen bei den großen Seen im Süden des Landes: Einheimische und ausländische Konzerne fischen den unglaublichen Fischreichtum ab und exportieren, derweil sich die Inlandspreise für Fisch vervielfacht haben.

Die Blockade von Quinquen

Große Aufmerksamkeit erreichten die Mapuche-Pewence (spanisch: Mapuche-Pehuenes: Menschen der Erde der Araucarien) aus dem Tal von Quinquen mit einer Blockadeaktion seit Herbst diesen Jahres. Die Mapuche-Pewence leben von den Früchten des Pewen-Baumes, einer Araucarienart. Die Schoten, deren Ge-

schmack an Maronen erinnert, bilden aber nicht nur die Nahrungsgrundlage der Pewence, sie sind gleichzeitig von großer mystischer und religiöser Bedeutung für die Menschen dort. Das Holz dieser über 50 Meter hohen Baumriesen erzielt auf dem Weltmarkt aufgrund seiner Härte Höchstpreise.

Nachdem die Forstgesellschaft Sociedad Galletue unter betrügerischen Mitteln das Land erworben hatte und Klagen der Mapuche sowohl vor dem Appellationsgericht in Temuco wie vor dem ausschließlich mit pinochethörigen Richtern besetzten Obersten Gerichtshof in Santiago abgewiesen wurden, entschlossen sich die Mitglieder der betroffenen 400 Mapuche-Familien zu einer Blockadeaktion der Zufahrtswege zum Tal von Quinquen, um die Abholzung der Araucarienwälder zu verhindern. Diese Aktion erregte landesweit Aufmerksamkeit, die Zeitungen informierten täglich über die Besetzung und ihre Auswirkungen, wodurch auch die Regierung Aylwin unter Druck gesetzt wurde. Am 4. November trat eine von der Sociedad Galletue geforderte (und von den Richtern natürlich gebilligte) Verfügung in Kraft, die die Mapuche zur Räumung der Zufahrtswege aufforderte. Bisher wurde noch nicht geräumt, da die Regierung gesagt hatte, daß sie nach einer Lösung suchen möchte. Einen offenen Konflikt mit den Mapuche kann sich die Regierung derzeit nicht leisten, obwohl die Mapuche der Regierung ziemlich egal sind. Die Regierung hat am 14. November angeboten, die 7000 ha Land im Tal von Quinquen den Mapuche von der Sociedad Galletue für umgerechnet 5 Mio. US-Dollar zurückzukaufen. Damit, so dachte die Regierung, kann sie offene Zusammenstöße verhindern. Die Mapuche und die mit ihnen solidarischen Organisationen weisen diesen Vorschlag allerdings energisch zurück, da sie den Standpunkt vertreten, daß weder verkauft noch gekauft werden kann, was ihnen seit Urzeiten gehört. Die verschiedenen Mapuche-Organisationen haben sich zusammengesetzt und einen gemeinsamen Aktionsplan entworfen mit dem Ziel, die Räumung unter allen Umständen zu verhindern. Während des Dezembers ist die Aktion unterbrochen worden, da alle Kräfte für die Ernte gebraucht wurden. Wie der Kampf aktuell weitergeht, war bisher nicht zu erfahren; er steht jedoch klar in der Strategie der Verteidigung und Rückeroberung der Erde und ist eine erste Auseinandersetzung an dieser Frage zwischen den Mapuche und der Regierung Aylwin.

Autonomiebewegung formiert sich

Mit dem Ziel, die Autonomie der Mapuche voranzubringen, haben sich verschiedene Mapuche-Organisationen reorganisiert. Trotz einigen politischen und weltanschaulich unterschiedlichen Positionen sind sie der Ansicht, daß die Zukunft und die Stärke der Mapuche von ihrer Einheit abhängt. Das Nebeneinanderexistieren verschiedener Positionen und gemeinsame Aktionsformen sind für die um Autonomie bestrebten Mapuche keine Widersprüche. Bereits 1983 haben die Mapuche-Comunidades beschlossen, für die Rückeroberung ihres Landes, für die Autonomie und Selbstbestimmung zu kämpfen. Dieses historische Projekt der Rückeroberung ihres Landes mit all seinen natürlichen Reichtümern soll Schritt für Schritt umgesetzt werden.

Der Kampf für das Gemeinschaftsland führte zu wiederholten Auseinandersetzungen mit dem chilenischen Staat. Die Gemeinschaften wurden unzählige Male brutal vom Repressionsapparat durchsucht und viele Mapuche ins Gefängnis deportiert. Bis April 1989 wurde das Projekt für die Autonomie und die Rückeroberung des Landes überwiegend durch die Organisation AD MAPU organisiert. Die Führung der AD MAPU bestand aus Mapuche, die der PC (Kommunistischen Partei) und dem MIR (Revolutionäre Linke Bewegung) der Vereinigten Linken angehörten. Diese Parteien beschlossen im Mai, sich dem „Demokratisierungs-Prozeß“ in Chile anzuschließen und an den Wahlen teilzunehmen. Der Widerstand der Mapuche spaltete sich in diejenigen, die den parlamentarisch-demokratischen Weg gehen

wollen und jene, die den Autonomieprozeß fortführen wollen.

Die Widerstandsbewegung für eine Autonomie hat ihre Basis vorwiegend in den Gemeinschaften auf dem Land. Die parlamentarische Linie stützt sich auf die staatlichen Organisationen. Die chilenische Linke hat in Bezug auf die Mapuche kein Konzept oder gar ein strategisches Projekt entwickelt, noch hat sie sich dem Kampf für die Autonomie und Selbstbestimmung angeschlossen. Vielmehr sind die Mapuche nur Mittel für ihre Parteipolitik.

Im September 1989 wurde die Nationale Kommission der Mapuche-Gemeinschaften „500 Jahre Autonomie und Identität“ gegründet, die in den Gemeinschaften von Malleco-Cautin und Valdivia verwurzelt ist. Aber auch in den Städten gibt es einen Prozeß der Hinwendung von Mapuche-Intellektuellen zur Autonomiebewegung.

CEPI, CONADI und das neue „Indianergesetz“

Nach dem Ende der Pinochet-Diktatur wurde Anfang 1990 von der „Regierung“ Patricio Aylwíns eine Kommission eingesetzt mit dem Namen „Comisión Especial para los Pueblos Indígenas CEPI“ (spezielle Kommission für die indianischen Völker). Die CEPI, eine staatliche Organisation, setzt sich aus Vertretern staatlicher Organisationen und Mapuche und anderer indianischer Völker Chiles zusammen. Hauptaufgabe der CEPI ist derzeit, ein neues „Ley Indígena“, ein Indianer-Gesetz zu entwerfen. (Die vorläufige, ca. 50-seitige Fassung liegt uns seit kurzem vor und wird derzeit ins Deutsche übersetzt.) Dieses Gesetz soll zur Schwächung der Autonomiebewegung beitragen, indem es auf der einen Seite „Spezifität und Autonomie“ der indianischen Völker anerkennt und die Völker auffordert, am Gesetzesentwurf gar mitzuarbeiten, auf der anderen Seite jedoch die Durchsetzung der Rechte von der jeweiligen Zustimmung durch die Regierungsorganisation CONADI („Nationale Körperschaft der Indianer-Entwicklung“) abhängig macht. CONADI ist für die „Koordinierung“ zwischen Staat und Indígenas zuständig, soll die ökonomische, soziale und kulturelle Entwicklung intensivieren und die historisch-kulturelle Identität verstärken. Hier wie an anderer Stelle im Gesetzesentwurf läßt sich deutlich erkennen, daß die Selbstorganisie-

rung und das autonome Vertreten der Forderungen verhindert werden sollen. Denn wer die neben den Vertretern der drei Staatsgewalten im „Rat“ (Consejo) von CONADI wirkenden indianischen VertreterInnen wählt oder bestimmt, ist im „Entwurf“ mal wieder nicht vorgeschlagen. Es ist im Gegenteil strikt festgelegt, daß die indianischen Völker zu den festgelegten Rechten nur durch die Regierungskommission kommen können.

Zu diesen Rechten gehört die Rückgabe von Land, auf das sie durch historische Titel oder durch die spanische Krone oder chilenische Regierung unterschriebene Verträge Anspruch haben. Dies dürfte nach unserer Einschätzung jedoch der geringste Teil der den Völkern geraubten Erde sein; es ist wohl sogar der Widerspruch vorgesehen, daß viele Gemeinschaften auf Land leben, das sie demnach nicht bewohnen dürfen. Um spektakulären Aktionen vorzubeugen und der Realität Rechnung zu tragen, ist der Spezialfall der „Territorien indianischer Entwicklung“ geschaffen worden, die beliebig von CONADI und dem Nationalen Planungsministerium benannt und aufgelöst werden können. Diese Territorien sind „demografische, ökologische, soziale und kulturelle ‚Räume‘ für die Entwicklung und Existenz der indigenen Völker“ (Zitat Gesetzesentwurf), „berühren jedoch nicht die Eigentumsrechte dieser Gebiete“. (!) Es wird also eine Aufspaltung der Erde betrieben, die die politische Forderung der Rückgabe der geraubten Erde nicht berücksichtigen will.

Um die Durchsetzung dieser autonomistischen, radikalen Politik zu behindern, wird gar festgelegt, wer im Rahmen des Gesetzes sich beteiligen, einfließen und mitbestimmen „darf“: nur die durch selbige anerkannten Organisationen und Gruppierungen, mit ebendort festgelegten vorgeschriebenen Inhalten und Zielen.

Die CEPI als vorgeschobene Kommission, die die Aufgabe hat, dieses Gesetz den Völkern gegenüber durchzusetzen, versucht ihrerseits aktiv, diesen Sachverhalt zu vertuschen und will sich als legitime Vertretung der Mapuche und anderer indianischer Völker in Chile darstellen, indem sie die indianischen Organisationen auffordert, sich in der CEPI zu vereinen, also in einer staatlichen Organisation. Auch, um diesen Vorschlägen ein politisches Gegengewicht bieten zu können, haben sich die Mapu-

ce der nach Autonomie strebenden Organisationen wie z.B. Aukin Wall Mapu Ngulam, Meli Witran Mapu, Mapu Metropolitana, Teile der alten AD MAPU u.a. wieder zusammengesetzt, um gemeinsam die Zukunftsperspektiven der Mapuche zu diskutieren. Sie haben klar und eindeutig festgehalten, daß sie nur auf die Kraft ihres eigenen Widerstandes bauen können. Über den Charakter von Gesetzen sagen sie: „Ein Gesetz ist nur dann wahrhaftig, wenn es die fundamentalen Rechte anerkennt.“

Zukunftsaussichten

Die Mapuche haben die Überzeugung, daß unter der „Regierung“ Aylwíns, die keineswegs neutral den Mapuche gegenübersteht und sich nicht für die Belange der Mapuche einsetzen will, geschweige denn souverän agieren kann, sich die Lage der Mapuche nicht verbessern kann. Das Regime, das sich jetzt demokratisch nennt, besteht aus 48 Senatoren, von denen 38 nur gewählt wurden, 9 bestimmte der alte Diktator Pinochet und einen Sitz hat er selbst als Ex-Präsident. In Krisenzeiten hat er auch automatisch als Oberster Heeresführer, der er selbst weiterhin ist, einen Sitz im Nationalen Sicherheitsrat, dem höchsten staatlichen Organ, wenn wieder einmal der Ausnahmezustand ausgerufen wird. Es ist also so gut wie unmöglich, von Pinochet gemachte Verfassungsänderungen an ihm vorbei rückgängig zu machen. Dazu gehört z.B., daß die Richter des Obersten Gerichtshofs auf Lebenszeit bestimmt werden. Pinochet hat diese Verfassungsänderung beschlossen und den Obersten Gerichtshof mit absolut linientreuen, jungen Richtern besetzt. Mit der „Regierung“ Patricio Aylwíns kam es im Land zu keinen realen Machtwechseln. Die Allianz aus Großgrundbesitzern, Militärs und multinationalen Unternehmen kann weiterhin ihre Interessen verfolgen, an der sozialen Lage der meisten Chilenen und besonders der Mapuche hat sich nichts zum Positiven gewendet. Derzeit leben 80 % der 1,2 Millionen Mapuche unter dem Existenzminimum. Die politischen Rahmenbedingungen für den Kampf um Autonomie und Selbstbestimmung sind also genau so schlecht wie vor der sogenannten „Demokratie“. Deshalb ist für die Mapuche ein gemeinsamer Kampf notwendiger denn je, um den Abbau ihrer Rechte zu verhindern und Autonomie und Selbstbestimmung zu erreichen.

Wer diesen Kampf von hier aus unterstützen möchte und/oder weiteres Informationsmaterial haben möchte, wende sich bitte an das neu gegründete *Mapuche-Informationszentrum Freiburg e.V., Habsburgerstr. 9, 7800 Freiburg, Tel. 0761/56125*. Spenden (abzugsfähig) bitte auf Kto. 2769000, Volksbank Freiburg, BLZ 68090000.

— (a + jo)



Zwei alte Mapuche-Indianer

Räumungsurteil gegen die Hafenstraße

Für die Hamburger Standortpolitik ist die Hafenstraße ein Hindernis. Aber die Räumung ist politisch noch nicht durchgesetzt

Hamburg. Ausgerechnet in einer Zeit, in der sich die Wohnungsnot beinahe täglich zuspitzt; in der allein in Hamburg ca. 50000 Menschen wohnungslos sind und etliche tausend Nacht für Nacht in Zelten, U-Bahn-Schächten oder Kaufhaus-Eingangstüren ihr Nachtlager aufschlagen; in der unzählige Jugendliche bei den Eltern bleiben müssen, weil sie sich eine eigene Wohnung nicht leisten können — ausgerechnet in einer solchen Zeit soll die Hafenstraße geräumt, sollen weit über 100 Menschen, die dort leben, auf die Straße gesetzt werden.

Ende Dezember hatte der Erste Bürgermeister, Voscherau (SPD), angekündigt, er wolle auf keinen Fall mit der Hafenstraße in die nächste Legislaturperiode gehen. Das bedeutete: Drohung mit Räumung bis Juni 1991. Jetzt, am 7.1., bestätigte das Landgericht Hamburg die fristlose Kündigung des Pachtvertrages mit dem Verein Hafenstraße. Damit hat das Gericht die Häuser zur Räumung freigegeben. Unmittelbar nach dem Urteil kündigte die Eigentümerin der Häuser, die städtische Hafenrand GmbH, an, sie werde die geforderte Sicherheitsleistung von 82500 DM hinterlegen und damit sicherstellen, daß das Urteil vollstreckt werden kann. Der Verein Hafenstraße legte Berufung ein. Voscherau hatte schon vorher angekündigt, die Berufung nicht abwarten zu wollen. Abrißgenehmigungen existieren, teils seit längerem, teils seit Dezember 1990.

Geht es nach denen, die in Hamburg das Sagen haben, soll die Räumung schnell erfolgen. Für eine Standortpolitik, die Hamburg zum Dreh- und Angelpunkt der Ostexpansion ausbauen will, die die Stadt nach den Interessen der hanseatischen Bourgeois und einer zahlungskräftigen, von der Ostexpansion profitierenden akademischen Mittelklasse umzustrukturieren bemüht ist, die billige Wohnungen zugunsten luxuriöser Eigentumswohnungen wegsaniert, Stadtteilrichtungen zugunsten hochtrabender Großprojekte vernichtet, die die armen Leute Schritt für Schritt aus der Stadt vertreibt, ist die Hafenstraße ein Schandfleck, der weg muß, heute dringlicher denn je.

Obwohl 1987 nach mehrjährigen Auseinandersetzungen Mietverträge erkämpft wurden, haben sich die Bewohner der Hafenstraßenhäuser seither ständiger Provokationen und zahlreicher Versuche zu erwehren, die Räumung durchzusetzen. Die Mietverträge selbst enthielten die Ansatzpunkte für staatlichen Räumungsdruck: Enthalten sie doch die sittenwidrige Festlegung, daß das Verhalten einzelner Bewohner als Grund für die Kündigung aller genommen werden kann. Ein Jahr nach Abschluß der Mietverträge hatte der Senat bereits rund ein halbes Dutzend Kündigungen wegen angeblicher oder wirklicher „Zwischenfälle“ ausgesprochen, ohne damit jedoch vor Gericht durchzukommen. Seither wurden die Bewohner mit einer Unzahl von Kündigungs-, Abmahnungs- und Zivilprozessen überzogen. Auch das jetzige Urteil beruht auf der Kollektivhaftungsregelung des Mietvertrags: Die Pachtverträge wurden gekündigt, weil 1989 aus einem Haus eine Leuchtkugel auf Polizeibeamte abgefeuert worden sein soll und weil der Mantel eines Mannes, der zu provozieren versucht hatte, mit Farbbeuteln beworfen worden sein soll.

Neben Kündigungsprozessen versuchte der Senat die ganzen Jahre noch auf einer anderen Linie, eine Räumung zu erreichen. Der Initiativkreis für den Erhalt der Hafenstraße, ein Personenkreis, der ein breites politisches Spektrum repräsentiert, schrieb dazu am 7.12.90 in einer Erklärung: „Ständig müssen die BewohnerInnen auf der Hut sein, sich nicht durch Unverschämtheiten von Behörden und Polizei provozieren zu lassen. Bei ihren Provokationen spekulieren sie auf Gegenwehr durch die BewohnerInnen, um dann nach SOG (Sicherheits- und Ordnungsgesetz — Verf.) räumen zu können.“ Im Mai 1989 z.B. sperrten 2800 Polizisten, mit Wasserwerfern und Räumpanzern und allerlei anderem Kampfgerät hochgerüstet, zehn Stunden lang St. Pauli Süd, um Bauwagen, die auf dem freien Gelände neben den Häusern standen, abzutransportieren. Während des Einsatzes wurden noch Durchsuchungsbefehle für

zwei Häuser nachgeschoben. „Der gesamte Einsatz war darauf angelegt, Reaktionen aus den Häusern hervorzurufen, die eine Räumung und Festnahme der BewohnerInnen nach dem Sicherheits- und Ordnungsgesetz (SOG) erlaubt hätte“, schrieb damals der Initiativkreis, seine Bewertung der Polizeiaktion wurde kurz darauf durch Indiskretionen aus Polizeikreisen bestätigt.

Und schließlich versuchte auch die Bundesanwaltschaft, die sich mehrfach für die Räumung der Hafenstraße stark gemacht hatte, mittels des § 129a den Weg zum Ziel freizumachen. Der Initiativkreis warnte in seiner Erklärung von 7.12.90: „... werden über das Konstrukt, die RAF wohne in der Hafenstraße und agiere von dort aus, mindestens elf BewohnerInnen mit Festnahmen und Verfahren nach § 129a bedroht. Das bedeutet nicht nur die Bedrohung mit Räumung der Häuser, sondern zusätzlich die direkte Bedrohung der Bewoh-

nerInnen mit langjähriger Einkerkung unter den Bedingungen der Isolationshaft. Seit sich bei der Razzia im Mai '90 Bundesanwaltschaft (BAW) und Bundeskriminalamt (BKA) konkret mit in die Vorgehensweisen gegen die HafenstraßenbewohnerInnen einschalteten, ist diese Bedrohung sehr ernst zu nehmen.“ Im Mai 1990 hatten 3000 Beamte des Bundesgrenzschutzes und der Polizei 13 Wohnungen in der Hafenstraße durchsucht auf der Suche nach angeblichen RAF-Mitgliedern. Monate später, im September 1990, wartete der „Stern“ mit der Geschichte auf, die Polizei habe bei ihrem Großeinsatz Pläne für Anschläge der RAF und ähnliches gefunden.

Wird die Räumung der Hafenstraße — und übrigens einer Reihe anderer Häuser, die ebenfalls gewaltsam geräumt werden sollen — verhindert werden können? Die juristischen Möglichkeiten der Gegenwehr sollen voll ausgeschöpft

werden. Am Abend der Urteilsverkündung versammelten sich über 2000 zu einer Protestdemonstration. Entscheidend wird zukünftig sein, ob erneut ein so großes politisches Bündnis zustande kommt wie schon einmal 1987, als die Hafenstraße akut von Räumung bedroht war. Dafür ist wichtig, ob und wie die Bewegung für den Erhalt der Hafenstraße den Kampf um die öffentliche Meinung aufnimmt. Ohne Kritik der Standortpolitik und ohne sich einzureihen in die zahlreichen, aber zersplitterten Kämpfe gegen die Standortpolitik wird es sehr schwer.

Wir veröffentlichen im folgenden eine Presseerklärung der Hafenstraßen-Bewohner, die kurz vor dem dem Räumungsurteil abgegeben wurde, und Forderungen des Initiativkreises, die im Dezember als Zeitungsanzeigen veröffentlicht werden sollten und u.a. in den „Lokalberichten Hamburg“ abgedruckt waren. — (scc)

„Die einzige vernünftige Lösung ist: uns die Häuser!“

Hafenstraße, den 4.1.1991

Nach allem, was bisher gekommen ist, müssen wir davon ausgehen, daß am Montag, den 7.1.91, im Prozeß gegen uns das Räumungsurteil gesprochen wird und in unmittelbarer Zukunft gewaltsam vollstreckt werden soll.

Da ist zunächst Voscherau Silberversprechen, daß er uns bis zum 2. Juni geräumt haben will, nachdem er kurz zuvor den Wahltermin verschoben hat und im Oktober letzten Jahres eine zweite Instanz im Hafenstraßenprozeß abzuwarten als Verschleppung des Rechtsstaates bezeichnet hat.

Gestern wurde uns bekannt, daß es neben der Abrißgenehmigung für den 6er-Block, die turnusgemäß jedes Jahr erneuert wird, jetzt eine neue Abrißgenehmigung für den Mittelblock gibt. Nach unseren bisherigen Informationen beruht sich diese neue Abrißgenehmigung auf einem mindestens zehn Jahre alten Bebauungsplan, der damals in der Bürgerschaft abgesegnet wurde und längst überholte Neubaupläne von Tchibo und Gruner & Jahr auf unserem Grundstück vorsah.

Verdichtet wird das Bild dadurch, daß das ganze an der FDP vorbei geplant wird, um Widersprüche nicht vorher offen werden zu lassen. Es sollen Fakten geschaffen werden; mit den Widersprüchen — nicht nur bei der FDP — glaubt die SPD dann hinterher besser fertig zu werden.

Gleichzeitig zu den Vorbereitungen des Senats und seiner Behörden zur gewaltsamen Räumung unserer Häuser baut die BAW (Bundesanwaltschaft) die „RAF-in-der-Hafenstraße“-Schiene weiter aus, indem sie in Stuttgart, Münster und Hamburg Razzien bei 53 Personen durchführte. Begründet werden sie mit den „angeblichen Funden“ bei uns. Hinterher gab der Vorsitzende der Innenministerkonferenz Schlee dem ganzen die politische Vorgabe, man wolle „mit neuen präventiven Ansätzen in der Terrorismusbekämpfung ... vor allem das terroristische Umfeld stärker einbeziehen“.

Dazu kommt, daß der Polizei-Hubschrauber seit gestern nicht mehr nur die Häuser überfliegt wie sonst täglich, sondern mehrfach am Tag direkt drüber stehenbleibt und mit der Kamera Aufnahmen macht — was nach unseren Erfahrungen ein Zeichen von direkter Einsatzvorbereitung ist.

Voscherau und Hackmanns Beschworung des Rechtsstaates soll die Ungeheuerlichkeit dieses Vorgehens verschleiern.

Wir wollen an dieser Stelle nochmal darauf hinweisen, warum es denn eigentlich bei dem Kündigungsprozeß ging: Farbbeutel auf UDL, die Bauwagenräumung — immerhin auch ein illegaler Versuch der herrschenden Clique, uns zu räumen —, ein beschmierter Mantel eines Typs, der hier provoziert hat, und Leuchtkugeln gegen einen Polizeiüberfall auf unsere Kneipe „Onkel Otto“. Alles aufgebaut auf Polizeizeugen, die natürlich immer gesehen haben müssen, daß alles aus den Häusern lief — einer Polizei, die zum Teil offen gegen den damaligen Vertragsabschluß putschte. Erwiesenermaßen erlogene Geschichten. Unsere Zeugen werden wegen „Verspätungen“ nicht gehört. Das läuft auf Grundlage eines Vertrages, der Strafrecht und Mietrecht miteinander verknüpft und eine Kollektiv-Bestrafung einführt, also für uns als Menschen, die ihr Leben nach anderen als den staatlich verordneten Kriterien bestimmen, Ausnahmerecht wie bei § 129a.

Sie haben kein Recht und erst recht keine Legitimation, unser Leben hier zu zerstören. Sie haben nur den Gewaltapparat dazu. Da bleibt dann allerdings von „Rechtsstaat“ nur noch Staat übrig, wird eine Dynamik bestimmend, in der die Gewalt, der Krieg die Politik ersetzt. In einer Gesellschaft, die auf unten und oben beruht, gibt es notwendigerweise Widersprüche, müssen Bedürfnisse artikuliert und umgesetzt werden können, in denen Menschen ihren Lebensraum ihren Interessen entsprechend verändern, das, was sie brauchen, realisieren

können. Für uns sind das die Häuser hier. Für andere Kindergartenplätze, ein Dach über dem Kopf, erschwingbare Mieten usw. Wir wollen unsere Bedürfnisse nicht gegen andere Menschen durchsetzen, sondern eine menschliche Auseinandersetzung, wo wir uns gegenseitig ernst nehmen. Daß das nicht nur geht, sondern richtig gut ist, weil darin neue Möglichkeiten von Zusammenleben entstehen, ist unsere Erfahrung. Wir sind Teil von dem Prozeß, gesellschaftliche Perspektiven ohne Ausgrenzung und Bestrafung zu entwickeln. Unsere vielbeschworene „Gewalt“ war immer unsere letzte Möglichkeit, wo Reden nicht mehr ging, uns hier zu halten.

Dagegen setzen der Bürgermeister und andere herrschende Kräfte in dieser Stadt auf ihren Gewaltapparat.

Worauf soll diese Entwicklung hinauslaufen?

Auf neue Lager für sozial nicht Angepaßte, mehr Drogentote und Selbstmorde aus Verzweiflung? Auf Polizeibelagerung ganzer Viertel, noch mehr Kontrolle durch Verfassungsschutz und andere „Dienste“, noch mehr Knäste, Sondergesetze und Isolationsfolter gegen die Gefangenen?

Es gibt uns, Hafenstraße, jetzt seit bald zehn Jahren. Gerade daß '87 der damalige Bürgermeister die Tatsache, daß es uns gibt, akzeptieren mußte und somit zum erstenmal eine Gruppe wie wir „anerkannt“ wurde, soll ausstrahlt werden. „Freiräume“ soll es nur in dem Maße geben dürfen, wie sie die Herrschenden und die herrschende Politik nicht stören. Insofern würde die gewaltsame Räumung eine Grenze bedeuten für jede gesellschaftliche Perspektive weit über uns hinaus. Sie wäre die Weichenstellung für eine Entwicklung, in der gesellschaftliche Widersprüche militärisch niedergewalzt werden. Voscherau, Hackmann, Lochte und Konsorten sind auf dem Weg dazu.

Wir gehen davon aus, daß es in allen gesellschaftlichen Bereichen dieser Stadt Menschen gibt, die eine solche Entwicklung nicht wollen, für die menschliches Leben nicht nichts ist und Politik durch Krieg zu ersetzen keine Perspektive. Die einzige vernünftige Lösung ist: uns die Häuser.

und Bürgerschaft zugesagten Sanierungsgelder in Höhe von noch ausstehenden 3,5 Mio. DM. Bisher wurden schon zahlreiche Reparaturen und Instandsetzungen von den BewohnerInnen in Eigenleistung durchgeführt

— Änderung des z.Zt. gültigen Bebauungsplanes St. Pauli 35, der Gewerbe- und Geschäftshäuser anstelle der Hafenstraßen-Häuser vorsieht (sog. Geschäfts- und Flaniermeile. „Perlenkette“).

— Sperrung der Bernhard-Nocht-Str. zwischen Antonistr. und Davidstr. für den Durchgangsverkehr zur Verkehrsberuhigung sowie Sperrung der Silberackstr. ab Reeperbahn für den Durchgangsverkehr.

— Tempo 30 km/h auf der Hafenrandstr. zur Verkehrsberuhigung als Übergangslösung. Grundsätzlich muß das Gebiet zur freien Verfügung aller, inkl. des Durchgangs zur Elbe, stehen.

— Freigabe des Grundstückes neben dem Haus Hafenstraße Nr. 106 zur Gestaltung als Spielplatz und als genehmigter Bauwageplatz.

„Das Ende der Bescheidenheit“

Forderungen des Initiativkreises für den Erhalt der Hafenstraße

Im Jahr 1987, mit dem Bau der Barrikaden und der Mobilisierung von vielen Menschen, die bereit waren, die Barrikaden zu verteidigen und sonst ihr möglichstes zu tun, scheiterte der dritte und bisher massivste Versuch, die Hafenstraße zu räumen. Trotzdem reichten die entwickelten Kräfte nur zu einem Vertrag aus, der in sich schon die Anknüpfungspunkte für die nächsten Räumungsversuche bot. Der 1987 geschlossene Pachtvertrag über die Häuser in der Hafenstraße sollte von seiten des Hamburger Senats die Illusion verbreiten helfen, jetzt liege alles weitere am „Wohilverhalten“ der BewohnerInnen.

Aber ein politischer Widerspruch läßt sich nicht vertuschen und „beruhigen“. Die Hafenstraße ist ein (einer von vielen) gegen das herrschende Gesellschaftssystem lebender Zusammenhang. Hier wird versucht, Probleme so anzugehen, daß Wege ohne Ausgrenzungen und Bestrafungen möglich wer-

den. Diese Wege stehen im Widerspruch zu den in allen gesellschaftlichen Bereichen dominierenden Profitinteressen und müssen dagegen durchgesetzt werden. Insofern ist die Vorstellung, daß die Hafenstraße und wir (ihre UnterstützerInnen und FreundInnen) uns integriert, ruhig und widerspruchlos verhalten, absurd. Es gibt uns als Opposition, und wir beanspruchen unseren Platz.

Hafenstraße ist keine Insel. Die Menschen aus der Hafenstraße sind inzwischen aus dem Leben und den Kämpfen in St. Pauli nicht mehr wegzudenken. Im Gegenteil: Wir fordern für die Menschen in der Hafenstraße und die NachbarInnen bessere Lebensbedingungen: — Vertragliche Übereignung aller Häuser auf den „Verein Hafenstraße“. Das heißt, daß die „Hafenrand GmbH“ aufgelöst wird. Sie wurde lediglich gegründet, um den Abriß der Häuser durchzuführen und abzuwickeln. Ihr Stamm- und Gesellschaftskapital soll auf den Verein übertragen werden. — Freigabe der ursprünglich von Senat



oben: Häuser der Hafenstraße; unten: Polizeieinsatz

Bleiberecht für alle Roma!

Kirchenbesetzung ohne akzeptables Ergebnis beendet

Tübingen. Drei Wochen lang — seit dem 24. Dezember — haben etwa 200 unmittelbar von Abschiebung bedrohte Roma die Tübinger Stiftskirche besetzt. In Tübingen Reutlingen bildete sich ein UnterstützerInnenkreis, aus der Bevölkerung kamen Geld- und Sachspenden. Die Landesregierung hat von Anfang an erklärt, sie sei nicht bereit zu einer „generellen asylunabhängigen Nicht-Abschieberegelung“. Die Kirchenleitung wollte dann eine Räumung bis zum 3.1. unter dem „Druck einer Kirchenbesetzung“ könne sie nicht handeln.

Am selben Tag beteiligten sich mindestens 700 Leute an einer Kundgebung für die Durchsetzung der Forderungen und unterstützten, daß die Roma in der Kirche bleiben müssen, bis die drohenden Abschiebungen ausgesetzt werden und die Landesregierung über ein Bleiberecht verhandelt.

Auf der Kundgebung redeten ein Sprecher der Roma sowie Vertreterinnen und Vertreter von Cedri, ImmigrantInnen Reutlingen/Tübingen, Grüne, HausbesetzerInnen Karlsruhe, ... Unsere Unterstützung der Aktion der Roma ist Teil unseres Widerstandes gegen die praktizierte AusländerInnen- und Asylpolitik und gegen jene, die für Krieg, Verfolgung und Hunger in den Ländern der sog. „3. Welt“ verantwortlich sind. Die Aktion der Roma macht öffentlich, wie tagtäglich deutsche Behörden rassistische Politik vollstrecken. Auch wird klar, daß es notwendig und möglich ist, sich dieser rassistischen Politik aktiv zu widersetzen. Wir solidarisieren uns mit den Forderungen der Roma nach Abschiebestopp und Bleiberecht. Wir müssen den politischen Druck auf das Innenministerium in Ba-

den-Württemberg und die für die herrschende Asyl- und AusländerInnenpolitik verantwortlichen Stellen verstärken. Wir rufen zur Solidarität auf und fordern mit den Roma: Sofortiger Abschiebestopp! Garantiertes Bleiberecht! Anerkennung ihrer Fluchtgründe! Anerkennung der frauenspezifischen Verfolgung! Nachforschungen über das Verschwinden abgeschobener Roma!“ (aus dem Aufruf)

Am 12. Januar führten etwa 80 Leute in Stuttgart eine Unterstützungsaktion vor dem Innenministerium und der Ausländerbehörde durch.

Inzwischen ist in Gesprächen zwischen den Roma und ihren Anwälten mit dem Innenministerium und Regierungspräsidium zugesagt worden, daß bereits im Abschiebungsverfahren befindliche Roma innerhalb der sehr knappen Frist von acht Tagen erneute Anträge stellen können. Die Besetzung mußte zum 13. Januar beendet werden; bis zum Mittwoch, 16. Januar, können die Roma unter dem Schutz der Kirche in der Stiftskirche bleiben, um die Anträge zu verfassen. Die Roma haben erklärt, daß sie sich auf diese Bedingungen einlassen mußten, um unter dem wachsenden Druck einer Räumung wenigstens für die unmittelbar von Abschiebung bedrohten Leute einen Aufschub zu erreichen. Dieses bisherige Ergebnis sei aber in keiner Weise ausreichend. Die Roma wollen ein weiteres Gespräch mit dem Innenministerium sowie dem Oberkirchenrat über ihre Forderung nach Bleiberecht und Abschiebestopp und fordern den Oberkirchenrat auf, zur Prüfung der Einzelfälle und zu den Entscheidungen der Ausländerbehörden Stellung zu nehmen. — (evc)



Die Roma rufen nach Beendigung der Besetzung zu weiterer Unterstützung für ihre Forderungen auf.

16 000 demonstrierten gegen Golfkrieg

SPD und DGB riefen auf. ERNK hielt Rede auf der Abschlußkundgebung

Bielefeld. Es war die größte Demonstration in Bielefeld seit den fünfziger Jahren. Der DGB-Kreisvorstand rief in einer Presseerklärung zur Teilnahme auf. „Die Politiker sollen wissen, daß die Bevölkerung diesen Krieg nicht will.“ Der

SPD-Unterbezirksvorstand hatte erklärt: „Es darf keine Unterstützung der Kriegsvorbereitungen durch die Bundesregierung geben.“ Ein gemeinsamer Aufruf zur Demo wurde von über 30 Gruppen und Organisationen getragen.

Um den Demonstrationsaufruf gab es zunächst Krach. Auf dem ersten Aufrufentwurf hatten die Verfasser Leute aus dem Antikriegskomitee und den Grünen, auch einen Schwerpunkt auf die Unterstützung der Befreiungskämpfe des kurdischen und palästinensischen Volkes gelegt. Leute von den Jusos, aus der Friedensbewegung und dem Ortsvorstand der GEW wollten dies aus unterschiedlichen, zum Teil pazifistischen Gründen, nicht mittragen. Forderungen wie: „Schluß mit der Militärhilfe an die Türkei und Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf“, mußten gestrichen werden. Die ERNK und westdeutsche Antimperialisten aus der Autonomen Nahostgruppe sollten aber auf der Abschlußkundgebung sprechen.

Der Demonstrationsaufruf wurde in gekürzter Form als ganzseitige Anzeige in der Neuen Westfälischen Zeitung mit über 30 Unterschriften, darunter Betriebsräte, Mitglieder der Ortsvorstände der GEW und der IG Leder sowie bekannte Sozialdemokraten, u.a. der SPD-Unterbezirksvorsitzende, veröffentlicht.

Die Auffassung, daß ein Krieg am

Golf verhindert werden kann, ohne die Rolle der BRD genau anzuschauen, ohne zu schauen, um was es wem geht und ohne internationalistische und antiimperialistische Meinungen zuzulassen, vertrat der Hauptredner, Prof. Hartmut von Hentig. Seine Rede ist in der Frankfurter Rundschau vom 12.1. nachzulesen. Er vertrat in seiner Rede die Auffassung, daß das Palästinenser- und Kurdenproblem nicht ... mit dem Golfkonflikt vermischt werden soll“ und erntete dafür Pfiffe.

Auszüge aus der Erklärung des SPD-Unterbezirksvorstandes: „Wir brauchen eine nichtmilitärische Lösung des Konflikts. Weder das Öl, noch die völkerrechtswidrige Annexion Kuwaits durch den Irak rechtfertigen einen Krieg, der katastrophale Folgen haben würde. Die Bundesregierung muß ihre Beihilfe am militärischen Aufmarsch am Golf unverzüglich einstellen. Die Bundeswehreinheiten in der Türkei und im Mittelmeer müssen sofort zurückgeholt werden.“

Auszüge aus der Rede der Nationalen Befreiungsfront Kurdistan (ERNK), gehalten auf der Abschlußkundgebung:

40 000 demonstrieren gegen drohenden Krieg

Hamburg. Am 12.1.1991 demonstrieren in Hamburg mindestens 40000 Menschen unter dem Motto „Kein Blut für Öl — kein Krieg am Golf“. Aufgerufen hatten kirchliche Gruppen, Grüne, SPD-Gruppen, Landesjugendring, VVN, Volksfront, BWK, DKP, Arbeiterbund, Komitee gegen den imperialistischen Krieg u.a. In der letzten Woche riefen dann SPD und DGB ebenfalls zur Demonstration auf. Einen gemeinsamen Aufruf zur Demonstration gab es nicht. Die Stoßrichtung war sehr uneinheitlich. Die Kritik an der Beteiligung der BRD und dem Einsatz der Bundeswehr im Golfkonflikt war in der Minderheit. Die SPD forderte die Bundesregierung auf, sich unter der Schwelle „militärischer Gewaltanwendung“ für den „Aufbau einer tragfähigen Friedensordnung“ im Mittleren und Nahen Osten einzumischen. — (stg)

20 000 gegen Krieg, Hussein und den Einsatz deutscher Truppen

München. Das Aktionsbündnis „Kein Krieg am Golf“ und das Münchner Friedensbündnis konnten sich, zwar ohne gemeinsamen Aufruf, auf eine gemeinsame Durchführung der Demonstration einigen. Entsprechend dem von beiden Aufrufern vertretenen breiten Spektrum waren auch die Forderungen: von Gebetswachen über Mahnungen, die Existenz Israels anzuerkennen, bis hin zu Verweigerungsauffufen, die von Soldaten einer Münchner Kaserne in Uniform vorgetragen wurden. Sprecher der Palästinenser und der Kurden forderten, ihren Freiheitskampf zu unterstützen. Die Vertreterin des HBV-Ortsvorstandes stellte heraus, daß die BRD sich über die Türkei Einfluß im mittleren Osten verschaffen wolle. Sie überbrachte den Beschluß des Hauptvorstandes der IG Medien, im Falle eines Krieges zur Verweigerung aufzurufen. Das Aktionsbündnis lud zu einer Diskussion über die Rolle der BRD ein, auf der auch ein Vertreter der ERNK sprechen wird. — (ecg)

30 000 demonstrieren — Unterstützung für Verweigerung

Stuttgart. Aufgerufen hatte das Friedensnetz Baden-Württemberg, in dem u.a. zahlreiche christliche Friedensgruppen, Gewerkschaften, Grüne, Jusos und VVN mitarbeiten. Ein Sprecher des Friedensnetzes rief auf: „Verweigert jetzt aus Gewissensgründen!“ Die Initiative gegen den Golfkrieg enthielt unter starkem Beifall ein Denkmal: „Stuttgarter Kriegstrümmer mahnen: Desertieren ist Friedenspflicht. Wir danken den Deserteuren der vergangenen Kriege und unterstützen die Deserteure von heute“. Etliche Leute brachten auch beim anschließenden Schweigemarsch die Ablehnung jeglicher Kriegsvorbereitungen und -handlungen mit Parolen zum Ausdruck. — (evc)

5 000 demonstrieren gegen faschistischen Terror

Göttingen. In der Silvesternacht wurde in Rosdorf bei Göttingen ein 21jähriger Soldat von zwei FAP-Mitgliedern auf offener Straße durch über 10 Messerstiche und schwere Schädelverletzungen getötet. Vorgegangen waren verbale Auseinandersetzungen über menschenverachtende Äußerungen und Lautstärke einer Skinhead-Feier. Die Täter sind verhaftet. Sie sind beide 17 Jahre alt und gehören zu der FAP-Gruppe um Karl Polacek in Mackenrode bei Göttingen. Ein Haus dient dort als Stützpunkt für „Wehrsportübungen“, Übernachtungsquartier usw. Seit 1986/87 drüllt die FAP hier Jugendliche und schickt sie als gewalttätige Terrortrupps durch Südniedersachsen. Nach einem bis anderthalb Jahren endet die Laufbahn dieser jungen Faschisten häufig auf der Flucht, im Gefängnis oder sie sind tot. Die Polizei ermöglicht diesen Terror, indem sie regelmäßig jeden gestellten Faschisten zum unpolitischen Einzeltäter erklärt, obwohl sie das Anwesen in Mackenrode genau beobachtet und es besser weiß. 5000 haben am 5.1.91 dagegen in Göttingen demonstriert, obwohl z.B. der DGB sich wiederum nicht zum Demonstrationsaufruf entschließen konnte. Erneut versuchte die Polizei, auch diese Demonstration Spalier laufen zu lassen, konnte es aber diesmal politisch nicht durchsetzen. Die Forderung nach einem Verbot der FAP ist weitverbreitet, die Landesregierung wird eine Initiative im Bundesrat ergreifen. Es ist aber absehbar, daß dies angesichts der Vielzahl faschistischer Gruppen völlig unzureichend ist, wie auch der Nachweis der Verfassungswidrigkeit der FAP wenig Anhaltspunkte für eine gesellschaftliche Ächtung des Faschismus bietet. — (kek)

Rekrutenabtransport wurde behindert

Berlin. Der erste Transport von Bundeswehrrekruten aus Brandenburg und Berlin sollte am 2. Januar vom Hauptbahnhof aus nach Hannover verfrachtet werden. Zwanzig Kriegsdienstgegner hatten sich auf die Gleise gesetzt. Weitere dreißig verteilten auf dem Bahnsteig Flugblätter gegen die Zwangsdienste mit und ohne Waffen und riefen zur Verweigerung aller Kriegsdienste auf. „Ich sterbe gern für billiges Öl“ stand auf einem Plakat mit einem lächelnden jungen Soldaten. Von den ca. 40000 Westberliner Kriegsdienstflüchtigen war noch keiner im Zug. Zwar erhalten gezielt Leute, die kurz vor Vollendung des 32. Lebensjahres stehen, Einberufungsbe-fehle. Die Betroffenen hatten aber Widerspruch eingelegt. Mit halbstündiger Verspätung lief der Zug über ein anderes Gleis aus. — (chk)

Bush + Kohl, wir sagen No, wir sterben nicht für Texaco

Köln. Mit solchen und ähnlichen Parolen demonstrieren über 15000 Leute gegen den Einsatz von us-amerikanischen und europäischen Truppen im Golfkrieg. Auf der Abschlußkundgebung sprachen Vertreter der SPD, der Grünen, der PDS, der Zivildienstleistenden, der PLO, der irakischen Opposition und der Vorsitzende des kurdischen PEN-Clubs. Den von der örtlichen Aktionseinheit ursprünglich eingeladenen Sprecher des Kurdistan-Komitees hatten Kräfte aus der SPD wieder ausgeladen. 20 Gruppen und Organisationen mobilisierten daraufhin mit einem gemeinsamen Flugblatt, das u.a. den unterdrückten kurdischen Beitrag enthielt, zur Demonstration. — (uld)



Celle. Zur Eröffnung des Celler Kurdenprozesses am 8.1. nahmen am 5.1. 2500 an einer Protestdemonstration teil. Sie forderten „Einstellung aller politischen Verfahren gegen Kurdischen und Kurden, Freilassung aller in der BRD Inhaftierten! Bedingungslos und sofortiger Abzug aller imperialistischen Truppen aus der Golfregion und Türkei/Kurdistan! Hoch die internationale Solidarität!“ — (kek; Bild: ann)

Kein Recht auf Wohnung

Die Situation der Wohnungslosen spitzt sich dramatisch zu

Hannover. Um die Feststellung genauer Zahlen derjenigen, die in Hannover auf der Straße übernachten müssen, ist man bei der Stadtverwaltung nicht besonders bemüht, der Stadtkirchenverband spricht nach eigener Schätzung von 1400 alleinstehenden Obdachlosen. Eine Ratsanfrage der GABL vom November 1990 entlockte der Verwaltung immerhin die Aussage, daß sich in den ersten zwei Novemberwochen 337 Personen obdachlos meldeten, 155 aber wieder abgewiesen worden wären, mangels freier Plätze: 29, wegen „Unzuständigkeit“; 31, aus „sonstigen Gründen“; 70, weil die Art der Unterbringung abgelehnt wurde: 25.

Im Februar 1990 ereigneten sich innerhalb einer Woche in den städtischen Notunterkünften drei Todesfälle. Mit 10 Leuten war der 50qm große Raum belegt, in dem eine tätliche Auseinandersetzung ein Todesopfer forderte, ein Mann erlag einem Herzinfarkt, ein anderer einem Zuckerschok. Per Gericht mußte dann durchgesetzt werden, daß bei Überfüllung der Unterkünfte Hotel- und Pensionszimmer zur Verfügung gestellt werden. Da im Laufe des Jahres die Zahl der „zugereisten“ Wohnungslosen drastisch anstieg, erklärte sich die Verwaltung kurzzeitig für diese Leute als „nicht zuständig“. Sie hätte nur die zu versorgen, die auch in Hannover woh-

nungslos geworden wären. In der Nacht vom 5. auf den 6.11.90 erfror der Wohnungslose Nils K. im Stadtwald. Daraufhin demonstrieren 250 Obdachlose durch die Innenstadt. Aus der Passerelle unter dem Hauptbahnhof, wo es immerhin trocken und nicht ganz so kalt ist, wurden die Obdachlosen durch einen von der Stadt engagierten privaten Wachdienst vertrieben. Am 16.11. besetzten Wohnungslose ein Haus, erreichten jedoch nur, daß es nun als Obdachlosenunterkunft offensteht. Mietverträge bekamen sie nicht.

Seit Oktober ist die Stadt laut Verwaltungsgerichtsbescheid verpflichtet, auch auswärtigen Wohnungslosen ein Nachtquartier zu beschaffen, ohne eine einstweilige Verfügung, die der Wohnungslose erwirken muß, kommt sie dieser Verpflichtung aber nicht nach. In seinem Beschluß stellt das Verwaltungsgericht fest, daß ein „subjektiv-öffentliches Recht der Obdach Suchenden“, etwa wie in Artikel 11 der UN-Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte oder Art. 16 der Europäischen Sozialcharta sich daraus nicht herleiten läßt. Von Recht auf Wohnung also keine Spur. Folgerichtig wird auch die nächtliche Unterbringung in Wohncontainern, die tagsüber wieder verlassen werden müssen, als zumutbar beurteilt. — (rec)

Armutsverwaltung am Computer

Die Sachbearbeiter kontrollieren per Bildschirm

Hamburg. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger stieg in Hamburg von 1982 bis 1987 um ca. 62 %, die Ausgaben vervierfachten sich. Die Stellenausstattung in den Sozialämtern wuchs in den letzten zehn Jahren von 568,5 auf 1250 Stellen. Aufgeschreckt durch solche Zahlen, forderte ein „Mängelbericht“ des Rechnungshofes den Senat ultimativ auf, Vorschläge für einen verbesserten Technikeinsatz in der Verwaltung zu machen. Im März 1988 startete der Senat die Erprobung von PROSA (Projekt-Sozialhilfe-Automation). Arbeitsziel des Forschungsprojekts sollte es sein, massive Personaleinsparungen vorzubereiten — mindestens 200 Stellen werden direkt nach der Einführung wegfallen —, verbesserte Datenausbeute sicherzustellen — z. B. Gründe für Arbeitslosigkeit, vorhandenes Einkommen, Suchtkrankheiten zu erfassen.

Seit Ende November liegt eine Vorlage für einen Tarifvertrag über Arbeit an bildschirmunterstützten Arbeitsplätzen Gewerkschaften und Senat vor. Diese Regelungen besagen, daß u. a. das Dialogverfahren (mit dem Computermittel) lediglich ein Hilfsmittel für die Erledigung der eigentlichen Arbeitsaufgabe ist. Der Computer wird aber jetzt als Hauptarbeitsmittel für die Sachbearbeiter angesehen. Neben den Hauptfunktionen der Sozialverwaltung sind „elektro-

nische Post“, integrierte Textverarbeitung, Dokumentenverwaltung, Terminkalender, „on-line-Hilfe“ für Gesetzestexte etc. vorgesehen. Es soll gewährleistet sein, daß die zur Benutzung eines Systems Berechtigten ausschließlich auf solche personenbezogenen Daten einen Zugriff erhalten, die der Zugriffsberechtigung unterliegen. Ein Datenabgleich mit anderen Registern soll nicht erlaubt sein. Daten bestimmter Klientengruppen (Frauenhäuser, Aids- und Drogenkranke) werden besonders geschützt und für den allgemeinen Zugriff gesperrt.

Die ÖTV fordert zusätzlich noch die Vorlage eines Datenschutzkonzeptes, lehnt eine Kontrolle der Arbeitsleistung der Beschäftigten über die EDV ab. Sie fordert für die Sozialhilfeempfänger zur Gewährleistung der Vertraulichkeit der Gespräche Einzelzimmerberatung, Akteneinsicht für Sozialhilfeempfänger und eine Löschungspflicht für Daten, die zur Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigt werden.

Noch nicht ausreichend diskutiert wurde von Gewerkschaften und betroffenen Kollegen, ob den ergonomischen Standards aus einem Tarifvertrag und einer Arbeitsstättenverordnung von 1981 (!) zugestimmt werden sollte oder neue Vorstellungen erarbeitet werden müssen. — (ena)

Metall: Niedrigeinkommen und Arbeiterlöhne anheben

Schweinfurt. In den Vertrauenskörpern und Vertreterversammlungen der Industriegewerkschaft Metall Bayern wird derzeit über die Entgeltforderungen zur Tarifrunde 1991 beraten. Die bisher bekannten Beschlüsse haben ein Volumen von ca. 11,3 — 13 Prozent, alle wenden sich gegen reine Prozentforderungen, die die realen Einkommensunterschiede noch vertiefen. Offen ist, ob lediglich eine Mindestforderung, zum Beispiel 11 Prozent, mindestens 256 DM, oder eine stärkere Anhebung der Niedrigeinkommen, zum Beispiel 150 DM plus 6 Prozent (Forderung Augsburg) erhoben wird. Der Vertrauenskörper von BMW München fordert noch weitergehend eine Vorweganhebung von 150 DM für alle Arbeiter und für die unteren Gehaltsgruppen Ia, Ib, II plus 7,5 Prozent für alle. — (cls)

„Pflegenotstand“ beseitigt Schutzrechte

Karlsruhe. Laut Urteil des Bundesarbeitsgerichts in Kassel dürfen schwangere Frauen auch an Sonn- und Feiertagen beschäftigt werden, wenn der Betrieb sonst nicht „aufrechtzuerhalten“ wäre. Anlaß war die Klage einer Angestellten, die im Auftrag einer Gebäudereinigungsfirma im Krankenhaus arbeitete und während ihrer Schwangerschaft keine Sonntagsdienste leistete. Der Arbeitgeber verweigerte ihr den Lohn für die nicht geleisteten Stunden. Das BAG hob jetzt zwei vorinstanzliche Urteile auf, weil der Frau die gesetzlichen Ruhepausen nicht angeboten worden waren. Die Vorinstanz soll aber erneut prüfen, ob der Betrieb auch ohne die Firma aufrechterhalten werden konnte. — (wjw)

Rotationsmodell im Krankenhaus

Stuttgart. Insgesamt 94 jugoslawische Pflegekräfte hatten die Pflegedienstleiterinnen vom Katharinenhospital, Krankenhaus Bad Cannstatt und Bürgerhospital zusammen mit einem Vertreter des Gesamtpersonalrats auf ihrer Reise durch Jugoslawien Ende September angeworben. Gegen die Anwerbeaktion schrieben die Grünen im Gemeinderat: „Die Verwaltung versucht, dem Pflegekräftemangel auf eine einfache, jedoch inhumane Weise beizukommen. Die Arbeitslosigkeit der Pflegekräfte in Jugoslawien, eines der ärmsten Länder Europas, wird benutzt, um an den Symptomen des eklatanten Pflegekräftemangels zu „kurieren“. . . Die seit langem geforderte Höhergruppierung der Pflegekräfte als eine der wichtigsten Maßnahmen zur Erhaltung und Gewinnung von Personal in diesem Bereich wird durch die von der Stadt beabsichtigte Maßnahme wieder bis auf weiteres verschoben“. Außerdem kritisierten die Grünen und die ÖTV Abteilung Krankenhäuser die Rechtslage, der die jugoslawischen Krankenpflegekräfte unterliegen. Die Grünen forderten: „Wenn diese Menschen ‚zur Wahrung von Interessen der Bundesrepublik Deutschland‘ (Ausl. Gesetz § 10, Abs. 2) hergeholt werden, dann ist es unsere Pflicht, ihnen die Freiheit zu lassen, selbst zu entscheiden, ob und wann sie wieder zurückkehren möchten. Ihnen muß außerdem die Möglichkeit gegeben sein, ihren Arbeitgeber wechseln zu können“ und beantragten daher eine gefestigte Aufenthaltserlaubnis und eine Arbeitserlaubnis ohne Beschränkung. OB Rommel wies in seiner Antwort darauf hin, daß darüber nicht die Stadt zu entscheiden habe. — (evo)

IGM-Vorstand beschließt Ausschlüsse bei Opel

Sieben Gewerkschaftsausschlüsse und viele langjährige Funktionsverbote in Bochum

Bochum. Was haben Hooligans und die Kolleginnen und Kollegen der Liste 3 bei Opel in Bochum gemeinsam? Sie wollen nur Randalen machen. Wer dies behauptet? Die

„IG-Metall-Betriebsratsmitglieder“ in einer Information an die Opel-Belegschaft in Bochum unter dem offiziellen IG-Metall-Emblem.

Zitat: „Die Hooligans wollen kein Fußballspiel sehen, sondern nur Randalen machen, die Hausbesitzer in Berlin brauchen oft keine Wohnung, sondern wollen nur Randalen machen, und Kommunisten und Gewerkschaftsgegner bei Opel in Bochum wollen auch nicht die Interessen der Belegschaft vertreten — sie wollen nur Randalen machen. Muß sich unsere Gesellschaft mit solchen Störfrieden abfinden????“

Kein zufälliger Ausrutscher, sondern Höhepunkt einer Ausgrenzungs- und Denunziationskampagne, deren Ziel — nach heftigen Bekundungen der Betreiber — die Wiederherstellung „gewerkschaftlicher Geschlossenheit“ sein soll. Für ein derart wichtiges Ziel scheint kein (noch so schmutziges) Mittel zu schade. Da kandidieren 80 IG-Metall-Mitglieder — zumeist aktive Funktionäre — auf anderen als der offiziellen IG Metall-Liste. Für die örtlichen und betrieblichen IG Metall-Verantwortlichen kein Anlaß zum Nachdenken darüber, was falsch gelaufen sein könnte, sondern Anlaß für einen Wahlkampf gegen „Spalter“ und „Chaoten“. Da wählt dann eine Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter bei Opel (über 7000 Be-

schäftigte) die Listen dieser „Spalter“ und „Chaoten“, — auch das ist für die Ortsverwaltung kein Anlaß, etwa darüber nachzudenken, ob vielleicht doch die von der Mehrheit der Vertrauensleute geforderte Zulassung einer zweiten IG Metall-Liste der richtige Weg gewesen wäre.

Stattdessen: Einleitung von Gewerkschaftsverfahren gegen die 80 Mitglieder wegen „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens“.

Auf seiner Dezember-Vorstandssitzung schloß der Vorstand der IG Metall diese Verfahren nun vorläufig ab: Sieben Ausschlüsse und viele Jahre Funktionsverbot sollen die gewerkschaftliche Ordnung bei Opel wiederherstellen. Dies hatte der eigens aus dem Ruhestand zurückbeordnete ehemalige Vize der IG Metall, Karl-Heinz Janzen, als Vorsitzender der Untersuchungskommission nach wochenlangen „Untersuchungen“ schließlich auch empfohlen — und die Ortsverwaltung Bochum auch. Was sollte — bei so viel versammeltem Sachverstand — an diesem Urteil falsch sein? Zum Beispiel, daß die „Untersuchungen“ des Karl-Heinz Janzen hauptsächlich darin bestanden — wie er es selbst

formulierte —, bei den Betroffenen ein „Unrechtsbewußtsein“ zu schaffen, damit sie vielleicht reumütig in den Schoß der Mutter IG Metall zurückkehren. Zum Beispiel, daß die Ortsverwaltung sich einen ersten Bevollmächtigten leistet, der — kurz vor der Bundestagswahl — einen Brief an alle IG Metall-Mitglieder bei Opel verschickt, in dem die Kandidatur eines Kollegen der Liste 3 (Peter Jaszczyk) auf der Landesliste der PDS geschickt dazu benutzt wird, die ganze Liste bzw. alle fortschrittlichen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter bei Opel zu Anhängseln der „PDS/SED“ zu erklären, in der Hoffnung, der unbeliebte Duft der PDS möge auch an den Kolleginnen und Kollegen bei Opel hängenbleiben.

Vielleicht läßt sich auf diese Weise schließlich doch noch der Eindruck vermitteln, als handle es sich bei den 80 Leuten sowieso nur um Gewerkschaftsfeinde. Trotz aller Diskussion über „gewerkschaftliche Offenheit“ und „Streitkultur“ scheint in Funktionskörpern die Vorstellung fest verhaftet, daß sich „gewerkschaftliche Geschlossenheit“ administrativ durchsetzen läßt. — (T.H., VSP)

Kranbau: Ohne RGW-Absatz Entlassungen?

Eberswalde. 1800 Arbeitsplätze von 2700 sind bei der Eberswalder Kranbau-GmbH gefährdet. Das teilte der Geschäftsführer E. Hartphiel in einem Interview mit dem Neuen Deutschland mit. Bislang waren 70 bis 80 % der Produktion in die Sowjetunion gegangen. Da dort dringender Bedarf für Krananlagen besteht, waren im vorigen Frühjahr 70 Großgeräte vorgeordnet worden. Wegen der nunmehr geforderten Zahlung in frei konvertierbarer Währung sieht sich die UdSSR aus Devisenmangel zu Vertragsabschlüssen nicht in der Lage. E. Hartphiel hofft deshalb auf Kreditfinanzierung. Trotz Verdreifachung des Westumsatzes ist ein Ausgleich der Absatzverluste im RGW hier nicht möglich. Die Einstellung von in der SU dringend benötigten Lieferungen steht im Mißverhältnis zum öffentlichen Lob der „Rußlandhilfe“. — (chk)

Siemens: Zumutungen für die Übernahme der Auszubildenden

Karlsruhe. Jedes Jahr muß der Betriebsrat im Siemens-Gerätewerk um die Übernahme der Auszubildenden kämpfen. Oft werden von der Betriebsleitung nur Zeitverträge angeboten, Arbeit in Schicht und in Bereichen, wo die Kenntnisse der Ausbildung nicht oder kaum benötigt werden. Der Betriebsrat hat für fünfzig Auszubildende die Übernahme erreicht, für weitere fünfzig fordert Siemens, daß die Jungfacharbeiter „flexibel in bezug auf den Arbeitsplatz sind“; die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen müßten auch bereit sein, Arbeitsplätze in anderen Werken des Konzerns in der „Umgebung“ anzunehmen. Zur „Umgebung“ zählt dann z.B. das hundertvierzig Kilometer entfernte Siemens-Werk in Frankfurt. Die bisher in den Werken übliche Verleihpraxis wird so konzernweit ausgedehnt. Der Betriebsrat hat sich unterstützend zur Forderung der Werksleitung geäußert, die jungen Leute müßten schon mehr Flexibilität zeigen. — (map)

Veranstaltung zum Streik in Zonguldak

Berlin. Ungefähr 150 Teilnehmer hatte eine Veranstaltung zur Information über den Streik der Minenarbeiter von Zonguldak in der Türkei. Aufgerufen hatten türkische und kurdische Betriebsräte, die seit dem 17. 12. in einem Unterstützungskomitee arbeiten. Es wurde berichtet, daß 5000 DM gesammelt worden sind. In einem Vortrag wurden die gemeinsamen Interessen des kurdischen Widerstandes und der türkischen Arbeiter betont. Ein Videofilm zeigte den Aufbruch der Arbeiter zum Fußmarsch in Richtung Ankara. Zwischen 50000 und 100000 Menschen hatten an diesem Marsch teilgenommen, der erst durch massives Polizei- und Militäraufgebot gestoppt wurde. — (chk)

Arbeitskraft aus der DDR

2560 Saisonarbeiter aus Thüringen bei „Quelle“

Nürnberg. Um 15470 oder 3,2 % erhöhte sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Lohnabhängigen im letzten Jahr (März '89 bis März '90) im Arbeitsamtsbezirk Nürnberg. Gleichzeitig sank die Zahl der Arbeitslosen lediglich um 4870 auf 25194 im November (= 5,0 %). D.h. die Nachfrage der Kapitalisten nach Arbeitskräften hat sich aus ganz anderen Quellen als dem regionalen Arbeitsmarkt gedeckt. Dazu schreibt die IHK Nürnberg: „Die neu eingestellten Mitarbeiter kamen zum großen Teil aus den Kreisen der Aus- und Übersiedler“ aus der DDR. Bundesweit waren das dieses Jahr 300000. Hinzu kommen derzeit 100000 Pendler, die gezwungen sind, im Westteil der BRD ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Diese Pendler sind überwiegend im Bauhandwerk, bei Speditionen, in Lebensmittelläden oder Supermärkten sowie im Hotel- und Gaststättengewerbe beschäftigt, wie der niedersächsische Finanzminister berichtet.

Ein Großteil dieser Menschen wird über legale wie illegale Leiharbeit beschäftigt. Immer mehr Firmen vor allem aus dem Westteil schlagen aus dem enormen Lohngefälle innerhalb Großdeutschlands Kapital (mit 1393 DM erreichte der für Juli vom Statistischen Bundesamt für die Industrie ermittelte durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der Arbeiter und Angestellten zusammen in der ehemaligen DDR nur 35 % der westdeutschen Vergleichswerte: 3983 DM). In NRW z. B. deckte Ende September das Gewerbeaufsichtsamt Dutzende von Fällen illegaler Leiharbeit auf. Gezahlt wurden Stundenlöhne von 6 bis 7 DM brutto. Die „Ostarbeiter“ müssen zudem unter unzumutbaren gesundheitsgefährdenden Bedingungen arbeiten. Die hygienischen Einrichtungen sind oft in miserablen Zustand. Nicht selten müssen diese Leiharbeiter unzulässige Überstunden schieben und wohnen dann entsprechend in Wohncontainern auf dem Parkplatz. Nicht nur kleine Firmen beteiligen sich an diesem Geschäft, sondern auch Konzerne wie Siemens schlagen aus diesem Aufkauf billigster Arbeitskraft einen schönen Extraprofit. Für Montagearbeiten im Plenarsaal des neuen Bundestages orderte Siemens Arbeitskräfte bei der Leipziger Starkstrom-Anlagenbau GmbH.

In Nürnberg ist u. a. die „Quelle“ für den Einsatz von Lohnabhängigen aus der ehemaligen DDR bekannt. Über 200 km müssen sie täglich aus Gera und anderen Städten nach Nürnberg pendeln. Einfache Fahrzeit: mindestens zweieinhalb Stunden in Bussen, teils ohne Heizung, in die es auch mal reinregnet; in denen nicht geraucht, gegessen und getrunken werden darf. Und bei der „Quelle“ selbst? Kein Frauenaufenthaltsraum, keine Teeküche, und krank

sein dürfte man nicht, um den Anspruch auf eine Prämie für ununterbrochene Mitarbeit nicht zu verlieren. Schließlich müsse man sich auch noch sagen lassen, daß sie erst einmal arbeiten lernen sollten, so eine betroffene Beschäftigte.

Gezahlt werden ganze 2000 DM brutto, wovon erst einmal ca. 70 DM für den Werksbus bezahlt werden müssen. Legt man einen mindestens löstündigen Arbeitstag zugrunde (mit Fahrt usw.), dann gibt das noch nicht einmal einen Stundenlohn von 6 DM. Ein kostenloses Kantinenessen? „Alles Quatsch“, so der Personalchef Haase, der völlige Gleichbehandlung als Firmendevise ausgegeben und seine Führungskräfte angewiesen hat, die DDRler „mit Geduld, aber auch notwendigen Konsequenzen auf Leistung zu bringen“. 2560 Saisonarbeiter aus der früheren DDR beschäftigt die „Quelle“ zur Zeit. Der nordbayerische Arbeitsmarkt sei leergefegt. Aber 25194 Arbeitslose sind im Großraum Nürnberg gemeldet. Ein Widerspruch?

Während die Währungsunion und die Treuhandgesellschaft Produktionsmittel und Arbeitsplätze in großen Umfang in der ehemaligen DDR vernichten und somit die dort horrend angestiegene Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit erst geschaffen haben, wird im Westteil dadurch der Arbeitsmarkt erneut künstlich aufgefüllt. 45 bis 50 Betriebe will die Treuhandgesellschaft in der nächsten Zeit schließen; davon sind 50000 Arbeitsplätze betroffen. Schon jetzt beträgt dort die Arbeitslosenquote mit 590000 Erwerbslosen 6,7 %. Diese gezielte Überfüllung des Arbeitsmarktes soll hier die Lohnkosten für die Kapitalisten — ganz „angebotsorientiert“ — senken und ihnen damit eine Grundlage schaffen für Expansion und Konkurrenzvorteile auf den Weltmärkten. Die Belegschaften werden gespalten: die Stammbeschafteten befürchten zu Recht, daß die Billigarbeiter aus dem Osten als Lohndrücker wirken können, und die Kollegen von „drüben“ sind verärgert, daß sie so viel weniger verdienen. Solidarisches Handeln wird erschwert.

Ein gewisses Gegengewicht könnten die Betriebsräte und die Gewerkschaften bilden. Einerseits dadurch, daß die Betriebsräte festlegen, daß die Kollegen aus dem Osten nur unter der Bedingung „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ eingestellt werden, und andererseits dadurch, daß die Gewerkschaften in den kommenden Tarifauseinandersetzungen hohe Festgeldforderungen aufstellen, ohne sich auf „Solidarbeiträge für die notleidenden Kapitalisten in der ehemaligen DDR“ einzulassen.

Quelle: Nürnberger Nachrichten 7. 11., 21. 11., 6. 12.; Presse- und Funknachrichten, Hrsg. IG Metall, verschiedene Ausgaben; Zeitschrift der IHK Nürnberg 8/90, 11/90, Sonderausgaben 1990; metall 21/90 — (hek)



Gelsenkirchen. Am 4. Januar demonstrierten 13000 Bergbau-Beschäftigte gegen die Pläne der Reaktion, die über Tage Beschäftigten aus dem knappschaftlichen Rentensystem herauszunehmen. Inzwischen heißt es, daß die Regierung die Pläne zurückgenommen habe. Die Koalitionsvereinbarung liegt noch nicht vor. — (lja, jöd)



Frank. Stefano Scarabello (ganz rechts) und Nicola Pellicchia (ganz links) wurden aus Trani in einen anderen Knast verlegt. Beide Genossen gehören dem kommunistischen Gefangenen-Kollektiv „Wotta Sitta“ an, das aus insgesamt ca. 20 revolutionären Gefangenen besteht. Die Verlegung ist Teil der zunehmenden Isolationsstrategie gegen diejenigen Gefangenen, die an ihrer politischen Identität festhalten. — (jeh)

Aus Ländern und Gemeinden

Universität platzt aus allen Nähten

Konstanz. 1990 hat die Gesamtzahl der immatrikulierten StudentInnen mit 9430 einen neuen Höchststand erreicht. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen Zuwachs von 679 Studierenden. Der Frauenanteil ist mit 41,1% weiterhin leicht rückläufig. Ursprünglich war die Uni für 3000 Studenten konzipiert. Die Planung wurde später auf 6000 fortgeschrieben. Das heißt: inzwischen total überfüllte Veranstaltungsräume, Warteschlangen vor Mensa und Cafeteria, zu wenig Bücher in der Bibliothek, zu wenig Lehrpersonal, ganz zu schweigen von der Wohnungsnot und davon, daß der Bau von Studentenwohnheimen vernachlässigt wurde. Mittlerweile sollen in der Uni obdachlose Studierende nächtigen. Allerdings sehe ich wohl nur das Negative, schreibt doch das „uni-info“ vom 18. 12. 1990: „Es ist zu hoffen, daß der spezifische Charme der ‚kleinen‘ Universität, die ihr gerade das menschliche Maß verliehen hat, noch eine Weile erhalten bleibt.“ Über den Erhalt des „spezifischen Charmes“ mache ich mir keine Sorgen, besteht er doch in der stetigen Verschlechterung der Studienbedingungen. — (anw)

NRW: Zusage an die RAF gilt nicht mehr

Düsseldorf. Der nordrhein-westfälische Justizminister Krumsieck (SPD) hat es abgelehnt, Andrea Sievering aus ihrer Einzelhaft in Bochum mit den in Köln inhaftierten Christa Eckes, Ingrid Jacobsmeier und Sieglinde Hoffmann zusammenzulegen. Krumsieck hatte mehrfach erklärt, daß A. Sievering in die JVA Köln verlegt werden würde, sobald ihr Urteil rechtskräftig sei. Als A. Sievering jetzt ihre Verlegung nach Rechtsgültigkeit des Urteils formell beantragte, lehnte Krumsieck ab. Sie muß in Einzelhaft bleiben. „Krumsieck (begründete) seine nicht eingehaltene Zusage mit dem Verhalten der in Köln inhaftierten Frauen während der Unruhen, die im Herbst in ost- und westdeutschen Strafanstalten ausgebrochen waren.“ — (stb)

OB Widder (SPD) für mehr Privatisierung

Mannheim. Der Mannheimer Oberbürgermeister Widder (SPD), derzeitiger Vorsitzender des Städtetages Baden-Württemberg, hat in seiner Eilatrede 1991/92 weitere starke Akzente in Richtung Privatisierung gesetzt, obwohl der Widerstand gegen Privatisierung bisher immer noch die Kommunalwahlprogramme der Sozialdemokraten in Mannheim zierte. So weist er ausdrücklich darauf hin, daß die sogenannte „Aufgabenkritik“ auch überprüfen müsse, „ob eine Aufgabe zweckmäßigerweise innerhalb oder außerhalb der Verwaltung wahrgenommen wird“. Vehement bekämpft Widder, daß die Gemeindeordnung Baden-Württemberg die Überführung von Betriebsverwaltungen (z.B. Stadtwasserwerk) „in Form eines Eigenbetriebes oder gar einer GmbH“ einschränke. Lobend erwähnt er, daß die Landesregierung über eine diesbezügliche Änderung oder Ergänzung des Gemeindefinanzrechts nachdenke. Und auch die Personalsituation erfordere Privatisierung: Die Kommunen könnten im Kampf um hochqualifiziertes Personal ohnehin mit der Privatwirtschaft nicht konkurrieren. — (tht)

Atomenergiegegner stoppten Nukleartransport

Hannover. In der Nacht zum 18. Dezember 1990 führten ca. 100 Atomenergiegegner eine Aktion gegen den Abtransport von Atom Müll auf dem Rangierbahnhof Seelze durch. Das Atomplenum Hannover, die GABL und die Energiewende-Gruppe Hannover riefen zu der Aktion auf. 14 Leute verhinderten das Ankuppeln der Lokomotive an den Zug, so daß der Güterzug mit elf abgebrannten Brennelementen erst eine Stunde später zur Wiederaufbereitungsanlage nach La Hague (Frankreich) abfahren konnte. Wegen Mißachtung der Sicherheitsvorschriften weigerten sich Rotterdam Hafenarbeiter am 10. Januar, 26 abgebrannte Brennelemente aus dem Braunschweiger Forschungsreaktor der PTB nach Schottland zu verladen. — (anr)

Grüne nicht im Verwaltungsausschuß

Solltau. In Schneverdingen und Schwarmstedt hatten die Grünen, mit je einem Mitglied im Rat vertreten, Änderungsanträge der jeweiligen Satzungen gestellt, um ihre Teilnahme an den Verwaltungsausschußsitzungen zu erreichen. In Schneverdingen wurde der Antrag Mitte Dezember im Stadtrat abgelehnt. Zwar wurde der Antrag des Grünen-Ratsmitgliedes von den SPD-Stadträten, einem parteilosen und einem CDU-Stadtrat unterstützt, aber das reichte gegen die CDU-Mehrheit nicht aus. Die Grünen überlegen jetzt, ihre Teilnahme vor dem Verwaltungsgericht einzuklagen. — (hei)

Flughafen München II erneut eine Milliarde teurer

München. Die Kosten für den neuen Flughafen München II sind im letzten Jahr um rund eine Milliarde DM auf mehr als acht Milliarden DM gestiegen. Die Prüfer des Bayerischen Obersten Rechnungshofes (ORH) berichten, daß für die erneute Kostenexplosion nicht nur die Ausweitung des Bauprogramms und der Termindruck ursächlich sind, sondern auch massive Planungsfehler. Sie kritisieren u.a., daß im Passagierabfertigungsgebäude Stahl für rund 45 Mio. DM zuviel verbaut wurde, weil die Pläne bei Baubeginn noch nicht fertig waren. Vor Ausschreibung des Rohbaus für das Terminal sei nicht einmal die Entwurfsplanung fertig gewesen. Dies führte zu unwirtschaftlicher Bauabwicklung, die Mehrkosten von 170 Mio. DM erwarten lasse. Sogenannte „Boarding-Stations“, aus Edelstahl und Sonnenschutzglas für 31 Mio. DM gefertigt, sind praktisch nutzlos. Die Beseitigung des jährlich anfallenden Mülls von 20000 Tonnen sei nur teilweise geklärt, gleiches gelte für die Verkehrsanbindung. Das läßt weitere Kostensteigerungen erwarten. Das Bayerische Finanzministerium sorgt für die Deckung der Kosten. Es erklärte, daß der Haushaltsausschuß bereits im Juni über die genannten Gesamtkosten beraten habe. Die Kritik des ORH muß nach Ansicht der GRÜNEN im Bayerischen Landtag zu personellen Konsequenzen im Vorstand der Flughafen München GmbH (FMG) führen. Dr. Christian Magerl, der auch Sprecher der Bürgerinitiativen gegen den Flughafen ist, will mit einem Bündel von Anfragen der Rechnungshofkritik nachgehen. — (arc, chl)

Haben die Berufsverbote ausgedient?

Überlegungen zur Aufhebung des Radikalerlasses und zur Funktion der Berufsverbote

Stuttgart. Vor den Weihnachtsferien geisterten Meldungen durch die Presse, die Landesregierung wolle den Radikalerlass aufheben — allgemeiner Tenor: ein Relikt des Kalten Krieges verschwinde, dessen Ausbeute in den letzten Jahren den Aufwand Hundertausender von Staatschutzanfragen nicht mehr gerechtfertigt habe.

Was die von Innenminister Schlee ins Gespräch gebrachte Alternative angeht, künftig alle Leute, die sich für den Landesdienst bewerben, einem gesinnungsüberprüfenden Einstellungsgespräch ohne Regelanfrage zu unterziehen, bietet die Praxis der flächigen Fragebogenverhöre im Anschlußgebiet reichlich Anschauungsmaterial: Neben dem verfassungswidrigen Zwang zur Selbstbezeichnung (Organisationsangabe) müssen die Betroffenen einer Anhörungskommission glaubhaft machen, daß sie sich von dem „40jährigen Irrtum DDR“ (Justizminister Eyrich im „Südkurier“) gelöst haben. Nach den bisherigen Erfahrungen scheint die Denunziation anderer Menschen „Glaubhaftigkeit“ zu begründen.

I. Worum geht es allgemein

Günther Nollau, ehemaliger Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, hat 1978 allgemein begründet, weshalb er einen präventiven Überprüfungs- und Erfassungsapparat und eine abgestufte Repression gegenüber den politischen Gegnern des Status Quo für erforderlich hält:

„Das Bewußtsein der Massen wird eines Tages reif sein zu erkennen, daß ihre Arbeitsbedingungen, insbesondere die Folgen der Arbeitsteilung ‚inhuman‘ sind, das heißt ihrer Lage als ganzheitliche menschliche Wesen nicht entsprechen. Wenn dieses Gefühl von einer politischen Bewegung umgesetzt werden kann in eine massenhafte Empörung gegen diese ‚Ungerechtigkeit‘ — dann wird die Lage kritisch. Gegen Terroraktionen kleiner Gruppen kann unsere Gesellschaft ihre Zwangsmittel einsetzen. Ob in unserer Demokratie einer die Brutalität aufbrachte, Maschinengewehre gegen revoltierende Arbeitermassen zu richten, bezweifelte ich. Ein Noske, der 1918 erklärte, ‚einer muß den Bluthund machen‘, scheint mir nicht in Sicht. Eine solche Lage, in der solche Entscheidungen würden gefällt werden müssen, braucht nicht zu entstehen.“ (aus: Günter Nollau, Wie sicher ist die Bundesrepublik?, München 1978, Seite 200f)

Zwischenzeitlich wissen wir, daß solche Geheimorganisationen wie „Gladio“ für die von Nollau angesprochene Lage unter anderem Abschußlisten selbst für einflußreiche Sozialdemokraten und Gewerkschafter erstellt hatten und daß sich das Personal hauptsächlich aus der SS und Wehrmachtslogen rekrutierte — gesteuert, finanziert und logistisch versorgt von den Geheimdiensten.

II. Worum geht es im besonderen?

Dr. Helmut Simon, Richter am Bundesverfassungsgericht i.R., äußerte sich 1989 zu Anlaß und Funktion der Berufsverbotepraxis im Teilbereich „Radikalerlass“:

„Der ‚Radikalerlass‘ vom 28. 1. 1972, mit dem die Regierungschefs von Bund und Ländern eine einheitliche Verwaltungspraxis gegenüber Angehörigen des öffentlichen Dienstes und Einstellungsbewerbern erreichen wollten, die ‚verfassungsfeindlichen Bestrebungen‘ anhängen, war sicherlich ein Kind des Zeitgeistes: Die Studentenbewegung und die aus ihr hervorgegangene ‚außerparlamentarische Opposition‘ riefen zum ‚Marsch durch die Institutionen‘ auf; darunter besonders aktiv der marxistische Studentenbund Spartakus, der sich der neu gegründeten orthodox-kommunistischen DKP besonders verpflichtet fühlte.“

Man interpretiert daher die Regierungschefs sicherlich nicht falsch, wenn man mit dem ‚Radikalerlass‘ eine Doppelfunktion verbindet:

— ‚Radikale‘ — freilich in der subjektiven Definition der jeweils zuständigen Behörde — sollten am Zugang zum öffentlichen Dienst und an ‚verfassungsfeindlicher Tätigkeit‘ innerhalb der Behörden gehindert werden; — zugleich war wohl mitbeabsichtigt, ein Erstarken der DKP zu verhindern, was im Ergebnis — unter Umgehung des Verfassungsgerichts — auf eine Art verdecktes Parteienverbot hinauslief. Ähnlich schrieb Peter Glotz, ehemals Bundesgeschäftsführer der SPD, der Radikalerlass habe durchaus erreicht, was er erreichen sollte: Der Zustrom zu kommunistischen Parteien wurde sichtbar verringert.“

(aus: Helmut Simon und andere; Verfassungsschutz durch Verfassungszerstörung?, in: Zeitschrift für Rechtspolitik (ZRP), Heft 5, 1989, Seite 175 ff.) Die jüngste Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts konserviert die oben angegebene Tendenz. Unter Vorsitz von Richter Hans-Hugo Klein stellte das BVerfG im August 1990 fest, daß von einem Beamten zu erwarten sei, „daß er diesen Staat und seine Verfassung als einen hohen positiven Wert erkennt und anerkennt, für den einzutreten sich lohnt“.

Die Entlassung der Lehrerin Dorothea Vogt sei rechtmäßig, weil ihre „Aktivitäten ‚über das bloße Haben einer Überzeugung und die bloße Mitteilung, daß man diese habe, deutlich hinausgingen.“

Thesen zur Diskussion

1. Die herrschende Klasse geht unzweideutig davon aus, daß die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse (Arbeitsteilung, soziale Deklassierung zunehmend großer Bevölkerungsteile) unvermeidlich zu Unzufriedenheit und zu Widerstand führen. Deshalb kommt es ihr darauf an, eine breitere politische Organisation dieses Widerstands,

wenn möglich, präventiv zu verhindern und zwar unter abgestufter Einsatz aller verfügbaren Zwangsmittel.

2. Art, Umfang und Intensität der jeweils angewandten Mittel der Repression richten sich nach der jeweiligen geschichtlichen Situation, nach der Bewertung des Grades der „Bedrohlichkeit“ des Status Quo seitens der herrschenden Klasse und danach, welchen gesellschaftlichen Einfluß die antikapitalistische Opposition erreicht hat. Gerät beispielsweise eine antikapitalistische Organisation wie die KPD in die relative Isolation (2% bei Wahlen) und stört sie Vorhaben von strategischer Bedeutung wirksam (Remilitarisierung), kann der herrschenden Klasse das Mittel des direkten Parteienverbots zweckmäßig erscheinen.

Geht es darum, eine ganze Generation von Anwärtern und Angehörigen der akademischen Intelligenz einzuschüchtern und von einer fundamentalen Kritik am Status Quo abzubringen, mögen die flächendeckende Observation und Erfassung kritischen Verhaltens über die Inlandsgeheimdienste, die staatschützlerische Stigmatisierung mißliebiger Organisationen, die grausige Erfahrung zahlloser, willkürlicher Gesinnungsverhöre und die erfolgten Nichteinstellungen bzw. Entlassungen ausreichenden Erfolg versprechen.

3. Auch wenn die Verwaltungsvorschrift zur Regelanfrage in den meisten alten Bundesländern aufgehoben worden ist, bleiben die grundsätzlichen Instrumente zur Verfolgung der antikapitalistischen Opposition erhalten, was auch von SPD-Regierungen beteuert wird:

— Die Verfassungsartikel, welche der sozialrevolutionären und staatsverneinenden Opposition den Schutz der Grundrechte entziehen.

— Die dem Absolutismus entspringende Treuepflicht — durch höchstrichterliche Rechtsprechung aufgeladen zur Verhaltensnorm, sich im real existierenden Staat wohlzufühlen und regierungstreu zu sein.

— Das KPD-Verbots-Urteil, welches die nach außen hin wirkende, organisierte Vertretung fundamentaler Kritik an den sozialen Verhältnissen und den sie absichernden Herrschaftsmethoden illegalisiert.

— Das vor allem auf den antiimperialistischen und autonomen Widerstand abzielende Instrumentarium des § 129a und die dazugehörigen Formen der politischen Strafjustiz und die Isolationshaftbedingungen für sogenannte „Unbelehrbare“.

— Die Praxis der „Sicherheitsüberprüfungen“ in Teilbereichen des Staates und in großen Bereichen der Wirtschaft, bei denen eine Gegnerschaft zur NATO Entlassungs- bzw. Nichteinstellungskriterium ist. So stellt z.B. Daimler-Benz in weiten Bereichen des Konzerns keine Ingenieure ein, die den Kriegsdienst verweigert haben. — (zem)

Proteste gegen Abwicklung an der Humboldt-Uni

Nicht Neustrukturierung — politische Säuberung ist beabsichtigt

Berlin. Eine Weihnachtsüberraschung bereitete die Berliner Landesregierung — vorwiegend auf Betreiben der SPD — den Studierenden und Teilen der Beschäftigten an der Humboldt-Universität (HUB). Trotz der mit dem „1. Mantelgesetz zur Vereinheitlichung des Berliner Landesrechtes“ vom 19. 9. 1990 vorangegangenen Entscheidung, die HUB „zu überführen“, sollen fünf Fachbereiche „abgewickelt“ werden. Betroffen sind die Fächer Geschichte, Philosophie, Rechts-, Erziehungs- und Wirtschaftswissenschaften. Etwa 600 Beschäftigte aus diesen Bereichen sind zum 31. 12. 1990 entlassen, erhalten aber befristete Verträge bis Ende Juni 1991, um die Lehre aufrechterhalten zu können. Gleichzeitig werden ihre Stellen neu ausgeschrieben, und sie können sich im Prinzip wieder darauf bewerben.

Mit letzterem wird deutlich, daß es nicht um die Neustrukturierung der HUB geht, sondern um eine politische Säuberung „ideologebelasteter“ Fächer. Darunter werden „auf den Marxismus-Leninismus ausgerichtete Einrichtungen oder Studiengänge“ verstanden

sowie „Ausbildungen, die allein auf den Kaderbedarf der SED oder der alten DDR abgestimmt waren“, für die „im vereinten Deutschland hier kein Bedarf mehr“ besteht (Tagesspiegel, 13. 12. 1990).

Von Abwicklungen sind alle wissenschaftlichen Einrichtungen der Ex-DDR betroffen. Grundsätzlich abgewickelt werden die ML-Sektionen, aber auch andere „ideologebelastete“ Bereiche. Fast überall haben in den letzten Wochen Aktionen vor allem der Studierenden stattgefunden. Für sie steht die Frage der Fortführung ihres begonnenen Studiums im Vordergrund. Daneben wenden sie sich gegen den Eingriff des Staates in die — gerade erst erhaltene — Hochschulautonomie. Nur wenige wenden sich mit ihrem Protest auch gegen die politische Disziplinierung, die mit den Abwicklungen verbunden ist. Dies kommt in Äußerungen zum Ausdruck, daß man selbst genügend Erneuerungswillen habe. In den Abwicklungen wird dagegen eine Verdrängung der Vergangenheit gesehen, die eher den „Gegner der Erneuerung“ zugute komme. In die-

sem Sinne wird dann eine Beteiligung gefordert.

Der Rektor der HUB, Fink, hat gegen die Abwicklung der fünf Fachbereiche (und weiterer Teile) Klage beim Verwaltungsgericht eingereicht. Er begründet dies zum einen mit dem oben genannten Mantelgesetz, mit welchem der HUB der Status einer Kuratorialhochschule verliehen wurde. Dieser Status beinhaltet die „akademische Selbstverwaltung“ der Universität, d.h. über die Abwicklung können nur universitäre Gremien entscheiden. Zum anderen wird die Klage mit einem Verstoß gegen den Einigungsvertrag untermauert. Daß die Klage nicht ganz aussichtslos zu sein scheint, wird durch das Verhalten der Senatsverwaltung gestärkt. Diese hat es bisher vermieden, gegen die mit der Klage der HUB verbundene aufschiebende Wirkung den sofortigen Vollzug anzuordnen. Das Verwaltungsgericht wird frühestens im Februar entscheiden. Vom Ausgang dürfte eine große Anzahl von Verfahren wegen Abwicklung und Versetzen in „Warteschleifen“ betroffen sein. — (har)

Ursache des Golfkrieges ist imperialistische Aggression

Stellungnahmen und Lösungsvorschläge von Regierungen aus der dritten Welt zur Golfkrise, ihren Ursachen und ihrer Lösung

Die USA und die mit ihr verbündeten Staaten berufen sich bei dem Truppenaufmarsch gegen den Irak auf Absegnung durch das Völkerrecht und die Vereinten Nationen. Wenn auch schwächer als bei anderen Anlässen imperialistischer Aggression, was vor allem an der Haltung der Sowjetunion und anderer (ehemals) sozialistischer Staaten gelegen hat, gab es aber Stimmen dagegen.

Kuba hat gemeinsam mit anderen blockfreien Staaten in der UNO den Versuch unternommen, Einwände gegen die Resolutionen vorzubringen, die über die Blockade des Iraks hinaus durch Nahrungsmittel- und Medikamentenboykott und das Angriffsultimatum die Situation verschärfen. Die vom Konflikt direkt betroffene Befreiungsorganisation des palästinensischen Volkes, PLO,

versuchte ebenfalls, einen Krieg zu verhindern. Libyen, selbst vor einigen Jahren Opfer von US-Aggressionen mit dem Ziel der imperialistischen Kontrolle über Erdöl und Erdgas, appellierte vor allem an die arabischen Länder, um eine friedliche Lösung der Golfkrise zu erreichen. Wir dokumentieren aus Stellungnahmen Kubas, Libyens und der PLO. — (alk)

Kuba: Krieg gegen Irak ist ungerecht

Rede des kubanischen Außenministers I. Malmierca vor dem UN-Sicherheitsrat

(...) Seit Beginn des Konflikts hat meine Regierung nicht nur an den Präsidenten des Iraks, sondern an alle anderen arabischen Staatsoberhäupter, den Präsidenten der Blockfreien Bewegungen und diesen Sicherheitsrat appelliert, eine sofortige Lösung zu erarbeiten. Deshalb haben wir vor knapp zwei Wochen den Vizepräsidenten des Ministerrats der Republik Kuba mit einer Botschaft zu Präsident Saddam Hussein gesandt, gleichfalls mit dem Ziel, eine politische Lösung des Konflikts zu finden.

Zuvor hat mein Land im Stillen viele Schritte unternommen, damit der Irak seine Position ändert und nachgiebiger wird. Stets, seit die Krise ausgebrochen ist, haben wir auf Frieden und nicht auf Krieg gesetzt. Wir sind überzeugt, daß sich dieser Rat mehr als einmal in überstürzter Entscheidung hat drängen lassen, die den Weg zum Frieden nicht erleichtert haben.

Die Invasion und Annexion Kuwaits durch den Irak ist nicht akzeptabel und sollte verurteilt werden. Darüber hinaus ist es für die blockfreien Länder und die dritte Welt eine bedauerliche und schädliche Aktion, da sie die Einheit und Solidarität untergräbt, die wir so dringend

giebigkeit und Verhärterung.

Unsere klare und prinzipielle Position zu jeder der vorgeschlagenen Positionen läßt keinen Raum für Zweifel. Wir unterstützen, was wir für gerecht und einwandfrei halten. Wir haben dagegen gestimmt oder uns enthalten bei jenen Punkten, die unserer Meinung nach eine friedliche Lösung verhindern oder unerbittlich zum Krieg führen.

Ein Krieg mit furchtbaren Folgen

Wir haben hier auch unsere Sorge über die riesige und wachsende Konzentration von Streitkräften der USA und ihrer Verbündeten in der Golfregion ausgesprochen und auf die Gefahr des Kriegsausbruches hingewiesen; selbst wenn es bei einer konventionellen Kriegsführung bleibt, wird ein solcher Krieg unaussprechliche Zerstörung in den Ländern der Region zur Folge haben, beginnend bei Kuwait, Irak und anderen Nachbarn, dazu kommen die Opfer der angreifenden Kräfte. Die Zerstörung der Ölvor-

richtet sei.

In Wahrheit ist dieser Rat nicht einmal in der Lage gewesen eine Vertretung des Generalsekretärs in die besetzten Gebiete zu schicken, noch die leiseste Garantie abzugeben für die Sicherheit von palästinensischen Kindern und Jugendlichen, die fortgesetzt auf ihrem eigenen Boden, von dem sie so grausam enteignet wurden, ermordet werden.

Ungeachtet seiner moralischen, rechtlichen und historischen Grundsätze hat Kuba nicht versucht, noch wird es das unter den bestehenden Bedingungen ernsthaft erwägen, eine Verbindung zwischen dem irakischen Rückzug aus Kuwait und den von Israel besetzten arabischen Territorien herzustellen. Aber ist es nicht skandalös inkonsequent, auf Maßstäben zu bestehen, die wir in anderen Fällen mißachten? War es nicht dieser Rat, der vor einigen Tagen mit einer ebenfalls von Kolumbien, Malaysia, Jemen und Kuba vorbereiteten minimalen, gemäßigten und humanitären Resolution zu Palästina angerufen wurde? Jedoch hat der Vorsitzende des Rates das Verlangen nach einer Sitzung dieser Versammlung völlig mißachtet und hat damit die vorgegebenen Grundsätze und

UNO-Charta zusammenzuarbeiten, die wir unumschränkt anerkennen, so daß wirkliche Gleichheit und Gerechtigkeit für alle herrschen. Solch eine Ordnung wäre noch besser, wenn die Vereinten Nationen selbst demokratischer würden und privilegierende Grundsätze und Praktiken aufgeben, die seit nahezu einem halben Jahrhundert gelten und die nicht mit der heutigen Welt übereinstimmen und die gegen die uneingeschränkte Souveränität und Macht der überwältigenden Mehrheit der Staaten der internationalen Gemeinschaft gerichtet sind.

Uns ist klar, daß die verschiedenen Probleme, die derzeit die Menschheit belasten, nicht sofort zu lösen sind; aber wenn der aufrichtige Wille da ist, können die richtigen Lösungen gefunden werden. Gespräche und Verhandlungen haben sich als das beste den Vereinten Nationen und ihren Mitgliedstaaten zur Verfügung stehende Mittel erwiesen, um Konflikte zu lösen. Namibia ist ein ermutigendes Beispiel dafür, wie alle Schwierigkeiten durch Vereinbarungen der beteiligten Parteien am Verhandlungstisch bewältigt werden können. Der Fall Korea andererseits ist typisch dafür, wie der Gebrauch von Waffengewalt unter UN-Flagge zu einem dreijährigen Krieg führte, zu Hunderttausenden Opfern und ausgedehnten Materialverlusten, zu einem Waffenstillstand, der das Land weiterhin geteilt hält wie vor dem Ausbruch des Konflikts und mit Zehntausenden Soldaten und ausländischen Militärbasen im südlichen Teil dieses Landes.

UN-Resolution ist kriegfördernd

Herr Präsident, Kuba hält es für ungeeignet, eine Resolution zu beschließen, die im Grunde genommen eine Kriegserklärung ist, ein Ultimatum mit einem festen Zeitpunkt, ab dem die Kriegshandlungen beginnen sollen, und die einer unbeschränkten Vollmacht für die USA und ihre Verbündeten gleichkommt, ihr riesiges und ausgeklügeltes Militärpotential zu benutzen.

Wenn das der Weg ist, mit dem die Krise gelöst werden soll, dann kann niemand leugnen, daß dieses Verfahren, vorsichtig ausgedrückt, unzivilisiert und äußerst enttäuschend für die internationale Gemeinschaft ist. Es würde die Unfähigkeit der Vereinten Nationen und der hauptsächlichen Staatsmänner der Welt erweisen, eine politische und friedliche Lösung für ein bestehendes Problem zu finden. Der Text verletzt außerdem die UN-Charta, indem er bestimmten Staaten den Gebrauch der militärischen Macht erlaubt, was die Verfahren, die von der Charta vorgesehen sind, völlig mißachtet.

Wir hätten die Annahme einer kräftigen Resolution bevorzugt, die die Beachtung und Erfüllung des Willens der internationalen Gemeinschaft verlangt, einer Resolution, die zugleich aber groß-

zügig und großherzig ist, was eine Rücknahme des Beschlusses umfassen müßte, der eine Lieferung von Nahrung und Medizin an Kinder, Frauen und alte Leute im Irak verhindert. Das gäbe den Vereinten Nationen tatsächlich jene große moralische Autorität, um mit der nötigen Härte den Rückzug der irakischen Truppen aus Kuwait, die Wiederherstellung der souveränen Rechte des Staates und die sofortige Freilassung der Geiseln zu verlangen. Wir werden stattdessen aufgefordert, den Krieg mit einem Fahrplan zu unterstützen, ebenso den Versuch, die Unbeweglichkeit und Unnachgiebigkeit der irakischen Regierung mit Unbeweglichkeit, Unnachgiebigkeit und dem ernstesten Mittel der Vereinten Nationen zu konfrontieren.

Blockade gegen Irak mehr als genügend

Die Pflicht der Vereinten Nationen ist es, wohlüberlegt auf jegliche Äußerung von Mißachtung und Extremismus zu antworten anstatt mit fanatischer Anbetung des Gebrauchs von Gewalt.

Es ist bewiesen, daß Maßnahmen, die Gewalt beinhalten, uns einer Lösung nicht näher bringen. Im Gegenteil, das hat dazu geführt, daß die irakischen Positionen starrer geworden sind. Die Schritte, die im politischen, kommerziellen und finanziellen Bereich unternommen wurden, waren mehr als genügend. Irak unterliegt heute einer Blockade zur Luft, zu Land und zur See bei allen Produkten, zusätzlich zu Nahrung und Medikamenten, die wesentlich für das Leben einer Nation sind.

Offensichtlich kann kein Staat für längere Zeit die politische und wirtschaftliche Isolation, in der sich dieses Land derzeit befindet, aushalten, so daß es weder nötig ist, Frauen, Kinder und ältere Menschen mit dem Hungertod zu bedrohen, noch einen blutigen und zerstörerischen Krieg in Gang zu setzen. Das ist ein ungewöhnlicher Augenblick in der Geschichte: Nach der Annahme dieser Resolution, in etwa sechs Wochen, wird die Welt einem Publikum in einem gigantischen Stadion gleichen, das auf die Ausbruch des Krieges wartet. Angelehnt an den Titel eines berühmten Romans von Gabriel García Márquez, könnte diese Resolution überschrieben sein mit „Die Chronik eines angekündigten Krieges“. Das ist die einzige Interpretation, die dieser uns vorgelegte Text erlaubt.

Niemand kann übersehen, daß sich mit der Verabschiedung der Sicherheitsrat heute auf den Weg zu einem unerwünschten Konflikt macht, und das möge der schlimmste Ausdruck sein, den die Zukunft der zweifelhaften Rolle der Vereinten Nationen zuerkennen wird.

Kuba ist nicht bereit, dafür die geschichtliche Verantwortung zu übernehmen.

Aus: Gramma, englische Ausgabe, 9.12.1990, eigene Übersetzung



US-Flugzeugträger auf dem Weg zum Golf

benötigen angesichts der Herausforderungen der bestehenden Unterentwicklung und der Notwendigkeit eines würdigen Platzes für zwei Drittel der Menschen, die auf diesem Planeten leben. Die bewaffneten Kämpfe und Bruderkriege haben Ressourcen verwüstet, die wir so dringend benötigen.

Ebenfalls verurteilt werden muß die Geiselnahme von unschuldigen Personen, etwas, was wir gleichfalls vor diesem Rat stark verurteilt haben. Wenn aber der Sicherheitsrat eine Resolution über eine totale Blockade annimmt, die sogar Lebensmittel und Medikamente einschließt, versetzt das aktuell Millionen unschuldiger alter Leute, Frauen und Kinder und Zivilpatienten in die Geiselnahme von Entbehrung und Tod. Kinder und zivile Kranke in Irak müssen wegen Medikamentenmangel in den Krankenhäusern sterben. Die Anwesenheit von über 200 kubanischen Ärzten und Krankenschwestern, die in den vergangenen zwölf Jahren unbehindert ihren Dienst in diesem Land verrichteten, ermöglicht uns, das als wahr zu bestätigen. Solche Maßnahmen, weit davon entfernt, die bestehende Situation zu lösen, führen nur zu noch mehr Unnach-

räte und -fördereinrichtungen, die hier konzentriert sind, wird wegen der nachfolgenden Ölknappheit und rasant steigender Preise nicht nur die Industrienationen treffen, sondern vor allem die nicht-ölproduzierenden Länder der dritten Welt, welche zusätzlich zu den erdrückenden Auslandsschulden und der brutal ungleichen Handelsbilanzen unter jetzt schon hohen, dann astronomischen Ölpreisen zusammenbrechen würden.

Herr Präsident, vor diesem Gremium haben wir bei verschiedenen Gelegenheiten unterstrichen, wie gegensätzlich die Haltung des Rates bei der Invasion Kuwaits durch den Irak ist verglichen mit der bei der nicht lange zurückliegenden Invasion Panamas durch die USA und mit der zur Situation in Palästina und den seit 23 Jahren besetzten arabischen Gebieten, um nur zwei Beispiele zu nennen. Die Antwort, die man uns in diesem Raum gab: Das sei Vergangenheit, das gehöre in die Zeit des Kalten Krieges, der aufgehört habe, nun seien wir in einem neuen Stadium, in dem die UN-Charta von allen respektiert werden wird, und daß die irakische Aktion gegen die neue Weltordnung, die aus dem besten Nachkriegsgeist geboren ist, ge-

Verfahren nicht beachtet. Kann es sein, daß das leidende palästinensische Volk in dieser neuen, dem Kalten Krieg folgenden Epoche nicht die gleiche Behandlung zu setzen, wenn wir eher an Gerechtigkeit als an Vorherrschaftsstreben oder Kontrolle über die größten Ölräume des Planeten interessiert sind, dann ist es an der Zeit, für eine neue Weltordnung unter den Grundsätzen der

UN-Charta gilt für alle gleich!

Wenn wir uns tatsächlich an der Schwelle eines neuen Zeitalters befinden, wenn wir beabsichtigen, internationales Recht über strategische oder geopolitische Interessen zu setzen, wenn wir eher an Gerechtigkeit als an Vorherrschaftsstreben oder Kontrolle über die größten Ölräume des Planeten interessiert sind, dann ist es an der Zeit, für eine neue Weltordnung unter den Grundsätzen der

Libyen: Für friedliche Regelung

Gaddafi zur friedlichen Regelung der Golfkrise, Tripolis, 1.9.90

1. Rückzug der irakischen Streitkräfte aus Kuwait. Rückzug der atlantischen Streitkräfte aus der Golfregion und die Stationierung von UNO-Truppen in Kuwait.
2. Aufhebung der Wirtschaftsblockade gegen Irak.
3. Ersetzung der amerikanischen und westlichen Truppen auf der arabischen Halbinsel durch arabische und islamische Truppen.
4. Der Verzicht Kuwaits auf die Insel Bubiya zugunsten Iraks, um Irak einen Zugang zum Golf zu verschaffen und die Rückgabe des Rumaila-Ölfeldes an Irak.
5. Die inneren Angelegenheiten Kuwaits werden allein dem kuwaitischen Volk überlassen.

6. Erarbeitung einer gemeinsamen arabischen Ölpolitik, die für alle ölproduzierenden arabischen Länder verbindlich sein muß, und keiner darf von dieser Politik abweichen oder sie übertreten. Die Abschreckung jedes zuwiderhandelnden arabischen Staates ist legitim.
7. Regelung der Verbindlichkeiten und Entschädigung aller betroffenen arabischen Seiten, die durch das Problem geschädigt worden sind.
8. Abhaltung einer arabischen Gipfalkonferenz in Libyen, um einen Entwurf für die arabische Union zu beschließen.
9. Der Vollzug dieser Initiative soll unter der Aufsicht des Generalsekretärs der UNO und des Generalsekretärs der Liga der arabischen Staaten geschehen.

Yassir Arafat: Prinzipien zur Lösung der Golfkrise

Aus der Eröffnungsrede vor der Palästina-Konferenz in Genf am 29.8. 1990

Die folgende Rede Yassir Arafats anlässlich der 7. Internationalen Konferenz der Nicht-Regierungsorganisationen zur Palästinenser-Frage stammt zwar schon von Ende August des vergangenen Jahres, enthält aber, so die Auskunft des Bonner PLO-Büros, die grundsätzlichen Positionen der PLO zur Golfkrise.

Unsere Position war und ist, sich mit aller Kraft für eine friedliche Beilegung der Krise einzusetzen, um eine Lösung zu erreichen, die auf den Prinzipien der internationalen Legitimität und der Vereinten Nationen beruht. Diese Lösung sollte durch die Hinwendung zum Dialog und zu Verhandlungen und durch die Bereitschaft, eine Lösung zu finden, die die Würde aller wahrt und die Rechte aller schützt, erreicht werden. Das war unser Ziel, bevor die Krise eskalierte, und dieses Ziel verfolgten wir auch auf der arabischen Gipfelkonferenz in Kairo, und wir fühlen uns diesem Ziel bis heute verpflichtet.

Wir haben unser Bestes getan, die arabische Gipfelkonferenz, zu der Ägypten dringend aufgerufen hatte, mit der Teilnahme Iraks und Kuwaits zu einem Erfolg zu machen. Wir haben auf der Gipfelkonferenz vorgeschlagen, per Resolution ein Komitee von Staatsoberhäuptern zu bilden, das alle Angelegenheiten mit der irakischen Führung beraten sollte, darunter auch die Situation in Kuwait. Unserem Vorschlag zufolge sollten dem Komitee Ägypten, Jordanien, Algerien, Jemen, Palästina und Saudi-Arabien angehören. Dieser Vorschlag wurde — trotz seiner weitreichenden Bedeutung — nicht zur Abstimmung gestellt; ein ähnlicher Vorschlag wurde von keiner anderen Seite eingebracht. Wir messen dieser Angelegenheit eine so große Bedeutung bei, weil dieses Komitee unserer Ansicht nach ein entscheidendes Mittel darstellt, um die Frage im arabischen Kontext zu lösen, einen drohenden Krieg abzuwenden und damit die Eskalation der Krise zu verhindern. Leider wurde eine ungerechte, bössartige und unfaire Kampagne gegen die PLO, die palästinensische Führung und das palästinensische Volk eingeleitet, die mit der o.g. Haltung der palästinensischen Seite begründet wurde.

Gleichzeitig (mit dieser Diffamierungskampagne) ging die von der israelischen Regierung beschlossene Politik gegen unser Volk, die Politik der „eisernen Faust“ und des Knochenbrechens weiter, die von den Besatzungsstreitkräften und von terroristischen Siedlermilizen umgesetzt werden sollte.

Die Verleumdungskampagne wird uns indes nicht davon abhalten, unsere Bemühungen fortzusetzen, um eine friedliche Lösung für die Krise am Golf und in der gesamten Region zu finden. Unsere politischen Schritte gründeten sich in diesem Zusammenhang auf eine Reihe von Prinzipien, die wir als Initiative einigen befreundeten Staatsoberhäuptern, den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates, dem Präsidenten des Sicherheitsrates, dem UN-Generalsekretär, der europäischen Troika und dem Präsidenten der Blockfreien Bewegung vorlegten.

Prinzipien der PLO zur Lösung

Diese Prinzipien besagen:

1. Die PLO übernimmt die Rolle eines Vermittlers in diesem Konflikt und ist keine Konfliktpartei. Sie bezieht nicht Position zugunsten einer und gegen eine andere Partei. Unsere Stimmenthaltung bei der Resolution der Arabischen Liga kam zustande, weil die Resolution sich auf die Verurteilung (des Iraks, d. Red.) konzentrierte und keine Modalitäten für eine Lösung enthielt.
2. Alle ausstehenden kritischen Probleme in der Nahostregion sollen gelöst werden. Dazu gehören die Probleme am Golf, in Kuwait, in Palästina, im Libanon und auf dem Golan. Auftakt dazu war der Rückzug zwischen Irak und Iran, aber eine Lösung könnte dies auch in Palästina, Libanon, Golan und Kuwait ermöglichen.
3. Die Lösung der Golfkrise sollte innerhalb des arabischen Rahmens stattfinden, damit man zu einer Verhandlungslösung gelangt, die die Rechte und die Interessen aller Parteien berücksichtigt und die Würde aller wahrt, wie dies

in Bezug auf Libanon im arabischen Rahmenwerk von Taif gelungen ist.

4. Ein weiteres grundlegendes Prinzip ist der Rückzug amerikanischer und anderer ausländischer Truppen aus der Golfregion und ihre Ersetzung durch internationale Streitkräfte unter der Fahne der Vereinten Nationen und in deren Rahmen, ohne Doppeldeutigkeit und Hinter-sinn.

5. Beendigung der Sanktionen gegen den Irak und Verhängung von Sanktionen gegen jeden Staat, der sich weigert, sich aus den Gebieten zurückzuziehen, die er besetzt hält.

Mit dieser Initiative bemühen wir uns, die internationale Legitimität zu stärken, die durch die Vereinten Nationen verkörpert wird, da diese der Ort sind, an dem die Streitigkeiten ausgetragen und regionale und internationale Konflikte gemäß den Prinzipien und Zielen, die in der Charta der Vereinten Nationen und im Völkerrecht niedergelegt sind, gelöst werden.

Doppelzüngigkeit der US-Regierungen

Darüber hinaus versuchen wir mit dieser Initiative den Einsatz von Waffengewalt und militärische Lösungen für alle Probleme in der Region zu vermeiden. Der immer massivere militärische Auf-



Yassir Arafat

marsch zu Land, zu Wasser und in der Luft dient nicht dem Frieden, auch nicht dem Dialog oder der Verständigung der Konfliktparteien. Im Gegenteil, ein Einsatz dieser Intensität birgt die Gefahr, daß sich jeder Disput zu einer bewaffneten Konfrontation entwickelt, die schnell zu einem regelrechten Krieg ausarten könnte, der Zerstörung und Ruin nicht nur für die gesamte Region, sondern auch für die übrige Welt mit katastrophalen Konsequenzen für den Weltfrieden mit sich bringt. Von daher stellen wir klar und deutlich fest: Es gibt eine politische Lösung für die Golfkrise, die die Flammen des Krieges löschen und das Kriegsgeschrei zugunsten des Friedens in der Region und der Welt verstummen lassen könnte.

Die Golfkrise enthüllt unmißverständlich, daß sich alle US-amerikanischen Regierungen seit 1948 bis heute einseitig hinter Israel gestellt haben. Diese Hinwendung manifestiert sich in einer selektiven Politik der Doppelzüngigkeit, die die Vereinten Staaten gegenüber den Vereinten Nationen, deren Charta, dem Sicherheitsrat und seiner Rolle,

dem Mechanismus der UN-Arbeit und ihren Resolutionen sowie den Prinzipien der internationalen Gerechtigkeit, dem Völkerrecht und dem Willen der internationalen Gemeinschaft verfolgen. Es ist äußerst bedauerlich, daß die Vereinigten Staaten darauf hinwirken, die Vereinten Nationen und den internationalen Willen zu beugen, um ihren eigenen nationalen Interessen als Supermacht und den Interessen ihres Verbündeten Israels zu dienen. Alle Regierungen der Vereinigten Staaten haben Israel in jeder Beziehung unbegrenzte Unterstützung zuteil werden lassen, ob es sich um Verbrechen oder Aggressionen handelte oder um Fragen der israelischen Besatzungspolitik ging. Diese Tatsache erlaubte es Israel, die Besetzung palästinensischer und arabischer Territorien seit 1967 ununterbrochen fortzusetzen. Die Vereinten Staaten trugen damit dazu bei, die Anwendung der Sicherheitsresolution 242 zu verhindern, die den Rückzug der israelischen Streitkräfte aus den besetzten Gebieten, einschließlich Jerusalem, entsprechend dem Prinzip der Unzulässigkeit der Aneignung fremder Territorien durch Gewalt, forderte. 23 Jahre lang haben die aufeinander folgenden US-amerikanischen Regierungen keinerlei Anstrengungen unternommen, sich für die Durchsetzung dieser Resolution einzusetzen; heute dagegen werden Flottenverbände und massive Armeeinheiten zusammengezogen, die mit konventionellen Waffen und mit taktischen Atomwaffen bestückt sind. Diese werden unter dem Vorwand auf den Weg geschickt, die Resolution 660 des Sicherheitsrates umzusetzen, die den Rückzug der irakischen Kräfte aus Kuwait verlangt, und um die Durchsetzung der Resolution 661 sicherzustellen, die die Verhängung von Sanktionen gegen Irak fordert.

Eine der merkwürdigen Ungereimtheiten der US-amerikanischen Politik im Nahen Osten liegt darin, daß die Vereinten Staaten Ende Mai 1990 im Sicherheitsrat ihr Veto gegen eine Resolution einlegten, die empfahl, eine Fact-Finding-Mission in die besetzten palästinensischen Gebiete zu entsenden, die die sich verschlechternde Lage untersuchen sollte. Die USA verweigerten auch der Entsendung von UN-Beobachtern ihre Zustimmung, was wir u.a. gefordert hatten, um den Schutz unseres palästinensischen Volkes in den besetzten Gebieten sicherzustellen. Die US-amerikanische Regierung machte in einem Jahr siebenmal von ihrem Vetorecht Gebrauch, um Israel, die Besatzungsmacht, zu schützen, und bot Israel damit die Rückendeckung, um seine Verbrechen gegen unser Volk und seine Unterdrückungspolitik in den besetzten Gebieten fortzusetzen. Heute aber mobilisieren die USA nicht nur ihre Streitkräfte, sondern sie drängen andere Staaten, sich an der militärischen Mobilisierung zu beteiligen und am Golf militärisch präsent zu sein.

Ist es nicht bittere Ironie, daß sich Israel, das täglich die Charta und die Resolutionen der Vereinten Nationen und andere internationale Konventionen, besonders die Vierte Genfer Konvention von 1949, verletzt, als Partner anbietet, um die Sicherheitsresolution 661 gegen Jordanien durchzusetzen, das Mitglied der Vereinten Nationen und am Golfkonflikt nicht beteiligt ist? Israel erschwert nicht nur die Durchsetzung aller Resolutionen der Vereinten Nationen und ihrer Organisationen, sondern es weigert sich, die bezüglich Palästinas und des Nahen Ostens gefaßten Be-



Palästinensische Proteste in Nablus

schlüsse umzusetzen. Darüber hinaus unterläuft die israelische Seite den internationalen Willen, der einhellig der Notwendigkeit einer internationalen Nahostfriedenskonferenz zugestimmt hat. Und trotz dieser oppositionellen Position erhält Israel Unterstützung von der US-amerikanischen Regierung.

Palästina-Frage bleibt wichtig

Die palästinensische Frage bleibt trotz der Golfkrise eine der wichtigsten Punkte auf der Tagesordnung der Vereinten Nationen, dies als Hinweis darauf, welche weitreichenden Ziele diese internationale Organisation durch ihre Bemühungen um eine friedliche Verhandlungslösung für den Nahen Osten und die Palästinafrage erreichen kann. Darum bemühen wir uns, und wir haben das immer wieder bestätigt, seit wir unsere Friedensinitiative vor diesem Forum, den Vereinten Nationen in Genf, erläutert haben. Diese Initiative hat ihre Grundlage in den Prinzipien der internationalen Legitimität und den internationalen Resolutionen; sie erhielt Unterstützung von allen Staaten und allen Kräften in der Welt, die der Freiheit, Gerechtigkeit und dem Frieden verpflichtet sind.

Ich möchte von dieser Stelle aus noch einmal die Prinzipien darlegen, die unserer Friedensinitiative zur Erreichung einer gerechten und dauerhaften Lösung der Palästinafrage zu Grunde liegen:

1. Es ist notwendig, sich für die Einberufung einer internationalen Konferenz für Frieden im Nahen Osten unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und im Rahmen dieser Organisation einzusetzen. An dieser Konferenz sollen alle fünf ständigen Mitgliedstaaten des Sicherheitsrates sowie alle am Konflikt beteiligten Parteien — darunter auch die PLO — auf gleichberechtigter Ebene teilnehmen. Grundlage sollen die Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338 und das Recht unseres Volkes auf Selbstbestimmung sein.

2. Rückzug der israelischen Streitkräfte aus den besetzten palästinensischen und arabischen Gebieten.

3. Wir fordern die Bereitstellung internationalen Schutzes für unser Volk unter Besatzung, bis dieses Ziel erreicht ist. Die Staaten in der Welt sollten ihre Verantwortung gegenüber den Bestimmungen und den Artikeln der Charta der Vereinten Nationen und ihren Resolutionen übernehmen.

4. Alle Staaten in der Welt und alle friedliebenden Kräfte sind aufgerufen, an der Entwicklung der Wirtschaft unseres Volkes in den besetzten Gebieten teilzunehmen, um unser Volk in die Lage zu versetzen, der brutalen Unterdrückung und der mutwilligen und fortgesetzten Zerstörung der Infrastruktur unseres Volkes, die Folge der andauernden Besatzung sind, Widerstand entgegenzusetzen und damit die Grundlage für die Errichtung unseres unabhängigen palästinensischen Staates zu schaffen.

(...) Wir werden auf unserem friedlichen Weg fortschreiten, mit welchen Hindernissen und Schwierigkeiten wir auch immer konfrontiert werden und welche Opfer wir auch immer werden bringen müssen, bis wir einen gerechten und dauerhaften Frieden in unserem heiligen Land, dem Land des Friedens, der heiligen Schrift und humaner Prinzipien erreicht haben.

Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich. Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) 5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226 Tel.: 0221/21 64 42. Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider. Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26, DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52, DM. Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer; für Reportagen und Berichte regional: Gunter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux; für Aus Verbänden und Parteien — Diskussion, Dokumentation, Spezialberichte: Alfred Kusler. Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayrischer Betriebs- und Lokalzeitungen. Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volkfront: AGME, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volkfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volkfront: VF.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig verteilbar: Beilage: Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntäglich:

Nachrichtenhefte, hrsg. von AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM AG Medien in der Volkfront, 4 S., 0,50 DM Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S., 0,80 M AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S., 1,20 DM AG gegen Militarismus und Repression in der Volkfront, 4 S., 0,80 DM AG für antifaschistische Bildungspolitik, 8 S., 1,20 DM AG für Kommunalpolitik, 8 S., 1,20 DM AK Öffentlicher Dienst, 4 S., 0,50 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg.: Volkfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S., 1,60 DM

Bezugsbedingungen Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1 DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226 GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76 GNN Verlagsgesellschaft Westberlin Czerninski Str. 5, 1000 Westberlin 62 GNN Verlag Niedersachsen/Bremen Grenzweg 4, 3000 Hannover 1 GNN Nordrhein-Westfalen Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1 GNN Verlag Hessen Postfach 110822, 6000 Frankfurt 11 GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1 GNN Verlagsgesellschaft Bayern Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg.: Kurdistan-Komitee in der BRD, Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 4 S., 0,80 DM. Jahresabo: 30 DM.

Angehörigen-Info, Hrsg.: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 1,20 DM. Halbjahresabo 28,60 DM.

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1.

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Jahresabonnement (52,— DM bei Einzelabo).
- ☐ im Halbjahresabonnement (26,— DM bei Einzelabo).
- ☐ Zahle nach Rechnungserhalt.

☐ **Bankeinzug:** Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

Was läuft derzeit im Kino?



Szene aus dem Film „Rama dama“

„Unendliche Geschichte (II)“

Bastian Balthasar Bux, „der's nicht bringt“ im wirklichen Leben, weder in der Konkurrenz zu seinen Mitschülern, noch gemessen an den Anforderungen seines Vaters, in der Traumwelt Phantasien ist er der Held, der der kindlichen Kaiserin einen neuen Namen gibt, und damit, stellvertretend für die ganze Menschheit, die Phantasie rettet. Lernt der Dreifach-B im ersten Teil immerhin noch, sich durchzusetzen, und sei es auch nur mit Hilfe des Glücksdrachens Fuchur, der zweite Teil führt ihn zurück zur harten Realität. Die phantastischen Freunde werden zur personalisierten Vernunft. Denn in Phantasien soll einer sich nicht immer aufhalten, das ist nicht „normal“. Im gleichnamigen Buch von M. Ende landen jene, die für immer bleiben wollten, in der alten Kaiserstadt, wo sie, von einem Affen beaufsichtigt, den Tag mit sinnlosen Tätigkeiten verbringen. Das droht also bei zuviel Phantasie. Je mehr sich Bastian mit Hilfe des magischen Zeichens Aurin wünscht, desto weniger erinnert er sich an die Realität, bis er fast hohl ist und

nur noch einen Wunsch übrig hat. Dabei muß er lernen, sich den gängigen Normen anzupassen. Hochmut kommt vor dem Fall, liebe deinen Nächsten, vertraue auf das Gute und so weiter. Zwar völlig anders als im Buch dargestellt, aber in der Aussage gleich, gipfelt alles in der Selbstaufgabe als einzigem Weg, aus Phantasien in die Wirklichkeit zurückzukommen. Getarnt ist die Sache als Mutprobe. Er muß von einem riesigen Wasserfall in die Tiefe springen, er muß es ganz allein tun, keiner der phantastischen Freunde kann ihm helfen. Der Film ist sehr packend gemacht, filmtechnisch werden alle Register gezogen, die jüngeren Zuschauer sind durchweg begeistert. Daß der Film ein gutes Ende hat, findet eigentlich niemand, aber es ist ja auch die unendliche Geschichte. Der Autor des Buchs findet, daß der zweite Teil des Films die Buchausgabe viel treffender darstellt, vom ersten Film hat er sich distanziert. Vielleicht denken etw. ältere Zuschauer wehmütig an „Emil und die Detektive“. — (rec)

„Rama dama“: Nur Liebe

Ein neuer Film des „Herbstmilch“-Regisseurs Joseph Vilsmaier, in der Hauptrolle wieder Dana Vavrova, bekannt durch die Rolle der Anna Wimschneider. Die Zeitungen waren überfüllt des Lobes über Vilsmaiers „Denkmal für die Trümmerfrauen“, jene Frauen, die angetan mit Kopftuch und Schürze in schäbigem Schuhwerk nach dem Zusammenbruch den Schutt der zerstörten Städte aufräumen und damit die Grundlage für neue Wohnungen und Produktionsstätten schafften.

Kati verabschiedet ihren Mann an die Ostfront. Nach einer fürchterlichen Bombennacht findet sie ihren Friseurladen, und ihre Wohnung zerstört und flieht wenig später hochschwanger aufs Land. Unter dem fürchterlichen Dröhnen einfahrender amerikanischer Panzer mit freundlich lächelnden farbigen GIs gebiert sie ihr Kind: Das Leben geht weiter, neue Hoffnung. Um ihren Mann zu suchen, geht sie wieder nach München, trifft einen anderen Heimkehrer, Hans, der sich in ihrer Nähe zwischen den Trümmern einnistet. Katis Schwester liiert sich mit einem Farbigen, liebevoll „Burli“ genannt, der das Leben der beiden Frauen mit Whisky und Zigaretten versüßt. Auf gemeinsamen Hamsterfahrten kommen sich Kati und Hans näher. Als Liebeserklärung läßt er sie in die zerstörte Residenz zu einem Kon-

zert ein, gemeinsam hören sie Beethovens 2. Symphonie. Anläßlich des Vergewaltigungsversuches eines weißen Amerikaners an Kati während einer Hamsterfahrt aufs Land lieben sich Hans und Kati auf Niederbayerns grünen Wiesen. Hans nimmt damit die Stelle ihres Mannes ein. Da kommt ihr Mann zurück. Schweigend setzt er sich an seinen angestammten Platz am Tisch. Hans geht. Sehnsucht bleibt. Der Film ist aus.

Während Vilsmaier in „Herbstmilch“ einfühlsam die Emanzipation einer Frau nachzeichnet, Spannungen mit der Umwelt darstellt, die handelnden Personen in der Auseinandersetzung mit sich selbst und ihrer sozialen Klasse Fragen aufwerfen läßt, die es wert sind, bedacht zu werden, benutzt er hier die Nachkriegskulisse des zerstörten München einzig, um den Wert und die Stärke der Gefühle darzustellen. Es geht in diesem Film keineswegs um eine Trümmerfrau, außer daß sie in Trümmern wohnt. Woher die Trümmer kommen, was die Menschen zum Wiederaufbau treibt, welche Hoffnungen sie hatten, wie sie durch Politiker betrogen und hingehalten worden sind, all das spielt keine Rolle. Für ihn ist die Triebkraft nicht die Erkenntnis, nicht der Wille zu Neuem, Besserem, sondern die Suche nach einem kleinen (Liebes-)Glück. — (ecg)

Der Film verarbeitet verschiedene Comicstrips aus der „Werner“-Reihe, die seit einigen Jahren, vor allem in Norddeutschland (der Autor kommt aus Kiel und bezieht sich in den Comics auch darauf, vor allem sprachlich), ein vermeintlich neues, „alternatives“ Komikgefühl vermittelt. Das „Alternative“ besteht wohl in der definitiven Sinnlosigkeit der Geschichten. Außer dem durchgängig angepriesenen „Flensburger Pilsener“, das dank „Werner“ in der ganzen BRD bekannt wurde, läßt sich tatsächlich kein „roter Faden“ erkennen: Normalzustand der Beteiligten ist besoffen, Ge-

schlecht männlich (wenn Frauen vorkommen, sind sie schrullig oder sexy), Geisteszustand doof. Weil nach einem Streit des Autors mit der Flensburger Brauerei dieser nun die eigene (eigens gebrauchte) Biersorte „Bölkstoff“ bewirbt, trieft der Film nur noch mehr vor Geschäftsinteresse.

Die Comics werden eingeraht in einen, vorsichtig gesagt, bescheidenen Handlungsrahmen: „Werner“ befindet sich in Abhängigkeit dunkler Mächte und wird gezwungen, Comics zu produzieren, um den Oberdunkeln zum Lachen zu bringen, weil der das verlernt hat.

Tatsächlich wirken die Co-

mics, wie aus einer solchen Situation geboren, weil sie nämlich mit allen Mitteln zum Lachen verführen sollen, die sonst — in den linken Kreisen, in denen „Werner“ auch beliebt ist, jedenfalls — eher verpönt sind: Alle möglichen Gruppen von Menschen werden anhand von dümmlich pauschal ihnen zugewiesenen „schlechten“ Eigenschaften verhöhnt: Beinharte, Dicke, Frauen usw., na ja, und Polizisten und Chefs — darin besteht die „spontiphile“ Note —, die sind auch dumm. Die Geschichten selbst sind dabei belanglos, ein chaotisches Fußballmatch auf einem Wo-

chenmarkt etwa oder ein mißlingender Versuch einer Heizungsreparatur usw.

Der Autor knüpft an Erfahrungen z. B. von Auszubildenden an, die von Gesellen und Meistern getriezt werden: hier bekommt der Film einen sympathischen, antiautoritären Zug. Nur reizt er nicht zur emotionalen Stellungnahme gegen Ungerechtigkeit: die Verzeichnung der Charaktere will, daß der Zuschauer „die Sau rausläßt“, nicht daß er denkt. So ist der Film ein Versuch, die Ohnmacht komisch zu gestalten. Dabei diskriminiert er aber weniger die Macht als die „Ohnmächtigen“. — (uga)

Comicfilm „Werner beinhart“: Brüllwitz und Bier

„Himmel über der Wüste“: Reisen, Natur und Beziehung

Der Film „Himmel über der Wüste“ wurde nach dem gleichnamigen Buch von Paul Bowles gedreht. Bowles wurde 1910 in New York geboren und lebt heute in Marokko. Dort spielt sein Roman, den er bereits 1949 veröffentlichte und den Bertolucci jetzt verfilmte. Die drei Hauptfiguren, das Ehepaar Kit und Port Moresby und ihr Freund Tunner, begüterte Amerikaner, ziehen durch das Land als „Reisende“. Sie drücken damit aus, daß sie einerseits nicht nach kurzer Zeit wieder nach Hause und an die Arbeit müssen, andererseits, daß sie keinen kulturellen Chauvinismus pflegen, sondern Zivilisationen vergleichen und Elemente ihrer eigenen Zivilisation ableh-

nen, vor allem den Krieg. Die Haupthandlung bildet außer dem Reisen der Versuch von Kit und Port, ihre Beziehung zueinander zu klären. Dennoch sind sie nicht allein aufgebrochen, sondern haben als Dritten den gesitteten beschränkten Tunner mitgenommen. Der Versuch, ihre Liebe zu erneuern, gelingt nicht. Port stirbt in der Wüste. Seine Frau wendet sich von ihrem gewohnten Leben ab, zieht eine Zeitlang mit Beduinen durch das Land und erlebt eine heftige Liebesgeschichte. Ihren New Yorker Lederkoffer behält sie immer bei sich. Kit wird dann in der Beduinengesellschaft angegriffen und kehrt allein an den Ausgangsort der Handlung zurück. Bertolucci

hat sich eng an die Vorlage gehalten. Dennoch sind die Unterschiede nicht zu übersehen. Ein Kunstmittel, das der Erzähler Bowles anwendet, kann nicht in Bilder und hörbare Worte übertragen werden. Er teilt nämlich häufig die Gedanken seiner Figuren mit und gleich danach ihre Worte. Der Leser kennt ihre Gedanken, die sie nur für sich selber formen und die die wirklichen Empfindungen ausdrücken, und weiß, wie stark sie abweichen von dem, was die Personen in Worten zu äußern für richtig halten, sei es, um die anderen zu schonen, zu verletzen oder um einer Auseinandersetzung auszuweichen. Diese Dimension wird im Film auch nicht ersetzt durch

die Einführung eines Erzählers, verkörpert von Bowles selber, der stumm im Bild erscheint, während man seine Stimme hört. Im Roman werden die Schwächen der Personen und deren Ungewißheit, was wichtig in ihrem Leben ist angesichts des für jeden Menschen unabwendbaren Todes, als Tatsachen und ohne moralische Bewertung dargestellt. Der Film kann trotz symbolisch gemeinter Naturabbildungen die Auffassung von Bowles, daß das, was dem Leben Sinn gibt, z. B. das Erleben von zwanzig Sonnenaufgängen, von denen sowieso nur fünf in der Erinnerung vorstellbar bleiben, nicht angemessen umsetzen. — (ant)

„Aus Mangel an Beweisen“: Karriere und Korruption

Ein gut gemachter und spannender Film, den sich ein Kinoliebhaber nicht entgehen lassen sollte. Reizvoll ist an der Geschichte, daß verschiedene Handlungsabläufe geschickt ineinander verwoben sind. Den äußeren Rahmen bietet ein Psychothriller, in dem es um den Mord an einer Frau geht. Wer nicht zuvor schon den Mörder kennt, der tappt tatsächlich bis zur vorletzten Szene im dunkeln.

Das eigentliche Feld der Handlung ist die Staatsanwaltschaft einer Großstadt in den USA, sind die Büros rivalisierender Staatsanwaltschaften und ist der Gerichtssaal. Der Hauptdarsteller — gespielt von Harrison Ford — ist ein tüchtiger, von allen Seiten respektierter Staatsanwalt. Seiner Zuverlässigkeit verdankt er schließlich den Stellvertreterposten des noch amtierenden Generalstaatsanwalts. Sein starkes berufliches Engagement ist aber auch nur möglich, weil seine Frau sich um das standesgemäße Vorstadthaus

und den gemeinsamen Sohn kümmert. Deren Konflikt zwischen ihren eigenen Bedürfnissen (Mathematik-Dissertation) und ihrer Hingabe für die Familie ist recht glaubhaft dargestellt.

Die Ermordete ist eine Kollegin des Staatsanwalts. Ihr bringt er nicht nur wegen ihrer glänzenden Ermittlungen in schwierigen Fällen der Vergewaltigung und Kindesmißhandlung Achtung und Bewunderung entgegen. Es entwickelt sich eine leidenschaftliche Liebesaffäre zwischen beiden, bis sie ihn aus Karrieregründen fallen läßt. Nachdem sie ermordet wurde, soll er die Ermittlungen in diesem Fall führen. Später werden sie ihm entzogen, weil er selbst unter Mordverdacht gerät. Währenddessen läuft der Wahlkampf um das Amt des Generalstaatsanwalts auf Hochtouren. Der Mordfall gerät in die Schlingen dieses Wahlkampfes. Er fördert Bestechung und Korruption zutage, die eingesetzt werden, um einige Karrieren aufzubauen und andere zu

vernichten. In diesem Punkt wird in dem Film auch etwas Kritik an der US-amerikanischen Justiz laut. Angenehm ist, daß man bei den einzelnen Charakteren nicht einerseits die „Guten“, andererseits die „Schurken“

vorgesetzt bekommt. Manche Justizfilme wirken aus diesem Grund so unerträglich moralisch. In diesem System, das auf Bestechung und Korruption aufgebaut ist, haben sie alle Dreck am Stecken. — (ecs)

Anzeige

—texte 5—

— Dokumentationen zur Zeitgeschichte —

Aus dem Inhalt: Texte von CC/PCC — BR/PCC — Prigionieri Politici — Wotta Sitta etc. zur internationalen Debatte über kämpfende Partei ... GRAPO ... Zusammenlegung ... Perestroika ... anderes

Hrsg.: gruppe 2, Öttilmaierstraße 8, 8000 München 83. Erscheint im GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 7,00 DM zuzügl. 1,20 DM Porto. Buchhandlungen und Wiederverkäufer: Ab 2 Exemplaren DM 5,00. Gefangene erhalten die -texte- kostenlos.

Bestellungen an: gruppe 2, Öttilmaierstraße 8, 8000 München 83, Tel. 089/6805122.